



Thüringen 2020

Bevölkerungsvorausberechnung
und Anschlussrechnungen

Ausgabe 2012

Zeichenerklärung

0	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
-	nichts vorhanden (genau Null)
.	Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten
...	Angabe fällt später an
/	Zahlenwert nicht sicher genug
x	Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
()	Aussagewert eingeschränkt
r	berichtete Zahl
p	vorläufige Zahl

Anmerkung: Abweichungen in den Summen erklären sich aus dem Runden von Einzelwerten.

Herausgeber:

Thüringer Landesamt für Statistik
Europaplatz 3, 99091 Erfurt
Postfach 90 01 63, 99104 Erfurt

Telefon: 0361 37-84 642/84 647
Telefax: 0361 37-84 699
Internet: www.statistik.thueringen.de
E-Mail: auskunft@statistik.thueringen.de

Autoren:

Harald Hagn, Telefon: 0361 37-84 110
Robert Kaufmann, Telefon: 0361 37-84 118
Yvonne May, Telefon: 0361 37-84 432

Titelfoto:

© butch - Fotolia.com

Herausgegeben im Februar 2012

Bestell-Nr.: 41 013
Heft-Nr.: 25/12
Preis: 7,50 Euro

© Thüringer Landesamt für Statistik, Erfurt, 2012

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung.

Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Vorwort

In Thüringen erreichen immer mehr Menschen ein immer höheres Lebensalter. Auch wenn dieser Umstand sehr erfreulich ist, so bedeutet der demografische Wandel doch eine große Herausforderung für jeden Einzelnen, für die Familien, für die Gesellschaft, für die Wirtschaft, für den Arbeitsmarkt, für die sozialen Sicherungssysteme sowie für die Politik insgesamt. Der demografische Wandel wird auf viele Bereiche des menschlichen Lebens in Thüringen ausstrahlen.

Wie sich der demografische Wandel im Einzelnen vollzieht, lässt sich mit Bevölkerungsvorausberechnungen aufzeigen. Auf der Grundlage von plausiblen Annahmen zur Geburtenentwicklung, Lebenserwartung und grenzüberschreitenden Wanderungen nimmt die amtliche Statistik seit Mitte der 1960er Jahre zwischen Bund und Länder abgestimmte Bevölkerungsvorausberechnungen vor, die mögliche Szenarien der Bevölkerungsentwicklung verdeutlichen. Die Ergebnisse der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung (12. kBV) wurden für Deutschland im November 2009 und für die einzelnen Bundesländer im Februar 2010 veröffentlicht.

Auf der Grundlage dieser Bevölkerungsvorausberechnung wurden von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder gemeinsam Vorausberechnungen zu den möglichen Folgen der demografischen Entwicklung vorgenommen. Das Ziel bestand darin, mit transparenten Verfahren für Deutschland und die einzelnen Bundesländer aufeinander abgestimmte Ergebnisse zu erhalten. Die modellmäßig berechneten Ergebnisse sind jedoch keine Prognosen, sondern zeigen lediglich, welche Folgen sich aus heutiger Sicht durch die demografische Entwicklung ergeben könnten.

Die vorliegende Broschüre „Thüringen 2020“ verdeutlicht neben der Bevölkerungsentwicklung wie sich die Anzahl und die Zusammensetzung der privaten Haushalte im Freistaat bis zum Jahr 2020 entwickeln dürften. Im Anschluss daran werden die möglichen Folgen für das Potential an Erwerbspersonen beleuchtet. Zwei weitere Beiträge befassen sich mit den Auswirkungen des demografischen Wandels auf in Krankenhäusern behandelte Patienten sowie die Pflegebedürftigen in Thüringen. Abgerundet wird das Bild durch Beiträge zur Nachfrage nach Kinderbetreuungsplätzen und zum absehbaren Potential an Schülern. Ein letzter Beitrag schließlich hat die Entwicklung der Öffentlichen Finanzen in Thüringen bis 2020 zum Gegenstand.

Erfurt, im Februar 2012

Günter Krombholz

Präsident
des Thüringer Landesamtes für Statistik



Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort	1
Die Entwicklung der Bevölkerung in Thüringen bis 2020	4
Die Entwicklung der privaten Haushalte in Thüringen bis 2020	14
Die Entwicklung der Erwerbspersonen in Thüringen bis 2020	20
Die Entwicklung der Pflegebedürftigen in Thüringen bis 2020	25
Die Entwicklung der Krankenhausbehandlungen in Thüringen bis 2020	30
Die Entwicklung der Kindertagesbetreuung in Thüringen bis 2020	36
Die Entwicklung der Schülerzahlen in Thüringen bis 2020	42
Die Entwicklung der Öffentlichen Finanzen in Thüringen bis 2020	49

Die Entwicklung der Bevölkerung in Thüringen bis 2020

Die Bevölkerung Thüringens sinkt kontinuierlich; der demografische Wandel schreitet in rasantem Tempo voran. Viele Entscheidungsträger benötigen für ihre Planungen auf politischer, gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Ebene Anhaltspunkte, die ihnen relevante Entwicklungen darstellen und somit ihre Entscheidungen erleichtern. Um aufzuzeigen, wie sich die Bevölkerung unter bestimmten Annahmen entwickeln wird, werden in gewissen Zeitabständen Bevölkerungsvorausberechnungen durchgeführt. Im vorliegenden Aufsatz werden die Ergebnisse der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung (KBV) Variante 1 bis zum Jahr 2020 eingehender betrachtet. Rückblickend wird auch die vergangene Entwicklung herangezogen, welche Grundlage für eine Vorausberechnung ist.

Methodik und Annahmen der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung

Es wird eine jahrgangsweise Fortschreibung der Bevölkerung durchgeführt

Die Bevölkerungsvorausberechnung wird mittels der Kohorten-Komponenten-Methode realisiert. Die Rechnung setzt bei der nach Altersjahren und Geschlecht gegliederten Basisbevölkerung an und schreibt diese für jedes Vorausrechnungsjahr fort. Dabei werden die bereits lebenden Jahrgänge in die nächsthöhere Altersstufe übernommen, indem sie um erwartete Sterbefälle vermindert und um den jeweiligen Wanderungssaldo korrigiert werden. Gleichzeitig werden die Lebendgeborenen hinzugefügt, die die neu hinzukommenden Jahrgänge bilden. Die neuen Jahrgänge werden ebenfalls von Jahr zu Jahr um die erwarteten Sterbefälle und den Wanderungssaldo korrigiert.

Die Anzahl der Lebendgeborenen und Gestorbenen wird berechnet, indem die angenommenen alters- und geschlechtsspezifischen Geburts- und Sterbewahrscheinlichkeiten auf die jeweilige Ausgangsbevölkerung angewendet werden. Die jährlichen Wanderungssalden ergeben sich aus den angenommenen sowie nach Alter und Geschlecht gegliederten Zu- und Fortzügen.

Für eine Vorausberechnung müssen bestimmte Annahmen zu Grunde gelegt und diese angegeben werden, um die Ergebnisse von einer Prognose abzugrenzen sowie ihre Qualität zu sichern. Im Rahmen der 12. KBV wurden Annahmen zur Geburtenhäufigkeit, der Lebenserwartung und den Wanderungen getroffen. Aus der Sicht Deutschlands sind Wanderungen mit dem Ausland Außenwanderungen und Wanderungen zwischen den Bundesländern Binnenwanderungen. Ausgehend von den Annahmen der 12. KBV für Deutschland und deren Übertragung auf die einzelnen Bundesländer werden diese Bezeichnungen im Folgenden beibehalten. Die gesetzten Annahmen beruhen auf der Analyse von Datenreihen der Vergangenheit und ihrer modifizierten Fortschreibung in die Zukunft. Die länderspezifischen Muster und Entwicklungstrends wurden bei den Berechnungen berücksichtigt.

Die Ergebnisse der 12. KBV basieren auf dem fortgeschriebenen Bevölkerungsstand zum 31.12.2008 und reichen bis zum Jahr 2060. Ab dem Jahr 2031 haben die Rechnungen Modellcharakter, da die Entwicklung der maßgeblichen Komponenten mit zunehmendem Abstand vom Basisjahr immer schwerer schätzbar ist. Für die Thüringer Ergebnisse wurden zwei Varianten gerechnet, die sich im Wesentlichen im Außenwanderungssaldo unterscheiden. Am 15.06.2010 wurden die Ergebnisse der Variante 1 vom Kabinett als maßgebliche Planungsgrundlage für das Land Thüringen festgelegt. Aus diesem Grund werden im Folgenden ausschließlich die Ergebnisse der 12. KBV Variante 1 dargestellt. Aus gegebenem Anlass werden die Ergebnisse der Vorausberechnung in diesem Beitrag bis zum Jahr 2020 betrachtet. Die voll-

ständige Bevölkerungsvorausberechnung ist dem aktuellen Statistischen Bericht „Entwicklung der Bevölkerung Thüringens von 2009 bis 2060“ (Bestell-Nr. 01 105) zu entnehmen.

Annahmen zur Geburtenhäufigkeit

Ausgehend vom bisherigen Verlauf des Geburtenniveaus wird für Thüringen angenommen, dass sich die Summe der altersspezifischen Geburtenziffern¹⁾ von 1 331 des Durchschnitts der Jahre 2006 bis 2008 geringfügig auf 1 355 bis zum Jahr 2020 erhöht. Die Summe der altersspezifischen Geburtenziffern spiegelt die hypothetische durchschnittliche Kinderzahl wider. Zudem werden die aktuellen Trends berücksichtigt, wie die Erhöhung des durchschnittlichen Alters der Mütter bei der Geburt ihrer Kinder oder die zunehmende Kinderlosigkeit.

**Annahme:
leichte Erhöhung der
Summe der alters-
spezifischen Gebur-
tenziffern bis 2020**

Annahmen zur Lebenserwartung

Grundlage für die Annahmen zur Lebenserwartung ist die Thüringer Sterbetafel 2006/08. Ausgehend vom kontinuierlichen Anstieg der Lebenserwartung wird für die kommenden Jahre eine weitere Zunahme unterstellt. Des Weiteren wird eine Annäherung der Lebenserwartung der Männer an die der Frauen berücksichtigt.

**Annahme:
weitere Zunahme der
Lebenserwartung für
Männer und Frauen**

Annahmen zu den Wanderungen

Die Wanderungen setzen sich zusammen aus den Binnenwanderungen (Zu- und Fortzüge von und nach anderen Bundesländern) und den Außenwanderungen (Zu- und Fortzüge von und nach dem Ausland). Die Annahme zu den Binnenwanderungen setzt sich aus Fortzugsraten für jedes Alter und Geschlecht sowie der Zielstruktur für Thüringen im Durchschnitt der Jahre 2005 bis 2007 zusammen. Die Fortzugsraten bleiben bis zum Jahr 2020 konstant. Das Wanderungsvolumen wird jährlich anhand der alters- und geschlechtsspezifischen Fortzugsraten an der jeweiligen Bevölkerung des Vorjahres neu berechnet.

**Annahme:
bis zum Jahr 2020
konstante Fortzugs-
raten bei den Binnen-
wanderungen**

Mit großer Unsicherheit behaftet, da von den jeweiligen politischen Entscheidungen und der internationalen Lage abhängig, ist die Einschätzung der Außenwanderungen. In den kommenden Jahren werden hier ansteigende Wanderungsgewinne erwartet. Der Wanderungsgewinn für das Jahr 2020 wird in Variante 1 rund 1 700 Personen betragen. Das Basisjahr, was dem Durchschnitt der Jahre 2005 bis 2007 entspricht, hat im Rahmen der 12. kBV einen ausgeglichenen Außenwanderungssaldo.

**Annahme:
im Jahr 2020 Außen-
wanderungsgewinn
von 1 700 Personen**

Die Ergebnisse der 12. kBV

Thüringer Bevölkerung schrumpft jährlich um 20 000 Personen

Nach den Ergebnissen der 12. kBV wird sich die Thüringer Bevölkerung weiter stark reduzieren. Lebten Ende 2008 rund 2,267 Millionen Personen in Thüringen, werden es im Jahr 2020 nach Variante 1 noch rund 2,027 Millionen Personen sein. Das sind im Durchschnitt rund 20 000 Einwohner, die Thüringen jährlich „verliert“.

Hauptursache für den Bevölkerungsrückgang ist der anhaltende Sterbefallüberschuss. Sollten die koordinierten Annahmen so eintreffen, werden bis zum Jahr 2020 im Durchschnitt jährlich rund 13 000 Kinder weniger geboren werden als

1) Die Summe der altersspezifischen Geburtenziffern gibt an, wie viele Kinder 1 000 15-jährige Frauen im Laufe ihrer reproduktiven Phase (15 bis unter 50 Jahre) lebend zur Welt bringen würden, wenn sich ihr Geburtenverhalten ausschließlich nach dem aller Frauen zwischen 15 und 49 Jahren im jeweils betrachteten Jahr richtet.

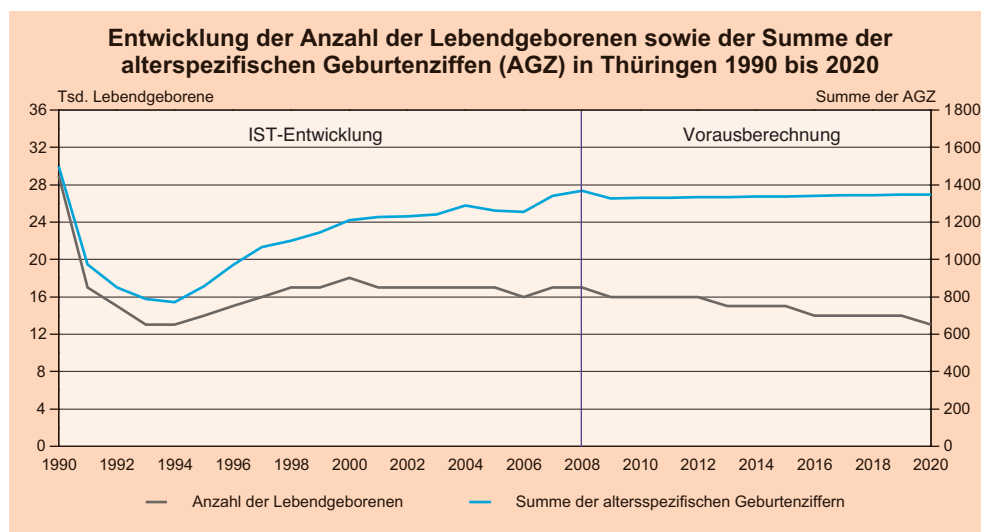
Menschen sterben. Es ist mit einem durchschnittlichen Gesamtwanderungsverlust von rund 6 900 Personen jährlich im betrachteten Zeitraum zu rechnen. Die Entwicklungen der einzelnen Komponenten der Vorausberechnung werden im Folgenden eingehender betrachtet.

Entwicklung der Anzahl der Lebendgeborenen

Rückgang der Anzahl der Lebendgeborenen von 2008 bis 2020 um durchschnittlich rund 339 jährlich

Nach dem starken Geburteneinbruch Anfang bis Mitte der 90er Jahre (Wendeknick) hat sich die Anzahl der Lebendgeborenen in Thüringen ab 1997 wieder etwas erholt und blieb bis zum Basisjahr 2008 mit durchschnittlich rund 17 000 Lebendgeborenen jährlich relativ stabil. Für die kommenden Vorausberechnungsjahre wird sich die Zahl von rund 16 500 im Jahr 2009 auf rund 13 300 im Jahr 2020 verringern. Das entspricht einem durchschnittlichen Rückgang von 2008 bis 2020 von rund 339 Lebendgeborenen jährlich.

Diese Entwicklung wird aufgrund des Altersaufbaus der Bevölkerung verursacht. Da die Anzahl potentieller Eltern stetig sinkt, werden von Jahr zu Jahr weniger Kinder geboren werden. Die Mädchenjahrgänge des Wendeknicks bspw. befinden sich nun selbst in ihrer reproduktiven Phase. Der Rückgang potentieller Mütter wird zusätzlich durch Abwanderung der entsprechenden Altersgruppen verschärft. Insgesamt werden im Vorausberechnungszeitraum bis 2020 rund 177 800 Kinder lebend zur Welt kommen. Das entspricht durchschnittlich rund 14 800 Kinder pro Jahr. Die Summe der altersspezifischen Geburtenziffern bleibt hierbei annähernd konstant. Die folgende Abbildung zeigt dies anschaulich.

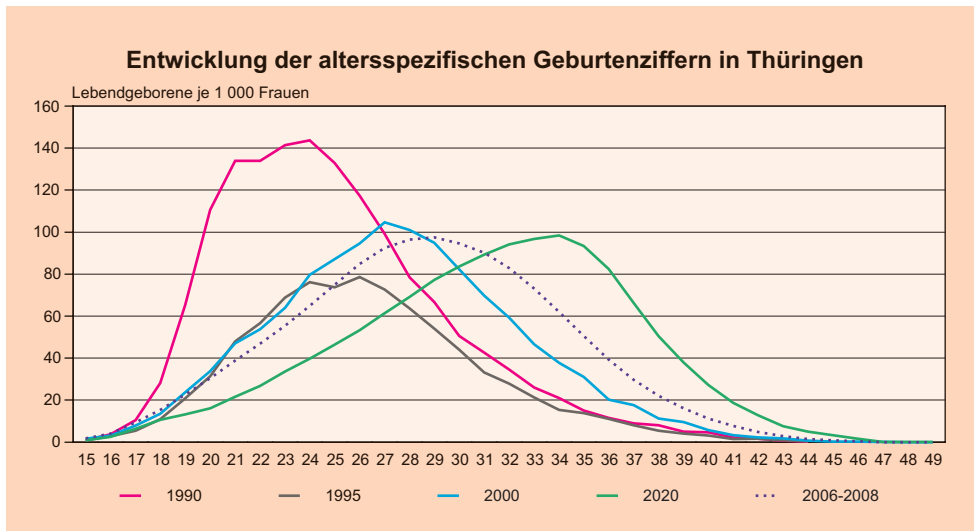


Die Kurve der altersspezifischen Geburtenziffern verschiebt sich weiter nach rechts

Eine Verschiebung ist allerdings bei den altersspezifischen Geburtenziffern²⁾ zu beobachten. Wurden 1990 noch die meisten Frauen Anfang bis Mitte 20 Mutter, so bekamen bereits im Jahr 2000 die meisten Frauen im Alter von 25 bis 30 Jahren ihre Kinder. Die Annahmen der 12. kBV gehen von einer Fortsetzung der aktuellen Trends aus. Den Annahmen zufolge werden in den kommenden Jahren immer mehr Frauen erst nach ihrem 30. Geburtstag Mutter, die Geburtenhäufigkeit der jüngeren Frauen geht also weiter zurück. Die durchschnittliche Kinderzahl je Mutter nimmt leicht ab, da aufgeschobene Geburten zu einer geringeren Kinderzahl führen. In der Folge steigt der Anteil der kinderlosen Frauen weiter an. Diese Trends werden bis zum Jahr 2020 fortgesetzt. Die Kurve der altersspezifischen Geburten-

²⁾ Die altersspezifische Geburtenziffer gibt die Zahl der Lebendgeborenen der Frauen eines bestimmten Alters bezogen auf 1 000 Frauen des entsprechenden Alters an.

ziffern verschiebt sich also immer weiter nach rechts in die höheren Altersjahre. Die Entwicklung der altersspezifischen Geburtenziffern ist in der anschließenden Abbildung dargestellt. Der Durchschnitt der Jahre 2006–2008 zeigt das Basisjahr.

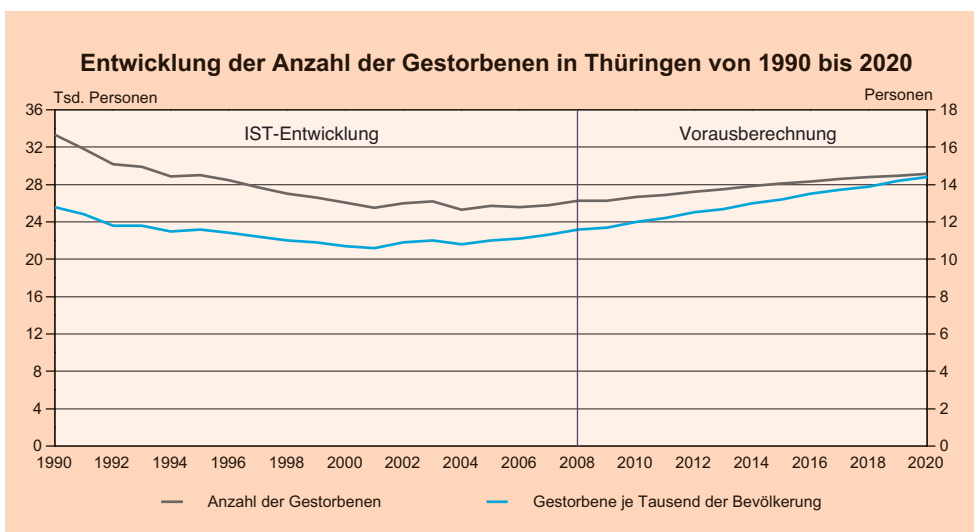


Entwicklung der Anzahl der Gestorbenen

Seit 1990/92 hat sich die Lebenserwartung in Thüringen im Vergleich zur Sterbetafel 2006/2008 kontinuierlich erhöht. Die Lebenserwartung neugeborener Jungen stieg um 5,9 auf 75,9 Jahre und die neugeborener Mädchen um 5,2 auf 81,9 Jahre. Ausgehend von diesem Verlauf wird eine weitere Zunahme der Lebenserwartung für die nächsten Jahre unterstellt.

Die Zahl der Gestorbenen nimmt absolut als auch relativ zu

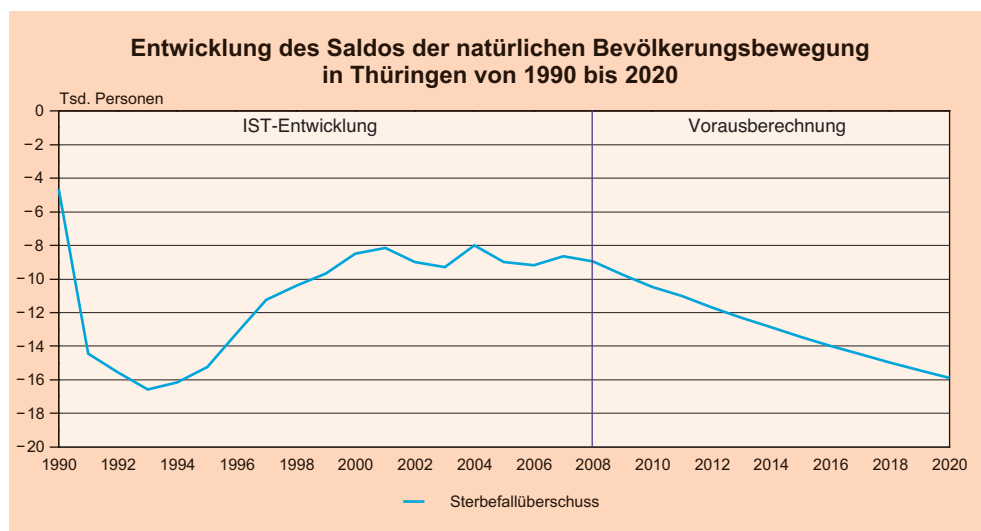
Trotz dieses Anstiegs der Lebenserwartung werden in den kommenden Jahren absolut als auch relativ mehr Menschen sterben als dies heute der Fall ist. Das liegt darin begründet, dass immer mehr Menschen die höheren Altersjahre besetzen werden (absoluter Anstieg der Gestorbenen). Die geburtsstarken Jahrgänge der 50er und 60er Jahre wachsen in ein Alter mit hoher Sterbewahrscheinlichkeit hinein. Weiterhin wird die Bevölkerungszahl insgesamt stark zurückgehen, was einen relativen Anstieg der Gestorbenen zur Folge hat.



Im Basisjahr 2008 starben in Thüringen rund 26 300 Menschen. Diese Zahl wird sich voraussichtlich im Jahr 2020 auf rund 29 100 erhöhen. Die Bevölkerung wird jedoch ausgehend vom Basisjahr um knapp 11,0 Prozent bis zum Jahr 2020 sinken. Im Jahr 2008 starben in Thüringen 11,6 Personen je 1 000 Einwohner. Im Jahr 2020 werden es voraussichtlich 14,4 Personen sein. Wie in der vorstehenden Abbildung ersichtlich ist, steigen die Gestorbenen je 1 000 Einwohner überproportional gegenüber der Anzahl der Gestorbenen. Insgesamt werden im betrachteten Vorausberechnungszeitraum rund 334 100 Menschen sterben. Das sind rund 27 800 Personen jährlich.

Steigerung des Sterbefallüberschusses im Jahr 2020 um 77,0 Prozent gegenüber 2008

Durch die fortlaufend geringer werdende Anzahl der Lebendgeborenen sowie der zunehmenden Anzahl der Gestorbenen wird der Sterbefallüberschuss immer stärker zunehmen. Im Jahr 1990 starben in Thüringen rund 4 600 Menschen mehr als geboren wurden. Den höchsten seither registrierten Sterbefallüberschuss gab es im Jahr 1993 mit rund 16 600 Personen. Danach sank der Sterbefallüberschuss hauptsächlich durch Geburtenzunahme kontinuierlich. Seit dem Jahr 1999 sterben jährlich durchschnittlich rund 8 800 Menschen mehr als geboren werden. Im Vorausberechnungszeitraum von 2009 bis 2020 wird der Sterbefallüberschuss stark ansteigen. Im Jahr 2020 wird er rund 15 900 Personen betragen. Das ist eine Steigerung um 77,0 Prozent gegenüber dem Jahr 2008 (rund 8 900 Personen). Durchschnittlich wird die Bevölkerungszahl im Vorausberechnungszeitraum um rund 13 000 Personen jährlich aufgrund der natürlichen Bevölkerungsbewegungen sinken.



Entwicklung der Wanderungen

In ihrer Entwicklung stark schwankend und damit schwer vorhersehbar sind die Wanderungsbewegungen. Nach den massiven Bevölkerungsverlusten durch Abwanderung zur Wendezeit bis einschließlich 1991 hat sich die Wanderungssituation in Thüringen Anfang bis Mitte der 90er Jahre relativ entspannt. Seit Beginn des neuen Jahrtausends sind jedoch kontinuierlich hohe Wanderungsverluste zu verbuchen, im Durchschnitt rund 11 500 Personen jährlich.

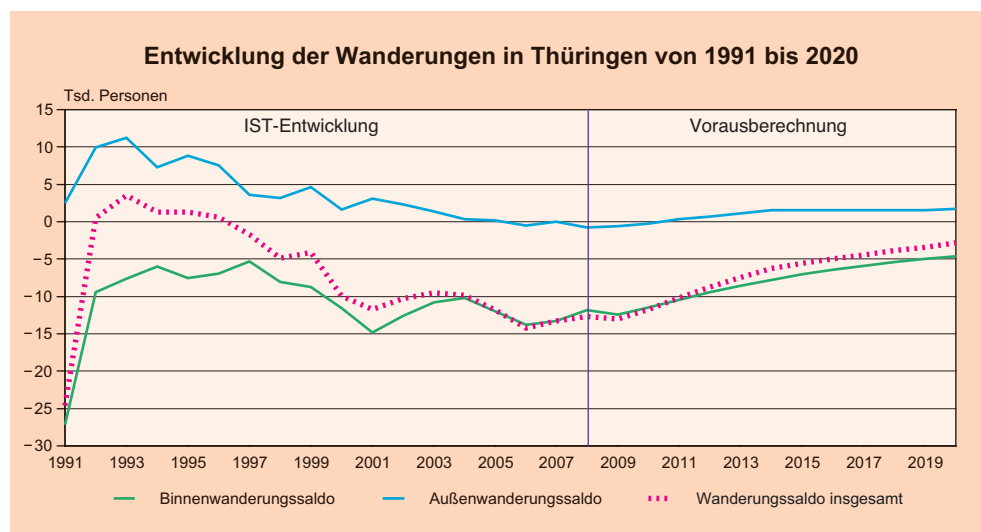
Der Wanderungssaldo insgesamt ist die Differenz zwischen den Zu- und Fortzügen über die Grenzen Thüringens. Der negative Wanderungssaldo des Jahres 2009 von 13 000 Personen wird jährlich geringer werden und im Jahr 2020 rund 2 900 Personen betragen. Insgesamt wird Thüringen von 2009 bis 2020 rund 6 900 Personen jährlich durch Wanderungsverluste einbüßen.

Die Außenwanderungen sind im Rahmen der 12. kBV die Wanderungsbewegungen mit dem Ausland. Nach den Annahmen wird der Außenwanderungssaldo für Thüringen ab 2011 positiv ausfallen. Vom Jahr 2014 bis zum Jahr 2019 wird ein konstanter Wanderungssaldo mit rund 1 500 Personen jährlich angenommen. Im Jahr 2020 werden rund 1 700 Personen mehr aus dem Ausland zuwandern als ins Ausland abwandern. Die jährlichen Außenwanderungssalden ergeben sich für Thüringen aus einem berechneten Anteil an den Außenwanderungssalden für Deutschland insgesamt. Dieser ist gewichtet und errechnet sich aus dem Landesanteil an den Außenwanderungen Deutschlands und dem Landesanteil an der Bevölkerung Deutschlands. Hierfür wurde der Durchschnitt der Jahre 2005 bis 2007 herangezogen. Im Jahr 2020 beträgt dieser Anteil rund 1,7 Prozent. Im betrachteten Vorausberechnungszeitraum wird der Außenwanderungssaldo rund 11 800 Personen betragen. Es ergibt sich hieraus ein jährlicher Außenwanderungsgewinn von rund 1 000 Personen.

**Außenwanderungs-
gewinn von 2009
bis 2020: rund 1 000
Personen jährlich**

Die Binnenwanderungsannahmen beinhalten die Annahmen zu den Wanderungen mit den anderen Bundesländern. Hier wird Thüringen wie auch in der Vergangenheit anfangs hohe Wanderungsverluste hinnehmen müssen, die allerdings jährlich zunehmend positiver ausfallen. Der durchschnittliche Binnenwanderungsverlust im betrachteten Vorausberechnungszeitraum wird rund 7 900 Personen jährlich betragen. Insgesamt sind das 94 500 Personen, die Thüringen durch Binnenwanderungen verloren gehen werden. Der anhaltend negative Wanderungssaldo insgesamt wird also durch die Wanderungsverluste mit den anderen Bundesländern verursacht. Der Verlauf der Salden beider Wanderungsarten sowie der Wanderungssaldo insgesamt sind in der folgenden Abbildung dargestellt.

**Binnenwanderungs-
verlust von 2009 bis
2020: rund 7 900
Personen jährlich**



Zusammenfassend sind alle Vorausberechnungskomponenten für ausgewählte Jahre tabellarisch in der folgenden Abbildung dargestellt.

Entwicklung der einzelnen Komponenten der Vorausberechnung

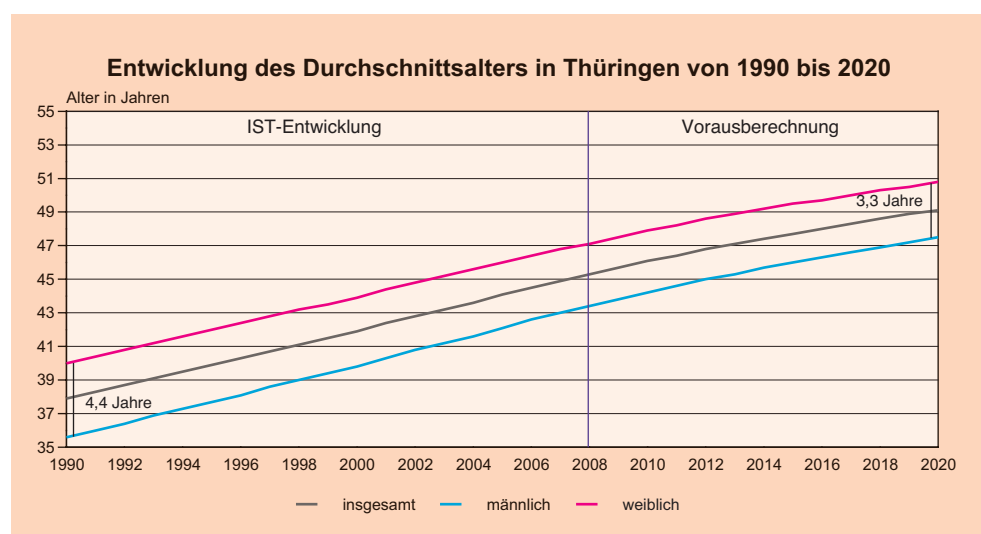
Jahr	Lebend- geborene	Gestorbene	Saldo der Geburten und Sterbefälle	Wanderungssaldo		
				insgesamt	Binnen-	Außen-
					wanderungssaldo	
2010	16,2	26,6	-10,5	-11,8	-11,5	-0,3
2015	14,6	28,1	-13,5	-5,6	-7,1	1,5
2020	13,3	29,1	-15,9	-2,9	-4,6	1,7

Im Jahr 2020 wird der Durchschnittsthüringer 49,1 Jahre alt sein

Entwicklung der Altersstruktur der Bevölkerung

Das Durchschnittsalter ist ein Indikator für die Alterung der Bevölkerung. Es betrug im Jahr 1990 in Thüringen 37,9 Jahre. Zehn Jahre später hatte es bereits einen Stand von 41,9 Jahren erreicht. Im Jahr 2008 war der Durchschnittsthüringer 45,3 Jahre alt. In den Vorausberechnungsjahren wird das Durchschnittsalter weiterhin ansteigen. Nach den Berechnungen ergibt sich für das Jahr 2020 ein Durchschnittsalter von 49,1 Jahren. Das ist eine Differenz von 3,8 Jahren gegenüber dem Jahr 2008.

Der Durchschnittsaltersunterschied zwischen Männern und Frauen wird weiterhin geringer werden. Der Durchschnittsman war 1990 in Thüringen 35,6 Jahre alt, die Durchschnittsfrau 40,0 Jahre. Im Jahr 2008 betrug das Durchschnittsalter der Männer 43,4 Jahre und das der Frauen 47,1 Jahre. Im Jahr 2020 werden die Thüringer Männer durchschnittlich 47,5 Jahre und die Frauen durchschnittlich 50,8 Jahre alt sein.



Der Anteil der jüngeren Bevölkerung wird stetig geringer; der Anteil der älteren Bevölkerung nimmt weiter zu

Die Erhöhung des Durchschnittsalters zeigt die zunehmende Überalterung der Bevölkerung. Der Anteil der jüngeren Bevölkerung wird stetig geringer und der Anteil der älteren Bevölkerung nimmt weiter zu. Die Gruppe der unter 5-Jährigen hatte 1990 mit rund 160 500 Personen einen Anteil von 6,2 Prozent an der Gesamtbevölkerung. Im Basisjahr 2008 waren es 3,7 Prozent und im Jahr 2020 werden es voraussichtlich 3,4 Prozent sein. Dann wird es rund 16 000 Kinder unter 5 Jahren weniger geben als im Basisjahr. Das sind im Jahr 2020 rund 68 600 Personen.

Die Altersgruppe der 5- bis unter 15-Jährigen war 2008 rund 156 900 Personen stark. Das sind 6,9 Prozent der Gesamtbevölkerung. Im Jahr 1990 war es noch weit mehr als die doppelte Personenzahl (rund 348 500 Personen) und damit 13,4 Prozent der Gesamtbevölkerung. Im Jahr 2020 wird die Personenzahl dieser Altersgruppe rund 153 800 (7,6 Prozent) betragen.

Anders sieht es bei den älteren Altersgruppen aus. Die 60- bis unter 75-Jährigen werden im Jahr 2020 fast ein Viertel (22,7 Prozent bzw. rund 459 500 Personen) der Thüringer Bevölkerung stellen. Im Jahr 2008 waren sie noch mit 18,8 Prozent vertreten. Das entspricht rund 427 200 Personen. 1990 gab es 12,8 Prozent bzw. rund 331 600 60- bis unter 75-Jährige.

Der Personenkreis im Alter von 75 und mehr Jahren wird voraussichtlich eine Steigerung seines Anteils von 5,1 Prozentpunkten vom Basisjahr 2008 bis zum Vorausberechnungsjahr 2020 durchlaufen. 2008 waren rund 207 000 Personen

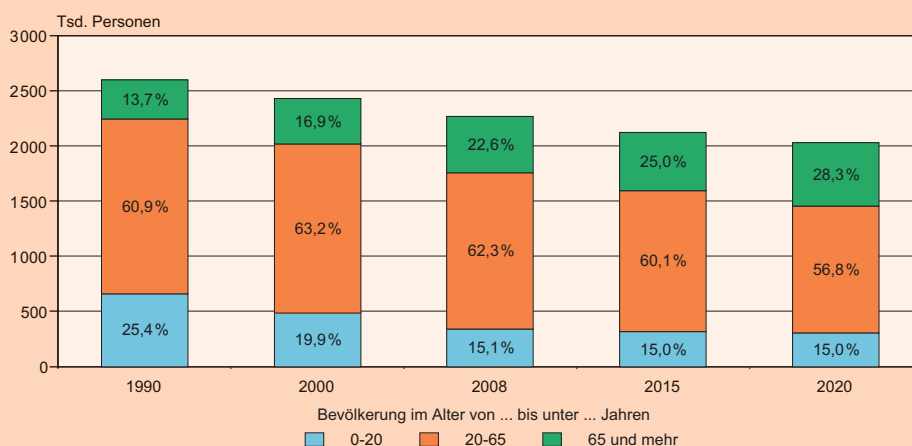
(9,1 Prozent) 75 Jahre und älter, 2020 werden es rund 289 300 Personen bzw. ein Anteil von 14,3 Prozent sein. Im Jahr 1990 hatte die hochbetagte Bevölkerung einen Anteil von 6,3 Prozent (rund 163 500 Personen).

Der Anteil an der Gesamtbevölkerung der 15- bis unter 60-Jährigen hat sich im Zeitverlauf von 1990 bis 2008 (jeweils 61,4 Prozent) kaum verändert. Durchschnittlich waren es 62,5 Prozent. Bis zum Jahr 2020 wird dieser Anteil jedoch bis auf 52,1 Prozent sinken. Das ist eine Abnahme von rund 335 600 Personen. Im Jahr 2020 wird es rund 1,056 Millionen Personen dieser Altersstufe geben. Die Entwicklungen weiterer Altersstufen innerhalb dieser Altersgruppe können der folgenden Abbildung entnommen werden. Die Darstellung zeigt, dass besonders die Personengruppen im erwerbsfähigen Alter rapide in ihrer Anzahl sinken.

Entwicklung der Bevölkerung in Thüringen von 1990 bis 2020

IST-Entwicklung	Jahr (jeweils 31.12.)	Bevölkerung im Alter von ... bis unter ... Jahren													
		0–5		5–15		15–20		20–40		40–60		60–75		75 und mehr	
		Zu-sam-men	Anteil an Gesamtbevölkerung	Zu-sam-men	Anteil an Gesamtbevölkerung	Zu-sam-men	Anteil an Gesamtbevölkerung	Zu-sam-men	Anteil an Gesamtbevölkerung	Zu-sam-men	Anteil an Gesamtbevölkerung	Zu-sam-men	Anteil an Gesamtbevölkerung	Zu-sam-men	Anteil an Gesamtbevölkerung
		1000	Prozent	1000	Prozent	1000	Prozent	1000	Prozent	1000	Prozent	1000	Prozent	1000	Prozent
	1990	160,5	6,2	348,5	13,4	150,8	5,8	786,3	30,2	658,6	25,3	331,6	12,8	163,5	6,3
	1995	72,9	2,9	333,8	13,3	165,7	6,6	723,1	28,9	690,1	27,6	372,2	14,9	146,0	5,8
	2000	82,6	3,4	229,8	9,5	172,5	7,1	669,1	27,5	685,2	28,2	425,2	17,5	167,0	6,9
	2005	85,0	3,6	153,6	6,6	152,4	6,5	593,3	25,4	721,7	30,9	432,8	18,5	195,7	8,4
	2008	84,5	3,7	156,9	6,9	100,0	4,4	554,4	24,4	737,8	32,5	427,2	18,8	207,0	9,1
Basisjahr															
Vorausberechnung	2010	82,8	3,7	163,3	7,3	70,9	3,2	527,5	23,7	726,3	32,7	428,4	19,3	222,5	10,0
	2015	75,3	3,5	163,0	7,7	79,1	3,7	449,8	21,2	650,8	30,7	427,7	20,2	276,4	13,0
	2020	68,6	3,4	153,8	7,6	80,8	4,0	394,6	19,5	581,1	28,7	459,5	22,7	289,3	14,3

Entwicklung ausgewählter Altersgruppen in Thüringen von 1990 bis 2020



Die Altersgruppe der 20- bis unter 65-Jährigen hatte mit rund 1,584 Millionen Personen im Jahr 1990 noch einen Anteil von knapp 61,0 Prozent an der Gesamtbevölkerung. Im Jahr 2020 wird diese Personengruppe noch 56,8 Prozent der Bevölkerung mit rund 1,150 Millionen Personen ausmachen. Im Gegensatz dazu nehmen die Anzahl sowie der Anteil der über 65-Jährigen – also die Personen im Rentenalter – immer mehr zu. Im Jahr 2020 werden in Thüringen rund 573 700 über 65-Jährige leben. Das ist ein Anstieg um 61,3 Prozent gegenüber dem Jahr 1990. Der Anteil dieser Altersgruppe an der Gesamtbevölkerung wird

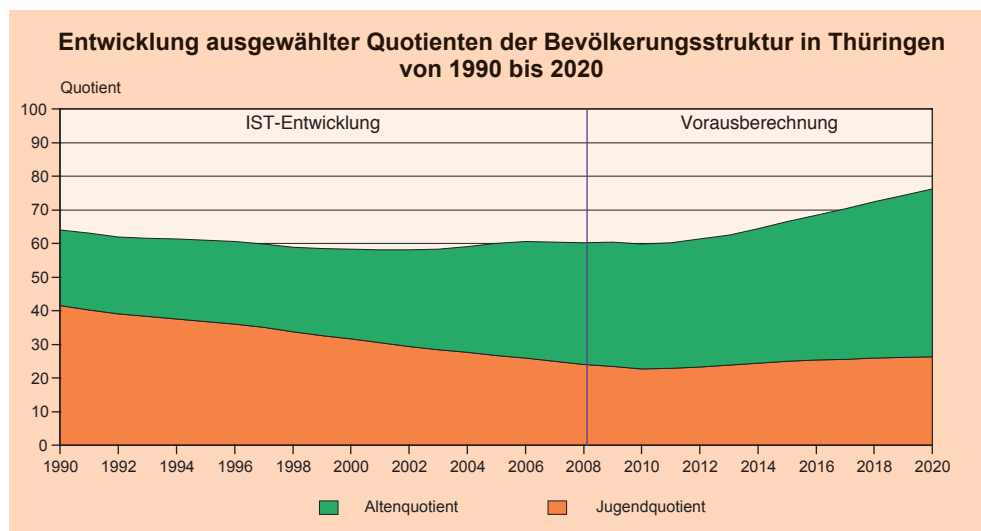
Der Anteil der Personen im Rentenalter wird bis zum Jahr 2020 auf 28,3 Prozent ansteigen

auf 28,3 Prozent ansteigen. Im Jahr 1990 waren es 13,7 Prozent und im Jahr 2008 bereits 22,6 Prozent. Die Gruppe der unter 20-Jährigen, die 1990 noch ein Viertel der Gesamtbevölkerung Thüringens ausmachten, schrumpfte in ihrem Anteil bereits auf 15,1 Prozent im Jahr 2008. Die Altersgruppe wird auch im Jahr 2020 mit rund 303 200 Personen noch 15,0 Prozent der Thüringer Bevölkerung darstellen. Die nächste Abbildung zeigt die Entwicklung dieser Altersgruppen für ausgewählte Jahre.

Anhand der dargestellten Altersgruppen werden der Jugend³⁾- und Altenquotient⁴⁾ berechnet. Beide Quotienten beschreiben das Verhältnis der jüngeren bzw. älteren Generation zur mittleren, also den Personen im erwerbsfähigen Alter. Der Altenquotient betrug im Jahr 2008 36,2 und wird bis zum Jahr 2020 auf 49,9 ansteigen. Das heißt im Jahr 2020 werden knapp 50 Senioren von 100 Personen im Alter von 20 bis unter 65 Jahren versorgt werden müssen. Im Jahr 1990 lag der Quotient bei 22,5. Der Anstieg wird hauptsächlich durch den Eintritt der stark besetzten Jahrgänge ins Rentenalter verursacht. Entsprechend umgekehrt wurden die 20- bis unter 65-Jährigen durch die abnehmende Anzahl der Kinder und Jugendlichen unter 20 Jahren entlastet. Der Jugendquotient wird allerdings vom Basisjahr 2008 bis zum Jahr 2020 voraussichtlich um 2,2 leicht steigen und 26,3 betragen. Im Jahr 1990 mussten 100 Personen im erwerbsfähigen Alter für 41,6 Kinder und Jugendliche aufkommen.

Im Jahr 2020 werden 100 Personen im erwerbsfähigen Alter für rund 76 Personen aufkommen müssen

Der Gesamtquotient, das ist die Summe aus Jugend- und Altenquotient, wird hauptsächlich durch die starke Erhöhung des Altenquotienten weiter ansteigen. Im Jahr 2020 werden 100 Personen im erwerbsfähigen Alter für 76,2 Personen aufkommen müssen. Im Jahr 2008 betrug der Gesamtquotient 60,4 und im Jahr 1990 64,1. Die Quotienten sind beeinflussbar und können durch politische Maßnahmen bspw. eine Erhöhung des Rentenalters niedriger ausfallen.



3) Personen im Alter bis unter 20 Jahre je 100 der 20- bis unter 65-jährigen Bevölkerung

4) Personen im Alter von 65 Jahren und älter je 100 der 20- bis unter 65-jährigen Bevölkerung

Ausblick

Die Bevölkerungsvorausberechnung im Rahmen der 12. kBV für Thüringen zeigt auf, wie sich die Bevölkerung in den kommenden Jahren entwickeln wird, wenn die gesetzten Annahmen eintreffen. Hauptsächlich erfolgt der starke Bevölkerungsrückgang in Thüringen aufgrund der natürlichen Komponenten. Die angenommenen Wanderungsverluste verstärken die Entwicklung zusätzlich.

Dass die Bevölkerung aufgrund von Geburtenausfällen sowie der Zunahme der älteren Jahrgänge mit zusätzlich steigender Lebenserwartung überaltert, scheint offensichtlich. Diese Entwicklung ist auch nicht umkehrbar. Die Annahmen zu den Wanderungen sind hierbei eher hypothetisch. Durch eine entsprechende Einwanderungspolitik könnte dieser Effekt maximal leicht abgeschwächt werden.

Der demografische Wandel und seine wirtschaftlichen und sozialen Folgen werden in den kommenden Jahren eine Herausforderung in großem Maße für die Politik, die Gesellschaft, die sozialen Sicherungssysteme sowie die Wirtschaft darstellen. Welches Ausmaß die Folgen letztendlich haben und inwieweit die fortschreitende Entwicklung durch entsprechende Maßnahmen abgeschwächt werden kann, bleibt jedoch offen.

Die Entwicklung der privaten Haushalte in Thüringen bis 2020

Die Entwicklung der Anzahl und Struktur der privaten Haushalte ist eine bedeutende Planungsgröße für die Wirtschaft und die öffentliche Verwaltung. So treten Personen in vielfacher Hinsicht nicht als einzelne, sondern im Verbund des privaten Haushaltes, das heißt als Personengemeinschaft, die zusammen wohnt und eine wirtschaftliche Einheit bildet, in Erscheinung. Die durch die Haushaltsvorausberechnung gewonnenen Ergebnisse werden beispielsweise für die Abschätzung des zukünftigen Bedarfes an Wohnungen und der privaten Nachfrage nach langlebigen Gebrauchsgütern benötigt. Darüber hinaus sind sie für die Prognose des Energieverbrauchs, des Bedarfs an Pflegediensten und -einrichtungen sowie die Inanspruchnahme kommunaler Dienstleistungen von Bedeutung.

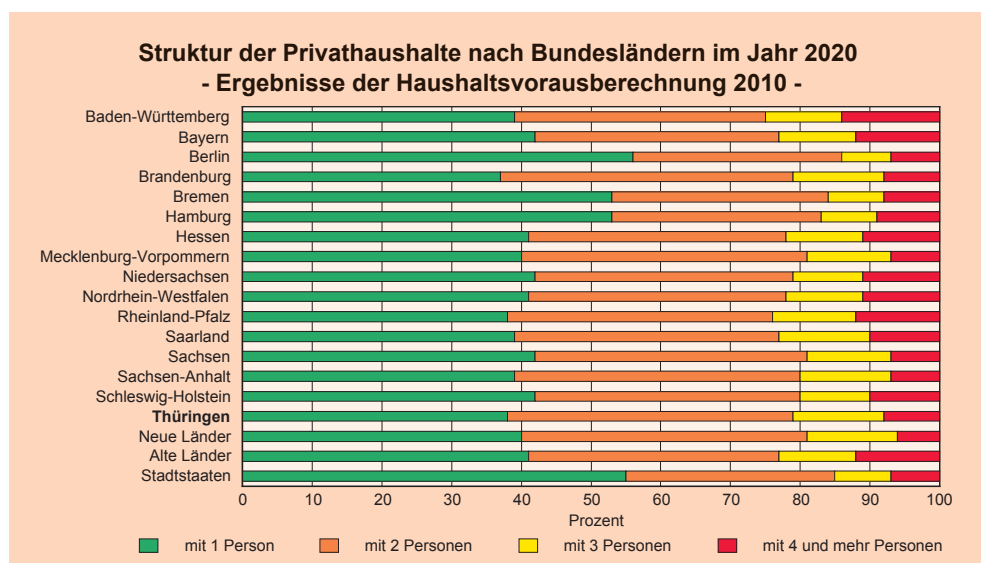
Vorbemerkungen

Im Mikrozensus wird jede Personengemeinschaft, die zusammen wohnt und eine wirtschaftliche Einheit bildet, als privater Haushalt bezeichnet. Zu einem privaten Haushalt können außer Verwandten auch familienfremde Personen – beispielsweise häusliches Dienstpersonal, gewerbliche oder landwirtschaftliche Arbeitskräfte – gehören. Auch eine allein wohnende und wirtschaftende Person – wie etwa ein Untermieter – bildet einen privaten Haushalt. Anstalten gelten nicht als private Haushalte, können aber solche im Anstaltsbereich beherbergen (z. B. den Privathaushalt des Anstaltsleiters, des Pfortners usw.). Da eine Person in mehreren privaten Haushalten wohnberechtigt sein kann (Haupt- und Nebenwohnsitz), sind Doppelzählungen möglich. Die Bevölkerung in Privathaushalten unterscheidet sich daher zahlenmäßig von der Bevölkerung am Hauptwohnsitz.

Jede Personengemeinschaft, die zusammen wohnt und eine wirtschaftliche Einheit bildet, ist ein Privathaushalt

Mikrozensus und Bevölkerungsprognose sind die Grundlagen der Haushaltsvorausberechnung

Grundlage für die Haushaltsvorausberechnung ist der Mikrozensus. Hierbei handelt es sich um eine einprozentige Stichprobe aller privaten Haushalte im Bundesgebiet, die u. a. Ergebnisse über die Anzahl und Struktur der Privathaushalte liefert. Daneben stützt sich die Haushaltsvorausberechnung auf die Ergebnisse der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder. Deren Modellrechnungen zeigen auf, wie sich die Bevölkerung in den einzelnen Bundesländern in den nächsten Jahrzehnten unter bestimmten Annahmen zur Fruchtbarkeit, der Lebenserwartung und dem Wanderverhalten entwickeln wird.



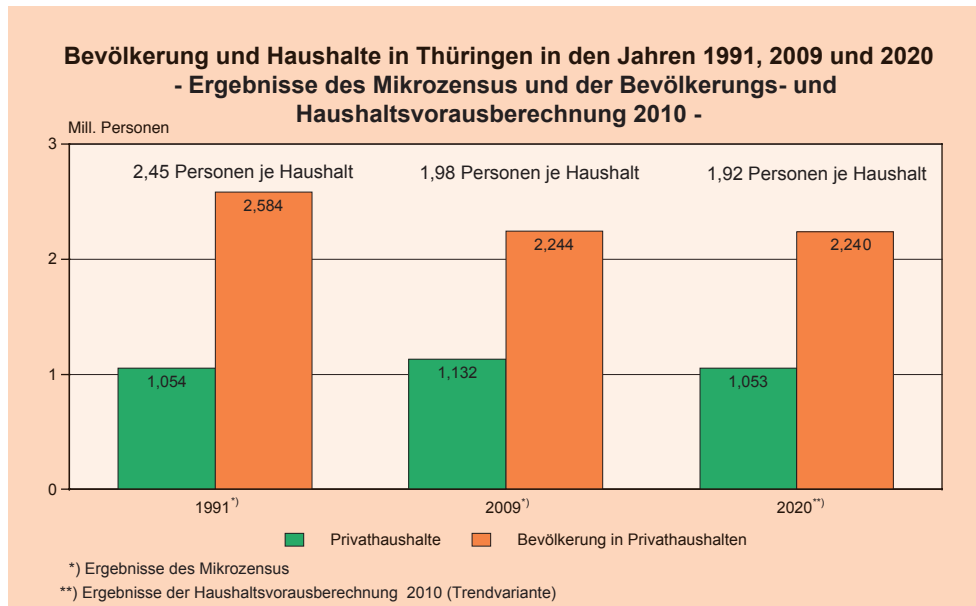
Die im Folgenden für den Freistaat Thüringen aufgezeigten Ergebnisse beziehen sich auf den Zeitraum bis 2020. Sie liegen in zwei Varianten vor: In der so genannten Trendvariante werden die lang- bis mittelfristigen Veränderungen fortgeschrieben, die in der Verteilung der Bevölkerung nach Haushalten unterschiedlicher Größe in der Vergangenheit beobachtet wurden. In der Status-quo-Variante werden dagegen die Ausgangsverhältnisse im Haushaltsbildungsverhalten festgeschrieben. Die beiden Varianten spiegeln die Auswirkungen der künftigen Bevölkerungsentwicklung auf die Haushaltszahl und -struktur wider.

Zukünftige Veränderungen in der Struktur der Haushalte werden allerdings nur durch die Trendvariante abgebildet. Aus diesem Grunde stellt sie auch ein umfassenderes und realistischeres Zukunftsmodell dar. Die folgenden Ausführungen werden sich daher auf die Ergebnisse der Trendvariante beziehen.

Entwicklung der privaten Haushalte im Zeitraum von 1991 bis 2009

Die privaten Haushalte in Thüringen werden immer kleiner. Diese Entwicklung lässt sich seit der erstmaligen Durchführung der Mikrozensusserhebung in den neuen Ländern im Jahre 1991 beobachten. Während die Gesamtzahl der privaten Haushalte zwischen den Jahren 1991 und 2009 um rund 7,4 Prozent gewachsen ist, hat die Bevölkerungszahl im gleichen Zeitraum um 13,2 Prozent abgenommen. Diese unterschiedliche Entwicklung ist auf eine Verkleinerung der privaten Haushalte zurückzuführen. Die durchschnittliche Haushaltsgröße hat sich von 2,45 Personen je Haushalt im Jahr 1991 auf 1,98 Personen je Haushalt im Jahr 2009 deutlich vermindert. Dies zeigt, dass in Thüringen seit 1991 von nichtdemografischen Faktoren ein deutlich stärkerer Einfluss auf die Haushaltsbildung ausging als von der Bevölkerungsentwicklung.¹⁾

**Deutlicher Rückgang
der durchschnittlichen
Haushaltsgröße
seit 1991**

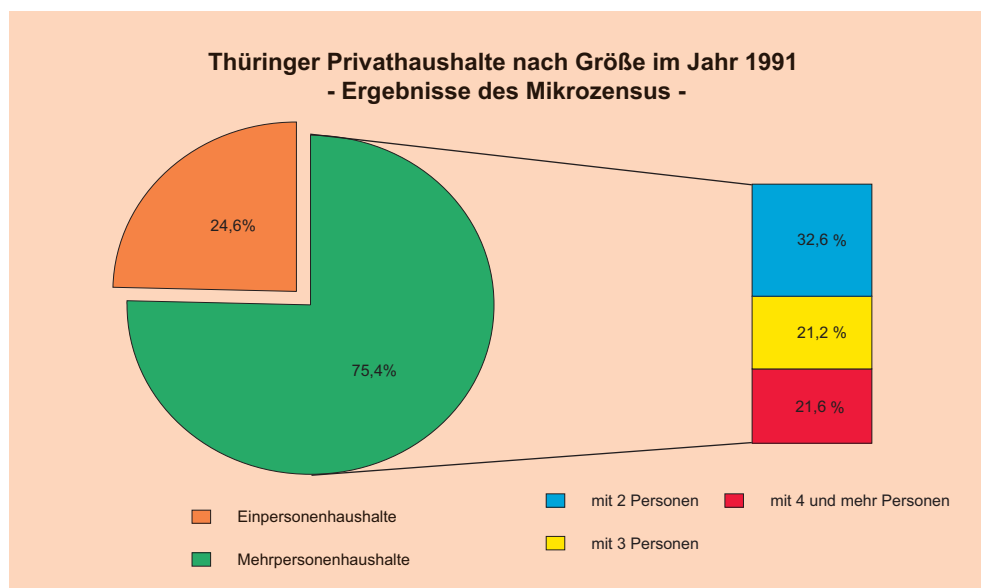


Die deutliche Zunahme der Gesamtzahl der Haushalte in Thüringen wurde ausschließlich von den Ein- und Zweipersonenhaushalten getragen, deren Anzahl zwischen den Jahren 1991 und 2009 um beträchtliche 170 000 bzw. 65,4 Prozent sowie 79 000 bzw. 23,0 Prozent gestiegen ist. Dagegen ist die Anzahl der

**Anzahl der Ein- und
Zweipersonenhaus-
halte beträchtlich
gestiegen**

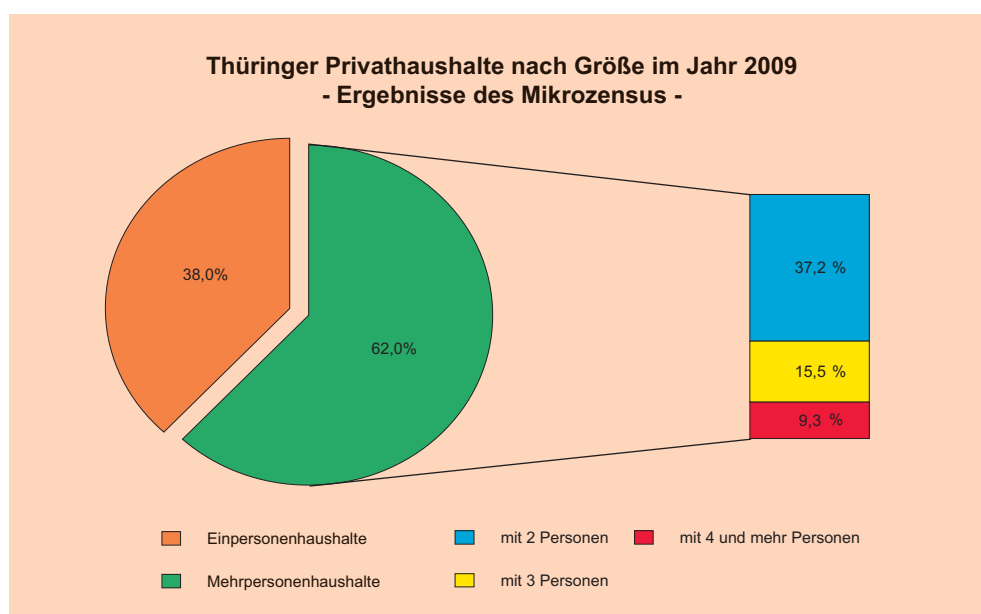
1) Allgemein wird die Veränderung von Haushaltsgrößen von der Bevölkerungsentwicklung (demografische Komponente) und von nichtdemografischen Faktoren der Haushaltsbildung (Verhaltenskomponente) bestimmt. Zwischen beiden Komponenten gibt es keinen starren Zusammenhang.

Haushalte mit drei Personen im gleichen Zeitraum um 49 000 bzw. 21,9 Prozent zurückgegangen. Bei den Haushalten mit vier und mehr Personen belief sich der Rückgang sogar auf beträchtliche 123 000 Haushalte bzw. 53,9 Prozent.



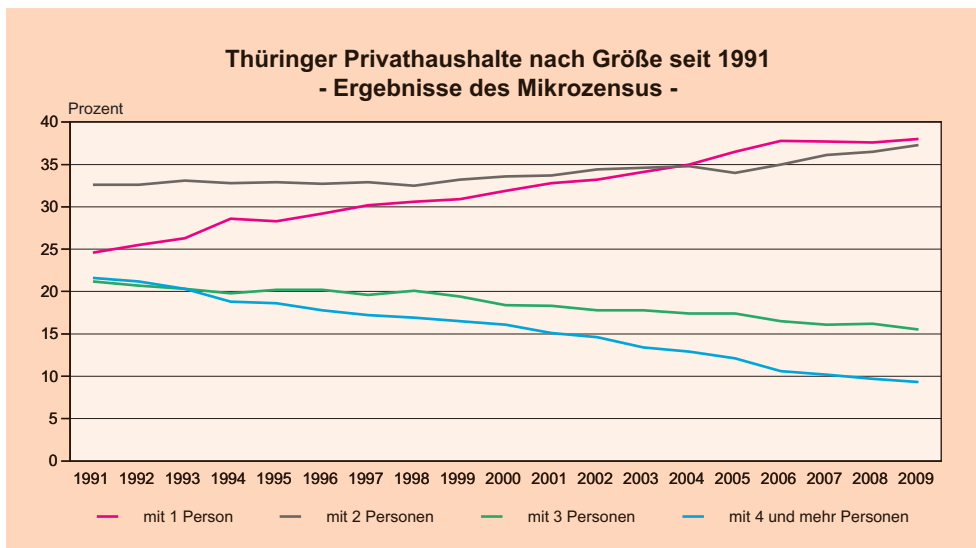
In zwei von fünf Haushalten lebte 2009 nur eine Person

Die unterschiedlichen absoluten Veränderungen der einzelnen Haushaltsgrößen haben zu deutlichen Verschiebungen ihrer Anteilswerte geführt. Aus der Verteilung der Haushalte nach ihrer Größe geht hervor, dass die 430 000 Einpersonenhaushalte im Jahr 2009 in Thüringen einen Anteil von 38,0 Prozent an allen Haushalten erreichten, während es im Jahr 1991 gerade einmal 24,6 Prozent waren. Bei den Zwei- und Dreipersonenhaushalten waren die Veränderungen nicht derart tiefgreifend. Der Anteil der Zweipersonenhaushalte ist von 32,6 Prozent im Jahr 1991 auf 37,2 Prozent im Jahr 2009 gestiegen, der entsprechende Anteil der Dreipersonenhaushalte dagegen im gleichen Zeitraum von 21,2 Prozent auf 15,5 Prozent gesunken. Einen noch stärkeren Rückgang verbuchten die Haushalte mit vier und mehr Personen. Deren Anteil sank von 21,6 Prozent im Jahr 1991 auf 9,3 Prozent im Jahr 2009.



Seit dem Jahr 1991 hat sich somit in Thüringen eine deutliche Verlagerung von den größeren zu den kleineren Haushalten hin vollzogen, wobei der starken Abnahme der Haushalte mit drei sowie vier und mehr Personen eine beträchtliche Zunahme der Ein- und Zweipersonenhaushalte gegenübersteht. Dieser Verkleinerungsprozess der Haushalte ist durch ausgeprägte Änderungen des Verhaltens innerhalb der Bevölkerung ausgelöst worden. Hierzu zählt insbesondere die noch anhaltende Tendenz der Individualisierung bei jüngeren und älteren Menschen, die den Trend zu Einpersonenhaushalten stützt. Daneben trug die zunehmende Kinderlosigkeit und niedrige Geburtenhäufigkeit der jüngeren Generation verstärkt zur Bildung von kleineren Haushalten bei. Schließlich erhöhte die gestiegene fernere Lebenserwartung den Anteil allein zusammenlebender Ehepaare, deren Kinder den elterlichen Haushalt bereits verlassen haben.

Tendenz der Individualisierung führte zu mehr Einpersonenhaushalten



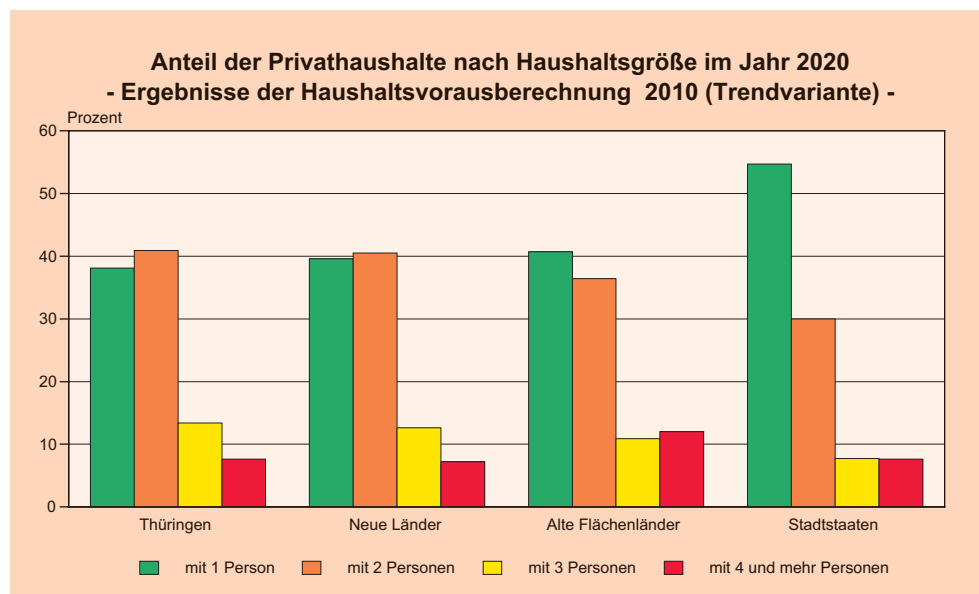
Thüringer Haushalte im Jahr 2020

Für die nahe Zukunft wird mit einer Fortsetzung des Trends zu kleineren Haushalten gerechnet. Allerdings mit einer abgeschwächten Dynamik, da Thüringen – wie die anderen neuen Länder auch – nach der Wiedervereinigung innerhalb kurzer Zeit tiefgreifende Veränderungen im Hinblick auf seine Bevölkerung und seine Haushaltsstrukturen erfahren hat. Bezüglich der Trendvariante der Haushaltsvorausberechnung wird daher davon ausgegangen, dass sich Thüringen, ebenso wie die anderen neuen Länder, im Hinblick auf die Verteilung der Bevölkerung auf die Haushaltsgröße nach dem Jahr 2010 parallel zu den alten Flächenländern entwickeln wird.

Entsprechend der Haushaltsvorausberechnung wird die Gesamtzahl der Haushalte in Thüringen bis zum Jahr 2020 voraussichtlich um rund 7,0 Prozent auf 1 053 000 Haushalte abnehmen. Im gleichen Zeitraum wird die Bevölkerung in Privathaushalten um rund 9,8 Prozent auf 2 024 000 zurückgehen. Diese unterschiedliche Entwicklung ist auf eine Verkleinerung der privaten Haushalte zurückzuführen.

Gesamtzahl der Haushalte bis 2020 rückläufig

Die Verteilung der einzelnen Haushaltsgrößen wird sich bis zum Ende des Vorausberechnungszeitraumes voraussichtlich wie folgt entwickeln: Zunahme des Anteils der Ein- und Zweipersonenhaushalte an allen Haushalten auf 38,1 bzw. 41,0 Prozent sowie Verringerung der Anteilswerte der Dreipersonenhaushalte sowie der Haushalte mit vier und mehr Personen auf 13,4 bzw. 7,6 Prozent.



In Thüringen 2020 anteilig mehr Zweipersonenhaushalte als in den alten Flächenländern

Die weiterhin abnehmende Alterssterblichkeit, die noch immer höhere Lebenserwartung der Frauen sowie die schneller als bei den Frauen steigende Lebenserwartung der Männer wirken sich insbesondere auf die Bildung von Ein- und Zweipersonenhaushalten aus. Im Hinblick auf die Einpersonenhaushalte ist von einer vergleichsweise starken Anpassung an die Verhältnisse im früheren Bundesgebiet auszugehen. Der im Jahr 2020 voraussichtlich deutlich über dem Wert der alten Flächenländer liegende Anteil der Thüringer Zweipersonenhaushalte, lässt sich insbesondere auf die längere nachelterliche Phase der ohne Kinder zusammenlebenden Ehepaare zurückführen, weil in der ehemaligen DDR das durchschnittliche Heiratsalter der Ehepaare niedriger und die Mütter bei der Geburt ihres ersten Kindes jünger waren als im früheren Bundesgebiet. Zudem dürften der voraussichtlich zunehmende Anteil an kinderlosen Frauen, die höhere Scheidungshäufigkeit und der höhere Anteil Alleinerziehender zur vermehrten Bildung von Zweipersonenhaushalten in Thüringen beitragen.

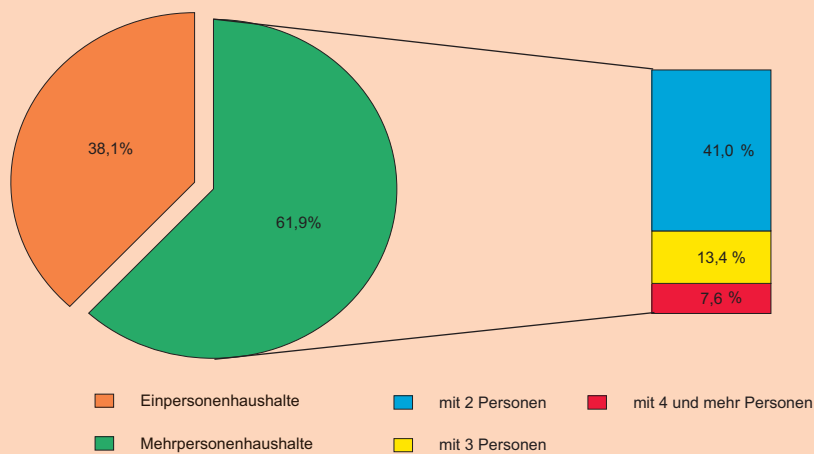
Bis 2020 deutlicher Rückgang von Haushalten mit drei und mehr Personen

Der deutliche Rückgang der Dreipersonenhaushalte sowie der Haushalte mit vier und mehr Personen ist insbesondere eine Folge der in Thüringen seit der Wiedervereinigung stark gesunkenen Geburtenzahlen. Das Ergebnis der Vorausberechnung zeigt, dass der Anteil der Dreipersonenhaushalte in Thüringen im Jahr 2020 deutlich größer sein wird als in den alten Flächenländern (13,4 bzw. 10,9 Prozent). Dagegen wird der Anteilswert der Haushalte mit vier und mehr Personen am Ende des Prognosezeitraumes in Thüringen voraussichtlich deutlich niedriger sein als in den alten Flächenländern (7,6 bzw. 12,0 Prozent).

Durchschnittliche Haushaltsgröße weiterhin rückläufig

Der ausgeprägte Trend zu kleineren Haushalten wird in Thüringen dazu führen, dass hier die durchschnittliche Haushaltsgröße auch weiterhin rückläufig sein wird. Sie wird von 1,98 Personen je Haushalt im Jahr 2009 auf voraussichtlich 1,92 Personen je Haushalt im Jahr 2020 zurückgehen. Damit wird die durchschnittliche Haushaltsgröße im Freistaat sogar noch unter dem für die alten Flächenländer erwarteten Wert liegen (1,98 Personen je Haushalt).

Thüringer Privathaushalte nach Größe im Jahr 2020
- Ergebnisse der Haushaltsvorausberechnung 2010 (Trendvariante) -



Ausblick

Die Ergebnisse der Haushaltsvorausberechnung dürften in Zukunft insbesondere die Thüringer Städte und Gemeinden sowie den Wohnungsmarkt im Freistaat vor große Herausforderungen stellen. Denn eine im Durchschnitt ältere Bevölkerung benötigt auch eine auf sie zugeschnittene Infrastruktur. Wie oben bereits aufgezeigt wurde, dürfte sich der Trend zu kleineren Haushalten auch weiterhin fortsetzen. Dies wiederum hat unmittelbaren Einfluss auf die Anzahl der erforderlichen Wohnungen und die Größe des benötigten Wohnraums.

Die Entwicklung der Erwerbspersonenzahl in Thüringen bis 2020

Der vorliegende Beitrag befasst sich mit der Entwicklung des Erwerbspersonenpotentials in Thüringen bis zum Jahr 2020. Dabei wird die zukünftige Anzahl der Erwerbspersonen in erster Linie von der Bevölkerungsentwicklung bestimmt. Darüber hinaus ist die Entwicklung der Erwerbsbeteiligung ein weiterer wichtiger Einflussfaktor. Diese wird über die Erwerbsquote, d. h. den Anteil der Erwerbspersonen an der Bevölkerung im Alter von 15 und mehr Jahren, abgebildet. Die Gesamtheit der Erwerbspersonen setzt sich aus den Erwerbstätigen und den Erwerbslosen zusammen.

Drei Varianten der Vorausberechnung

Grundlage für die Erwerbspersonenvorausberechnung sind einfache Annahmen zur Erwerbsbeteiligung, die aus der gegenwärtigen Situation und den bestehenden institutionellen Rahmenbedingungen abgeleitet sind, sowie die Ergebnisse der 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder. Darauf aufbauend wurden drei Varianten zur zukünftigen Entwicklung der Erwerbspersonenzahl gerechnet: eine Status-Quo-Variante sowie zwei sogenannte Veränderungsvarianten. Die modellmäßig berechneten Ergebnisse sind keine Prognosen, sondern zeigen lediglich, welche Folgen sich insbesondere durch die demografische Entwicklung für die Zahl der Erwerbspersonen ergeben würden.

Bei der **Status-Quo-Variante** unterscheidet sich die Erwerbsbeteiligung nach Alter und Geschlecht, verhält sich jedoch im gesamten Vorausberechnungszeitraum auf dem im Stützzeitraum (2004, 2005 und 2006) erreichten Niveau. Auf diese Weise lässt sich die Entwicklung der Anzahl der Erwerbspersonen ausschließlich auf die in der 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung abgebildete demografische Entwicklung zurückführen.

Primärvariante mit größter Eintrittswahrscheinlichkeit

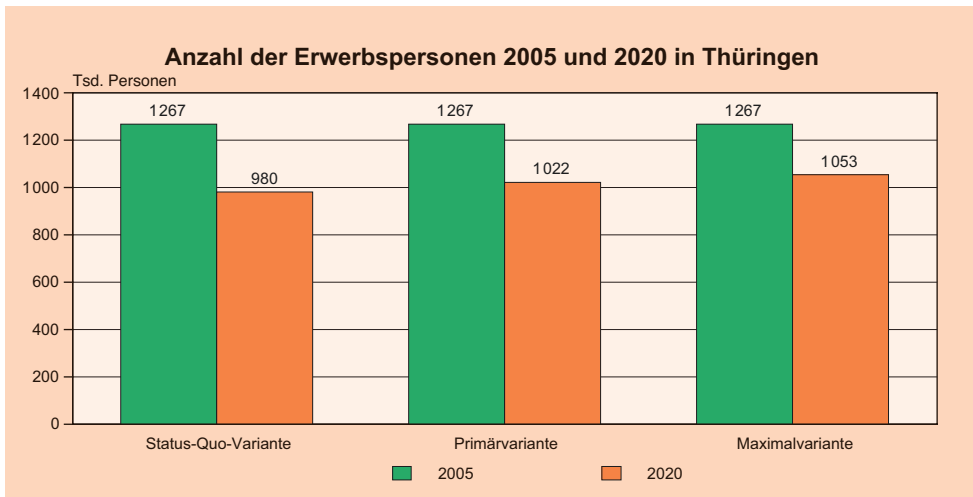
Die **Primärvariante** bildet die Hauptvariante der Erwerbspersonenvorausberechnung, weil sie die größte Eintrittswahrscheinlichkeit aufweist. Hier wird unterstellt, dass die Erwerbsbeteiligung von Männern und Frauen durch einen früheren Einstieg in das Berufsleben und einen späteren Übergang vom Erwerbsleben in die Rente in den entsprechenden Altersgruppen ansteigen wird.

Bei der **Maximalvariante** wird gegenüber der Primärvariante zusätzlich unterstellt, dass sich die Erwerbsbeteiligung zwischen Männern und Frauen langfristig – d.h. bis zum Jahr 2030 – vollständig angleicht. Aufgrund dieser sehr starken These erscheint das Eintreffen dieser Variante aus heutiger Sicht eher unwahrscheinlich, sodass der Maximalvariante ausschließlich Modellcharakter zukommt.

Bei unveränderter Erwerbsbeteiligung deutlicher Rückgang der Erwerbspersonenzahl

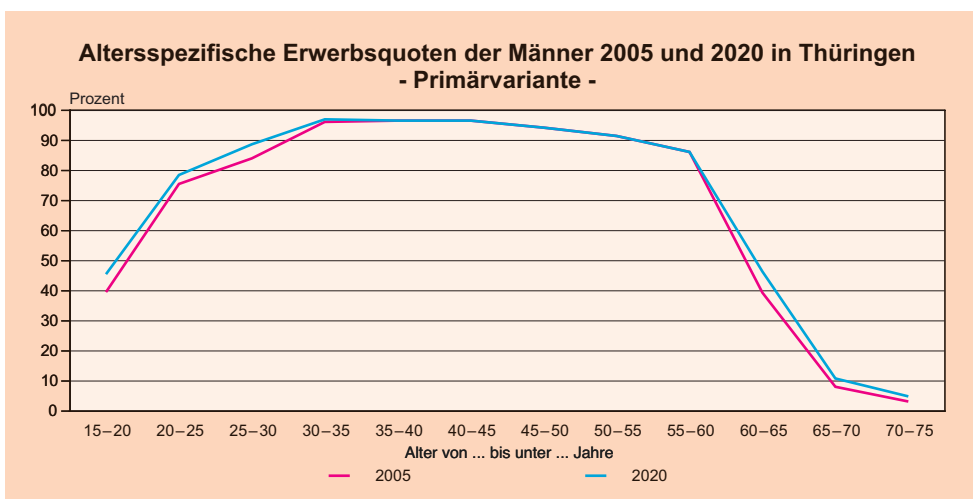
Im Jahr 2005 gab es in Thüringen rund 1,27 Mill. Erwerbspersonen¹⁾, davon waren etwa 45,8 Prozent Frauen. Die Erwerbsquote der Frauen betrug 53,6 Prozent, jene der Männer 65,9 Prozent. Entsprechend den Ergebnissen der **Status-Quo-Variante** würde sich die Anzahl der Erwerbspersonen in Thüringen – bei unveränderter Erwerbsbeteiligung – bis zum Jahr 2020 um rund 287 000 bzw. 22,7 Prozent vermindern. Dieser Rückgang wäre einzig auf die demografische Entwicklung der Thüringer Bevölkerung zurückzuführen.

1) Die hier angegebenen Erwerbspersonenzahlen und Erwerbsquoten weichen von den Ergebnissen des Mikrozensus ab. Aufgrund der tendenziellen Untererfassung geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse im Mikrozensus wurden die Erwerbspersonenzahlen aus dem Mikrozensus für die Zwecke der Erwerbspersonenvorausberechnung anhand der Daten zu den ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigten aus der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit angepasst



Eine unveränderte Erwerbsbeteiligung der Thüringer Männer und Frauen ist aber eher nicht zu erwarten. Vielmehr ist davon auszugehen, dass die Verkürzung der Ausbildungs- und insbesondere der Studienzeiten sowie die fortwährende Erhöhung des Renteneintrittsalters, einen Anstieg der Erwerbsbeteiligung, vornehmlich von jüngeren und älteren Personen, zur Folge hat. Darüber hinaus dürfte auch die Erwerbsbeteiligung der Frauen in den nächsten Jahren noch weiter ansteigen.

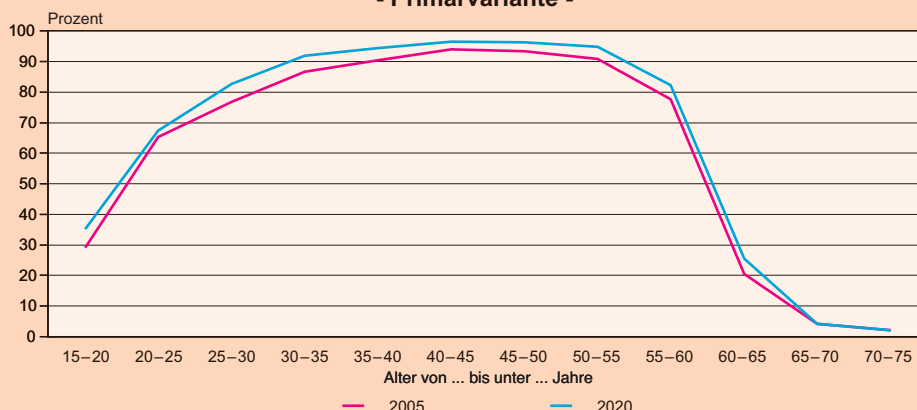
Anstieg der Erwerbsbeteiligung von jüngeren und älteren Personen wahrscheinlich



Allerdings ist die Annahme einer steigenden Erwerbsbeteiligung in einzelnen Altersgruppen nicht notwendigerweise damit gleichzusetzen, dass auch die Erwerbsquote insgesamt zunehmen wird. Schließlich wird die Erwerbsbevölkerung in Thüringen bis zum Jahr 2020 aufgrund ihrer Altersstruktur immer älter. Damit kommt den älteren Erwerbspersonen als einer Gruppe mit vergleichsweise niedrigen Erwerbsquoten ein immer größeres Gewicht zu. Nachdem die Erwerbsquote insgesamt als Anteil der Erwerbspersonen an der Bevölkerung im Alter von 15 und mehr Jahren definiert ist, kann es durchaus sein, dass diese im Zeitablauf sinkt. Dies ist im Hinblick auf Thüringen auch der Fall:

Zwischen den Jahren 2005 und 2020 würde sich die Erwerbsquote insgesamt entsprechend der **Primärvariante** deutlich vermindern. Bei den Männern wäre der Rückgang mit einem Minus von 4,4 Prozentpunkten (von 65,9 auf 61,5 Prozent) etwas stärker ausgeprägt als bei den Frauen mit einem Minus von 3,5 Prozentpunkten (von 53,6 auf 50,1 Prozent).

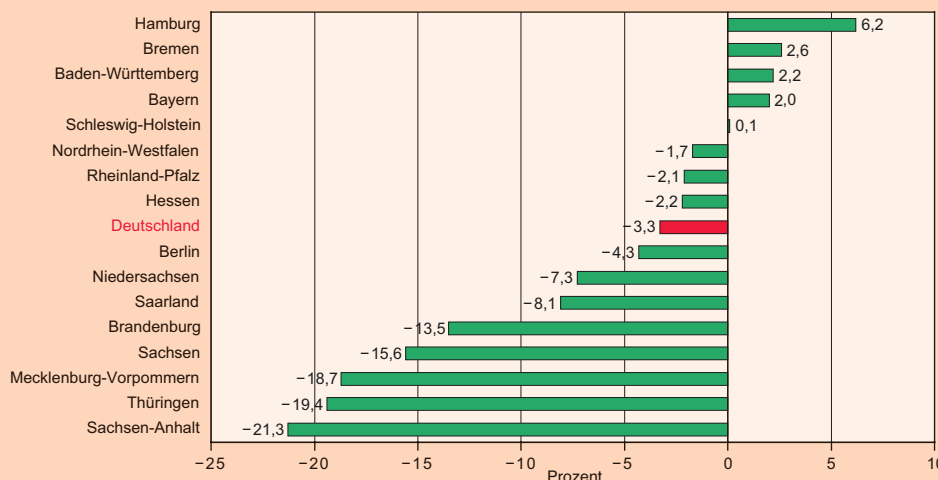
**Altersspezifische Erwerbsquoten der Frauen 2005 und 2020 in Thüringen
- Primärvariante -**



Rückgang der Erwerbspersonen bei steigender Erwerbsbeteiligung geringer

Absolut wäre unter den Annahmen der Primärvariante bei den Thüringer Erwerbspersonen ein etwas geringerer Rückgang zu verzeichnen als bei der Status-Quo-Variante. Insgesamt würde sich die Anzahl der Erwerbspersonen von 1,27 Mill. im Ausgangsjahr auf 1,02 Mill. im Jahr 2020 vermindern. Dies entspricht einem Rückgang um rund 245 000 Tsd. Erwerbspersonen bzw. 19,4 Prozent.

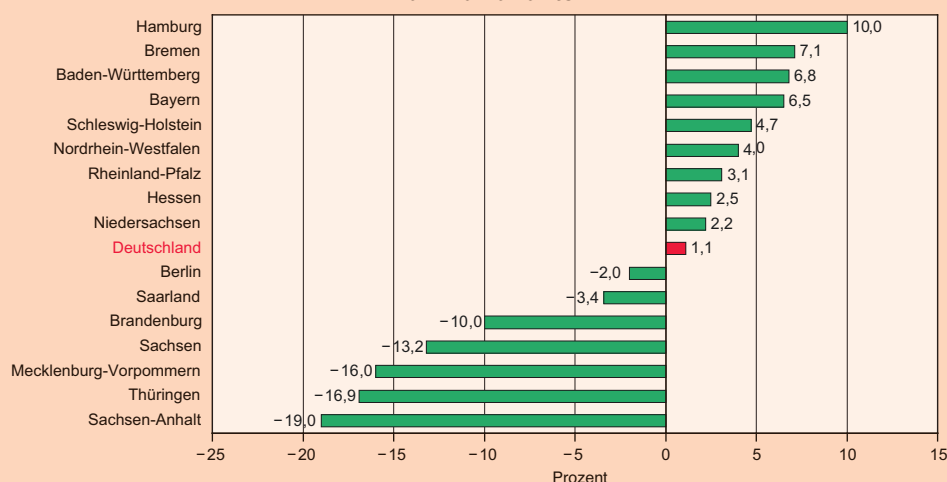
**Veränderung der Anzahl der Erwerbspersonen 2005 bis 2020
nach Bundesländern in Prozent
- Primärvariante -**



Thüringen mit zweithöchstem Rückgang des Erwerbspersonenpotentials

Im Vergleich der Bundesländer ist der vorausberechnete Rückgang des Erwerbspersonenpotentials in Thüringen von 19,4 Prozent (von 2005 bis 2020) deutlich höher als im bundesweiten Durchschnitt (-3,3 Prozent). Unter allen Bundesländern hat Thüringen damit die zweithöchste Rückgangsrage. Lediglich für Sachsen-Anhalt (-21,3 Prozent) wurde eine noch höhere Abnahme der Anzahl der Erwerbspersonen vorausberechnet. Ebenfalls zweistellig ist die Rückgangsrage der ostdeutschen Bundesländer Brandenburg (-13,5 Prozent), Sachsen (-15,6 Prozent) und Mecklenburg-Vorpommern (-18,7 Prozent). Dagegen wird für die westdeutschen Bundesländer Schleswig-Holstein (+0,1 Prozent), Bayern (+2,0 Prozent), Baden-Württemberg (+2,2 Prozent), Bremen (+2,6 Prozent) und Hamburg (+6,2 Prozent) eine Zunahme des Erwerbspersonenpotentials erwartet.

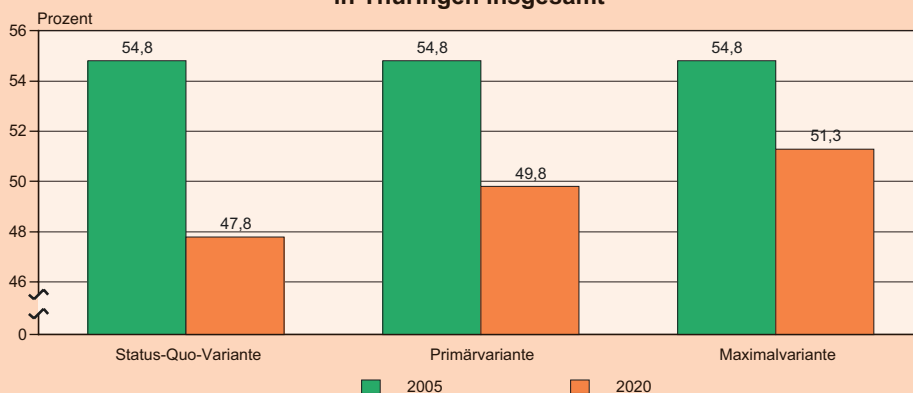
**Veränderung der Anzahl der Erwerbspersonen 2005 bis 2020
nach Bundesländern in Prozent
- Maximalvariante -**



Unter den Annahmen der **Maximalvariante** würde das Erwerbspersonenpotential bis zum Jahr 2020 in der Mehrzahl der Bundesländer ansteigen. Allerdings würden die einzelnen Bundesländer in unterschiedlichem Ausmaß aus einer Angleichung der Erwerbsbeteiligung der Frauen an jene der Männer ihren Nutzen ziehen. In den westdeutschen Bundesländern war die Abweichung zwischen der Erwerbsbeteiligung der Männer und der Frauen im Basisjahr 2005 noch verhältnismäßig groß. Aus diesem Grunde würde sich dort bis zum Jahr 2020 eine im Vergleich zur Primärvariante besonders vorteilhafte Entwicklung abzeichnen. Aber auch in den ostdeutschen Bundesländern würde der Rückgang des Erwerbspersonenpotentials zumindest geringer ausfallen.

In absoluten Zahlen ausgedrückt würde sich nach der Maximalvariante die Anzahl der Erwerbspersonen in Thüringen von 1,27 Mill. im Basisjahr 2005 auf 1,05 Mill. im Jahr 2020 vermindern. Relativ entspräche dies einem Rückgang um 16,9 Prozent. Der Anteil der Frauen an den Erwerbspersonen würde von 45,8 Prozent im Jahr 2005 auf 46,3 Prozent im Jahr 2020 steigen.

**Anteil der Erwerbspersonen an der Gesamtbevölkerung 2005 und 2020
in Thüringen insgesamt**



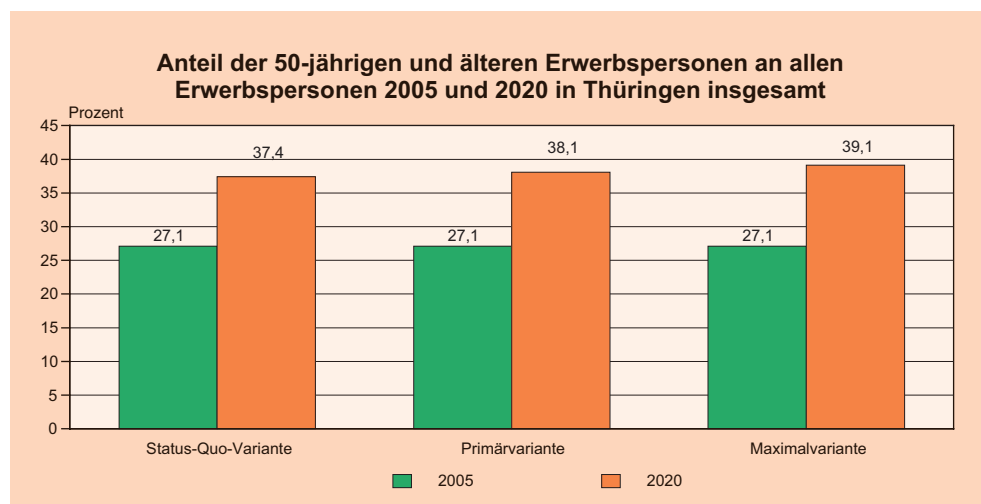
Im Ergebnis wäre die Erwerbsquote, d. h. der Anteil der Erwerbspersonen an der Bevölkerung im Alter von 15 und mehr Jahren, nach der Maximalvariante (57,5 Prozent) deutlich höher als nach der Status-Quo-Variante (53,5 Prozent) und

**Erwerbsquote nach
der Maximalvariante
am höchsten**

der Primärvariante (55,8 Prozent). Auch in der Differenzierung nach Geschlechtern würde die Erwerbsquote der Männer und der Frauen nach der Maximalvariante (62,1 bzw. 53,0 Prozent) über jener nach der Status-Quo-Variante (59,7 bzw. 47,7 Prozent) und der Primärvariante (61,5 bzw. 50,1 Prozent) liegen.

Thüringer Erwerbspersonen werden immer älter

Bis zum Jahr 2020 wird das Durchschnittsalter der Erwerbspersonen in Thüringen ansteigen. Bei allen drei Varianten der Erwerbspersonenvorausberechnung wird von einem sinkenden Anteil der unter 50-jährigen Erwerbspersonen und einem entsprechend steigenden Anteil an älteren, über 50-Jährigen Erwerbspersonen ausgegangen. Während im Basisjahr 2005 die Erwerbspersonen in Thüringen zu 27,1 Prozent aus 50-jährigen und älteren Personen bestanden, würde dieser Anteil bis zum Jahr 2020 nach der Status-Quo-Variante auf 37,4 Prozent, nach der Primärvariante auf 38,1 Prozent und nach der Maximalvariante sogar auf 39,1 Prozent ansteigen.



Entwicklung der Erwerbspersonen für soziale Sicherung von großer Bedeutung

In Bezug auf die künftige Finanzierung des Systems der sozialen Sicherung kommt der Entwicklung des Anteils der Erwerbspersonen an der Gesamtbevölkerung eine große Bedeutung zu. Schließlich gibt dieses Verhältnis an, wie viele Erwerbspersonen den nicht oder nicht mehr im Erwerbsleben stehenden Personen gegenüberstehen. Letztere müssen von den Erwerbstätigen im Hinblick auf die gesetzlichen Systeme der Alterssicherung, der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung sowie anderer sozialstaatlicher Leistungen mitgetragen werden.

Anteil der Erwerbspersonen an der Gesamtbevölkerung nach allen drei Varianten rückläufig

Im Jahr 2005 betrug in Thüringen der Anteil der Erwerbspersonen an der Gesamtbevölkerung 54,8 Prozent. Unterstellt man eine unveränderte Erwerbsbeteiligung (Status-Quo-Variante), so würde deren Anteil bis 2020 auf 47,8 Prozent absinken. Entsprechend der Primärvariante verläuft diese Entwicklung bereits etwas günstiger. Danach würde sich der Anteil der Erwerbspersonen an der Gesamtbevölkerung auf 49,8 Prozent vermindern. Die günstigste Entwicklung erhält man, wenn man annimmt, dass sich die Erwerbsbeteiligung der Frauen langfristig an jene der Männer angleicht (Maximalvariante). Unter dieser Voraussetzung würde der Anteil der Erwerbspersonen an der Gesamtbevölkerung im Jahr 2005 in Thüringen 51,3 Prozent betragen.

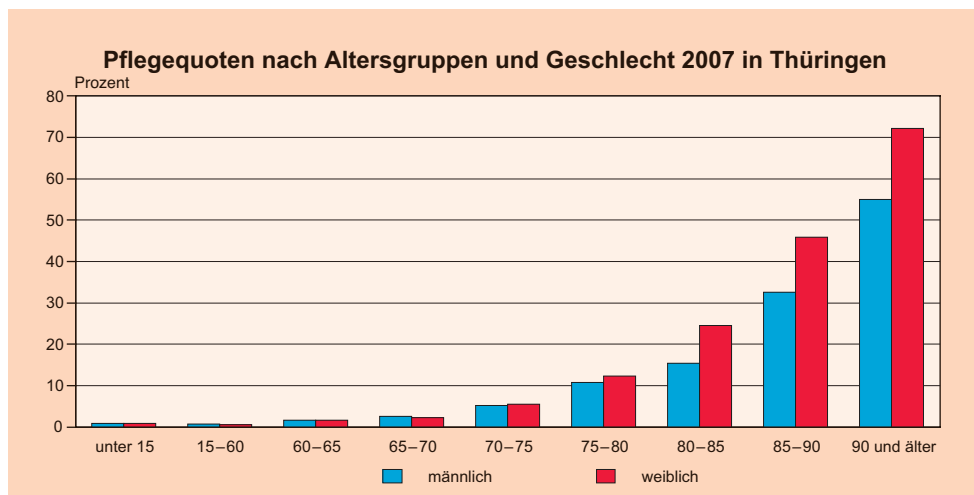
Lasten der sozialen Sicherung künftig auf weniger Schultern verteilt

Im Ergebnis ist bei allen drei Varianten der Erwerbspersonenvorausberechnung von einem rückläufigen Anteil der Erwerbspersonen an der Gesamtbevölkerung auszugehen. Dies bedeutet, dass die Lasten der sozialen Sicherungssysteme in Zukunft auf immer weniger Schultern verteilt werden. Selbst bei einem Eintreten der Maximalvariante läge der Anteil der Erwerbspersonen im Jahr 2020 nur noch knapp über jenem der Nichterwerbspersonen.

Die Entwicklung der Pflegebedürftigen in Thüringen bis 2020

Die Anzahl alter und hochbetagter Menschen in Thüringen wird immer größer. Diese an sich positive Entwicklung hat jedoch verschiedene Auswirkungen. Hierzu zählt insbesondere die zunehmende Pflegebedürftigkeit. Diese stellt die Gesellschaft vor große Herausforderungen, nicht nur hinsichtlich der Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme. Auch die für die Zukunft notwendige Infrastruktur für Versorgungseinrichtungen sowie das Pflegepotenzial im familiären Umfeld sind Aspekte, um sich frühzeitig mit den langfristigen demografischen Entwicklungen und den sich abzeichnenden Folgen des Alterungsprozesses zu befassen.

Basis der Analyse zu den Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Pflegebedürftigkeit sind aus der gegenwärtigen Situation abgeleitete einfache Annahmen zur Pflegebedürftigkeit sowie die Ergebnisse der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder. Die im Rahmen einer Modellrechnung gewonnenen Ergebnisse zeigen, welche Folgen insbesondere die demografische Entwicklung auf die Anzahl der Pflegebedürftigen haben könnte.



Die Statistik über die Empfänger von Pflegegeldleistungen wird seit dem Jahr 1999 als Stichtagserhebung durchgeführt und liefert im Abstand von zwei Jahren Grunddaten zu diesem Personenkreis. Danach waren im Dezember 2007 in Thüringen 72 213 Menschen pflegebedürftig im Sinne des Pflegeversicherungsgesetzes. Mehr als zwei Drittel der Betroffenen (67,6 Prozent) waren Frauen. Ebenfalls zwei Drittel (66,7 Prozent) der Pflegebedürftigen waren 75 Jahre und älter, beinahe ein Drittel (31,3 Prozent) 85 Jahre und älter. Die Pflegequote, d.h. der Anteil der Pflegebedürftigen an der Bevölkerung einer bestimmten Altersgruppe, steigt mit dem Alter an. Während von den 75 bis unter 85-Jährigen 16,1 Prozent pflegebedürftig waren, lag der entsprechende Anteil bei den 85 bis unter 90-Jährigen bei 42,7 Prozent. Dagegen waren von der Bevölkerung im Alter von 90 Jahren und mehr über zwei Drittel (68,9 Prozent) von Pflegebedürftigkeit betroffen.

Mit 52 161 Personen wurden im Dezember 2007 rund drei Viertel (72,2 Prozent) der Pflegebedürftigen im Freistaat zu Hause versorgt. Von diesen erhielten 35 421 Personen ausschließlich Pflegegeld, das heißt, sie wurden in der Regel allein durch Angehörige gepflegt. Die restlichen 16 740 zu Hause versorgten Pflegebedürftigen

Pflegebedürftige überwiegend zu Hause versorgt

wurden ganz oder teilweise von ambulanten Pflegediensten betreut. In Heimen waren zur gleichen Zeit 20 052 Pflegebedürftige untergebracht, davon 18 843 in vollstationärer Dauerpflege.

Pflegebedürftige nach Versorgungsart 2007 in Thüringen

Insgesamt 72 213 Pflegebedürftige		
zu Hause versorgt: 52 161 Pflegebedürftige (72,2 Prozent) durch		in Heimen versorgt: 20 052 Pflegebedürftige (27,8 Prozent)
ausschließlich Angehörige: 35 241 Pflegebedürftige	Pflegedienste: 16 740 Pflegebedürftige	

Deutliche Zunahme der Pflegebedürftigen

In den vergangenen Jahren wurde in Thüringen eine deutliche Zunahme der Pflegebedürftigen verzeichnet: Betrug deren Anzahl im Jahr 1999 noch 60 257 Personen, so waren es im Jahr 2007 bereits 72 213 Personen. Dies entspricht einem Anstieg um 11 956 Personen bzw. 19,8 Prozent. Gleichzeitig ist auch der Anteil der Pflegebedürftigen an der Bevölkerung insgesamt gestiegen und zwar von 2,5 Prozent im Jahr 1999 auf 3,1 Prozent im Jahr 2007. Dies ist angesichts der demografischen Entwicklung auch nicht weiter verwunderlich: Im Jahr 1999 waren 6,6 Prozent der Thüringer Bevölkerung 75 Jahre und älter. Dagegen waren es im Jahr 2007 bereits 8,9 Prozent.

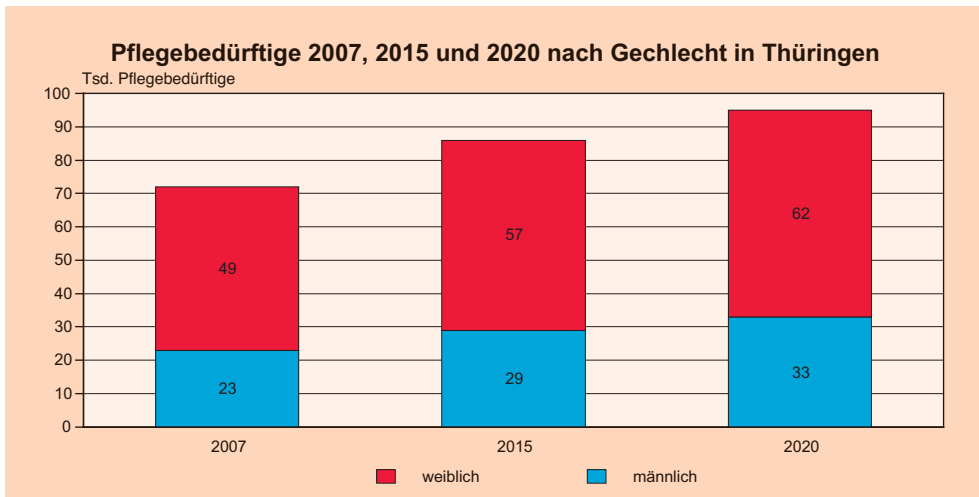
Zunehmende Bedeutung der professionellen Pflege

Schließlich wird im Zeitvergleich die zunehmende Bedeutung der professionellen Pflege in Heimen sowie durch ambulante Pflegedienste erkennbar. Zwischen den Jahren 1999 und 2007 ist die Anzahl der in Heimen versorgten Pflegebedürftigen um 5 805 Personen bzw. 40,7 Prozent und die Anzahl der durch ambulante Dienste betreuten Pflegebedürftigen um 4 555 Personen bzw. 37,4 Prozent gestiegen. Dagegen ist die Anzahl der zu Hause durch Angehörige versorgten Pflegebedürftigen, d. h. die Anzahl der reinen Pflegegeldempfänger, lediglich um 1 596 Personen bzw. 4,7 Prozent gestiegen. Als Folge dieser Entwicklung verminderte sich der Anteil der zu Hause versorgten Pflegebedürftigen von 76,4 Prozent im Jahr 1999 auf 72,2 Prozent im Jahr 2007.

Vorausberechnung unterstellt konstante Pflegequoten

Das künftige Ausmaß der Pflegebedürftigkeit in Thüringen wird über ein einfaches Modell vorausberechnet, in dem die mittleren alters- und geschlechtsspezifischen Pflegequoten der Jahre 2005 und 2007 im Berechnungszeitraum konstant gehalten werden. Bei dieser Vorgehensweise wird davon ausgegangen, dass alle nicht-demografischen Entwicklungen unverändert bleiben. Dies bedeutet, dass sowohl Fortschritte in der Medizin und etwaig eintretende Verbesserungen im Gesundheitszustand der Bevölkerung als auch Änderungen der Gesetzeslage im Pflegebereich oder sonstige Veränderungen nicht in die Berechnungen einbezogen werden.

Nach den Ergebnissen der Modellrechnung wird die Anzahl der Pflegebedürftigen in Thüringen in den kommenden Jahren fortwährend ansteigen und im Jahr 2020 bei rund 95 000 Personen liegen.



Damit wird sich deren Anzahl gegenüber dem Jahr 2007 um fast ein Drittel (31,9 Prozent) erhöhen. Die Anzahl der männlichen Pflegebedürftigen steigt dabei im Vorausberechnungszeitraum stärker (um 43,5 Prozent) als die Anzahl der weiblichen Pflegebedürftigen (26,5 Prozent). Gleichwohl werden auch im Jahr 2020 die Frauen mit einem Anteil von fast zwei Dritteln (65,3 Prozent) die weitaus größere Gruppe innerhalb der Pflegebedürftigen darstellen.

Bis 2020 fast ein Drittel mehr Pflegebedürftige

Im Zuge des dargelegten Anstiegs der Pflegebedürftigen wird sich der Anteil dieses Personenkreises an der Gesamtbevölkerung in Thüringen von 2007 bis 2020 um etwa 1,6 Prozentpunkte erhöhen. Dann sind rund 4,7 Prozent der Thüringer Bevölkerung pflegebedürftig. Von der weiblichen Bevölkerung benötigen dann sogar etwa 6,1 Prozent Hilfe bei den Aufgaben des täglichen Lebens. Bei der Bevölkerung im Alter von 60 Jahren und mehr liegt der entsprechende Anteil an der Gesamtbevölkerung sogar bei 11,8 Prozent. Unter den Frauen dieser Altersgruppe erreicht der entsprechende Anteil im Jahr 2020 rund 14,1 Prozent, so dass dann etwa jede siebte Frau im Alter von 60 Jahren und mehr pflegerisch zu versorgen ist.

Jede siebte Frau im Alter von 60 Jahren und mehr 2020 pflegebedürftig

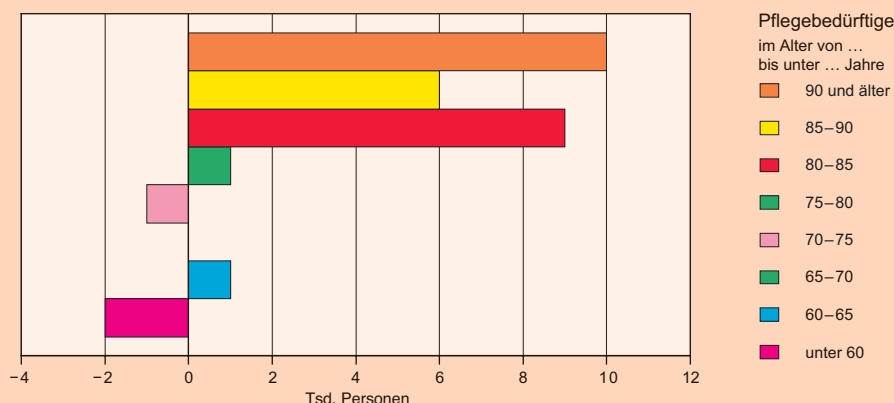
Die hohe Korrelation zwischen Alter und Pflegebedürftigkeit spiegelt sich in den nach Alter differenzierten Ergebnissen der Modellrechnung wider: So erhöht sich die Anzahl der pflegebedürftigen Personen im Alter von 80 bis unter 90 Jahren bis zum Jahr 2020 um mehr als die Hälfte (+51,7 Prozent) und umfasst dann thüringenweit etwa 44 000 Personen. Die Anzahl der Pflegebedürftigen im Alter von 90 Jahren und mehr erhöht sich bis zum Jahr 2020 um weit mehr als das Doppelte (+125,0 Prozent). Sie liegt dann bei rund 18 000 Personen.

Deutlich mehr Hochbetagte bis 2020 pflegebedürftig

Die künftige demografische Entwicklung lässt auch eine gewichtige Verschiebung der Altersstruktur innerhalb der Gruppe der Pflegebedürftigen erwarten. Während im Jahr 2007 noch 69,6 Prozent der pflegebedürftigen Männer und 38,8 Prozent der pflegebedürftigen Frauen im Alter von unter 80 Jahren waren, verringert sich der Anteil dieser Altersgruppen bis 2020 auf 48,5 Prozent bei den Männern und 25,8 Prozent bei den Frauen. Entsprechend steigen die Anteile hochbetagter Pflegebedürftiger mit 80 und mehr Jahren sehr stark an. Im Jahr 2020 werden sogar 12,1 Prozent der männlichen und 22,6 Prozent der weiblichen Pflegebedürftigen 90 Jahre und älter sein.

Auch der Anteil Hochbetagter an den Pflegebedürftigen stark steigend

Demografisch bedingte Veränderung der Anzahl der Pflegebedürftigen 2020 gegenüber 2007 in Thüringen (Status-Quo-Szenario)



Pflegebedürftige 2007 bis 2020 in Deutschland (Status-Quo-Szenario)

Land	Pflegebedürftige am Jahresende				
	2007	2015	Veränderung 2015 gegenüber 2007	2020	Veränderung 2020 gegenüber 2007
	1000	1000	%	1000	%
Baden-Württemberg	237	284	20,0	315	32,9
Bayern	314	374	18,9	411	30,9
Berlin	96	115	20,0	130	36,0
Brandenburg	85	107	25,4	124	45,5
Bremen	21	23	12,1	25	18,9
Hamburg	43	48	10,3	51	18,3
Hessen	176	203	15,3	221	25,6
Mecklenburg-Vorpommern	57	72	26,0	82	43,2
Niedersachsen	242	279	15,3	305	26,1
Nordrhein-Westfalen	485	563	16,2	610	25,8
Rheinland-Pfalz	102	120	16,8	129	26,4
Saarland	29	34	15,1	36	22,3
Sachsen	127	153	20,0	168	32,5
Sachsen-Anhalt	81	96	18,9	105	30,2
Schleswig-Holstein	79	94	18,3	104	31,7
Thüringen	72	86	19,4	95	31,8
Deutschland	2 247	2 645	17,7	2 905	29,3

Anstieg der Pflegebedürftigen für das gesamte Bundesgebiet erwartet

Ein Blick über die Thüringer Landesgrenzen hinaus zeigt, dass im gesamten Bundesgebiet mit einem Anstieg der Pflegebedürftigen zu rechnen ist: Der stärkste Anstieg wird bis zum Jahr 2020 für Mecklenburg-Vorpommern (+43,2 Prozent) und Brandenburg (+45,5 Prozent) erwartet. In den anderen Bundesländern dürften die Steigerungen deutlich geringer ausfallen. Die geringsten Zuwachsraten wurden für die westdeutschen Stadtstaaten Hamburg (+18,3 Prozent) und Bremen (+18,9 Prozent) vorausgerechnet. Die für Thüringen bis zum Jahr 2020 erwartete Steigerung (+31,8 Prozent) fällt etwas höher als der bundesdeutsche Durchschnitt (+29,3 Prozent) aus.

Ausblick

Von Pflegebedürftigkeit werden in Thüringen bis zum Jahr 2020 immer mehr Menschen betroffen sein. Mit fortschreitendem Alter nimmt das Risiko, wegen körperlicher, geistiger oder seelischer Beeinträchtigungen auf Hilfe im normalen Tagesablauf angewiesen zu sein, deutlich zu. Der demografische Wandel, der eine wachsende Anzahl an älteren Menschen beinhaltet, stellt somit das Gesundheitswesen und die Sozialversicherungssysteme bereits in naher Zukunft vor große Herausforderungen.

Die Entwicklung der Krankenhausbehandlungen in Thüringen bis 2020

Die sozialen Sicherungssysteme stehen im Mittelpunkt der Betrachtungen zu den Auswirkungen des demografischen Wandels. Dabei sind die Ausgaben im Gesundheitswesen und insbesondere der kostenintensive Krankenhausbereich von besonderem Interesse. Es ist absehbar, dass die demografische Entwicklung zu einer starken Veränderung des Bedarfs an Krankenhausbehandlungen führen wird. Legt man die heutigen Morbiditätsverhältnisse zugrunde, dann werden insbesondere die Krankenhausbehandlungen bei Herz- und Kreislauferkrankungen stark zunehmen. Dagegen ist im Hinblick auf die Diagnosearten „psychische und Verhaltensstörungen“ sowie „Schwangerschaft, Geburt, Wochenbett“ eine Abnahme der Krankenhaufälle zu erwarten.

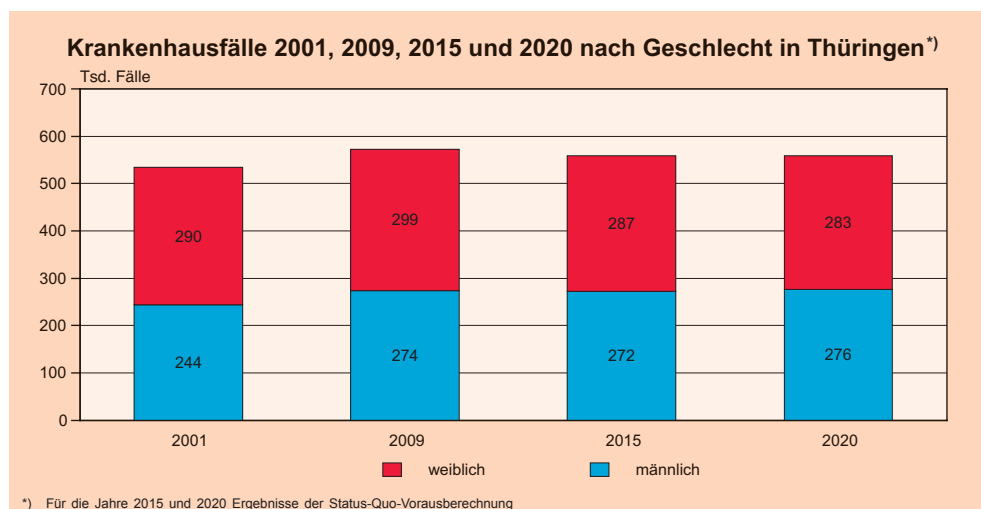
Krankenhausstatistik erfasst Angaben über jeden vollstationär behandelten Patienten

Im Rahmen der Krankenhausstatistik werden im „Teil II, Diagnoseangaben“ jährlich Daten zu den Krankenhauspatienten erfasst. Neben der Erkrankungsart werden auch Informationen zu Verweildauer, Fachabteilung sowie soziodemografische Merkmale (z. B. Alter, Geschlecht, Wohnort) erfragt. Erhoben werden Angaben über jeden vollstationär behandelten Patienten, der im Berichtsjahr aus dem Krankenhaus bzw. der Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtung entlassen wurde. Patienten, die während des Aufenthaltes verstarben, sind in den Angaben enthalten. Nicht enthalten sind hingegen Personen, die teilstationär oder ambulant behandelt wurden.

Die Ergebnisse der Krankenhausstatistik lassen sich sowohl nach dem Wohnort als auch nach dem Behandlungsortprinzip darstellen. Da die Auswirkungen des demografischen Wandels auf die zukünftig in Krankenhäusern zu behandelnden Fälle nur bezogen auf die Wohnbevölkerung analysiert werden können, wird im weiteren das Wohnortprinzip zugrunde gelegt. Dies bedeutet, dass nur Krankenhauspatienten mit Wohnsitz in Thüringen in den Ergebnissen enthalten sind. In den Veröffentlichungen der amtlichen Statistik erfolgt der Nachweis dagegen in der Regel nach dem Behandlungsortprinzip. Insofern können die dort nachgewiesenen Krankenhaufälle von den hier vorliegenden Ergebnissen abweichen.

Deutlicher Anstieg der Krankenhaufälle

Entsprechend den Ergebnissen der Krankenhausstatistik wurden im Jahr 2001 genau 533 499 vollstationäre Patientinnen und Patienten mit Wohnsitz in Thüringen aus deutschen Krankenhäusern entlassen. Deren Anzahl stieg bis zum Jahr 2008 um 30 362 bzw. 5,7 Prozent auf 563 861 an. Auch im Jahr 2009 war diesbezüglich eine weitere Zunahme auf 573 301 entlassene Krankenhauspatienten zu verbuchen.

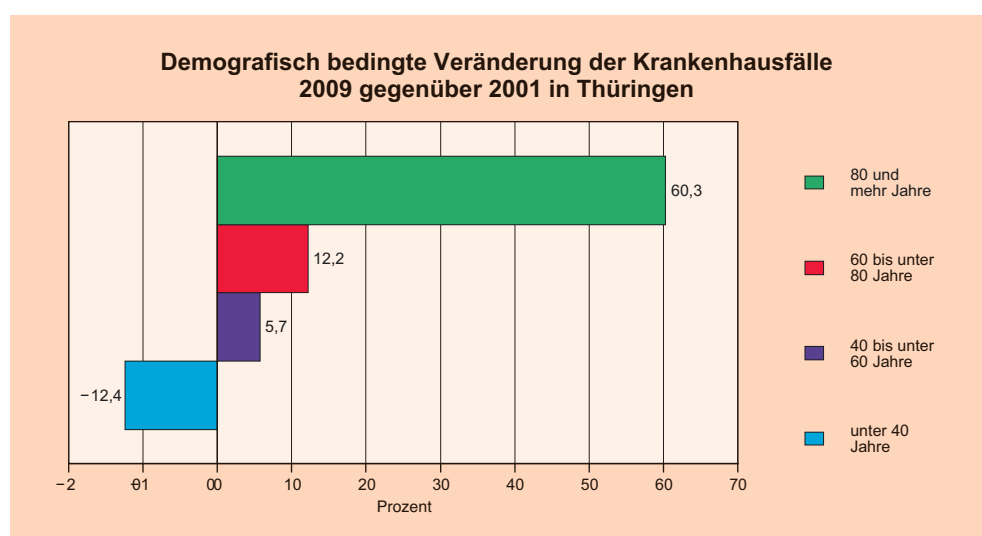


Daneben lässt sich beobachten, dass die Anzahl der Krankenhauspatienten im hohen Alter einen größeren Anteil an den Krankenhauffällen insgesamt aufweist als die Anzahl der Krankenhauspatienten jüngerer Altersgruppen. Im Jahr 2009 entfiel auf die Krankenhauspatienten im Alter von 60 und mehr Jahren ein Anteil von 51,2 Prozent.

Mehr als die Hälfte aller Krankenhauspatienten waren 60 Jahre und älter

In den einzelnen Altersgruppen hat sich die Anzahl der Krankenhauspatienten im Zeitraum von 2001 bis 2009 sehr unterschiedlich entwickelt: Die mit Abstand größte Zunahme ist bei den Krankenhauspatienten im Alter von 80 Jahren und älter zu verzeichnen, denn bei dieser Personengruppe erhöhte sich die Anzahl der stationär behandelten Kranken von 48 350 im Jahr 2001 auf 77 527 im Jahr 2009, was einer Erhöhung um 60,3 Prozent entspricht. Dagegen wurde bei den Krankenhauspatienten im Alter von unter 40 Jahren ein deutlicher Rückgang verbucht: Hier nahm die Anzahl der Krankenhauspatienten zwischen 2001 und 2009 um rund 20 319 Personen bzw. 12,4 Prozent ab.

Große Zunahme älterer Krankenhauspatienten



Ferner ist zwischen 2001 und 2009 ein höherer Anteil an Frauen bei den Krankenhauspatienten zu beobachten. Die Anzahl der weiblichen Krankenhauspatienten belief sich im Jahr 2001 auf 289 663 Krankenhauffälle und stieg bis zum Jahr 2009 auf 299 122 Krankenhauffälle (+3,3 Prozent) an. Im Jahr 2001 gab es dagegen 243 836 männliche Krankenhauspatienten, deren Anzahl sich bis zum Jahr 2009 auf 274 179 Krankenhauspatienten (+12,2 Prozent) erhöhte.

Mehr weibliche als männliche Krankenhauspatienten

Krankenhauffälle 2001, 2008 und 2009 nach zusammengefassten Diagnosearten in Thüringen

ICD - 10 ^{*)}	Zusammengefasste Diagnosearten	Krankenhauffälle			
		2001	2008	2009	Veränderung 2009 gegenüber 2001 in %
	Insgesamt	533 499	563 861	573 301	7,5
	darunter				
C00–D48	Neubildungen	66 747	63 184	63 722	–4,5
F00–F99	Psychische und Verhaltensstörungen	26 176	31 216	31 460	20,2
I00–I99	Herz- und Kreislauferkrankungen	91 679	92 797	93 275	1,7
J00–J99	Krankheiten des Atmungssystems	29 794	31 033	34 665	16,3
K00–K93	Krankheiten des Verdauungssystems	54 469	57 632	57 518	5,6
M00–M99	Krankheiten des Muskel-Skelett-Systems	38 432	50 369	52 130	35,6
O00–O99	Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett	28 368	25 560	25 177	–11,2
S00–T98	Verletzungen und Vergiftungen	56 433	54 538	57 203	1,2

^{*)} Die Abkürzung ICD steht für „International Statistical Classification of Diseases and Related Health Problems“, die Ziffer 10 bezeichnet die 10. Revision der Klassifikation. Die ICD - 10 ist Teil der Familie der internationalen gesundheitsrelevanten Klassifikationen.

Zwischen 2001 und 2009 deutlicher Anstieg der Krankenhaufälle

Betrachtet man die acht größten Gruppen von Diagnosearten, so stellt man fest, dass in der Mehrzahl der Fälle ein Anstieg der Krankenhaufälle zu verbuchen ist. Den mit Abstand größten Anstieg verzeichneten die Krankheiten des Muskel-Skelett-Systems. Hier stieg die Anzahl der Krankenhaufälle zwischen den Jahren 2001 und 2009 um mehr als ein Drittel (+ 35,6 Prozent). Ebenfalls deutliche Steigerungsraten verbuchten im gleichen Zeitraum die Patientenzahlen bei den psychischen und Verhaltensstörungen (+ 20,2 Prozent), den Krankheiten des Atmungssystems (+ 16,3 Prozent) sowie den Krankheiten des Verdauungssystems (+ 5,6 Prozent). Dagegen fiel der Anstieg bei den Krankheiten des Kreislaufsystems (+ 1,7 Prozent) sowie bei den Verletzungen, Vergiftungen und bestimmten anderen Folgen äußerer Ursachen (+ 1,2 Prozent) eher gering aus. Rückläufig waren die Patientenzahlen zwischen 2001 und 2009 bei Neubildungen (– 4,5 Prozent) sowie Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett (– 11,2 Prozent).

Herz- und Kreislaufkrankheiten häufigster Grund für einen Krankenhaufenthalt

Der häufigste Grund für einen Krankenhaufenthalt war im Jahr 2009 die Behandlung von Herz- und Kreislaufkrankheiten. Die Anzahl der Krankenhaufälle stieg hier seit dem Jahr 2001 von 91 679 auf 93 275 an. Der Anteil dieser Diagnosegruppe an den stationär behandelten Krankenhauspatienten lag im Jahr 2009 bei 16,3 Prozent. Den zweithäufigsten Anlass für einen Krankenhaufenthalt stellten die Neubildungen dar, deren Anteil im Jahr 2009 – trotz rückläufiger Patientenzahlen – bei 11,1 Prozent lag. Jeweils jeder zehnte Krankenhaufenthalt ließ sich dagegen im gleichen Jahr auf die Krankheiten des Verdauungssystems (10,0 Prozent) sowie auf Verletzungen und Vergiftungen (10,0 Prozent) zurückführen.

Einen etwas geringeren Anteil an den stationär behandelten Krankenhauspatienten, der sich von 2001 bis 2009 zwischen 7,2 und 9,1 Prozent bewegt, verbuchten die Krankheiten des Muskel-Skelett-Systems. Rund 6,0 Prozent aller Krankenhaufälle entfielen auf Krankheiten des Atmungssystems. Einen ähnlich geringen Anteil an den Patientenzahlen wiesen im Jahr 2009 die psychischen und Verhaltensstörungen (5,5 Prozent) sowie die Behandlungen im Zusammenhang mit Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett (4,4 Prozent) auf.

Die Vorausberechnung der künftigen Entwicklung der Krankenhaufälle in Thüringen wurde auf der Grundlage der 12. Koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder als Status-Quo-Berechnung durchgeführt. Dies bedeutet, dass hier ausschließlich demografische Veränderungen einbezogen und weitere Einflussmöglichkeiten unberücksichtigt gelassen wurden. Die Status-Quo-Berechnung beruht auf der Annahme, dass die Wahrscheinlichkeit, als Folge einer bestimmten Erkrankung stationär behandelt zu werden, zum gegenwärtigen Zeitpunkt und in Zukunft einzig vom Alter und Geschlecht abhängig ist. Die Vorausberechnung basiert auf den alters- und geschlechtsspezifischen Diagnosewahrscheinlichkeiten der Jahre 2006 und 2008 (differenziert nach Fünfjahres-Altersgruppen und Diagnosearten). Dabei wurde angenommen, dass sich diese über den Vorausberechnungszeitraum hinweg nicht verändern und der vorausbe-rechneten Bevölkerung zugrunde gelegt. Wenn es beispielsweise im Jahr 2020 in Thüringen mehr 70- bis unter 75-jährige Frauen gibt, dann erhöht sich entsprechend die Anzahl der in Thüringen wegen Krebs stationär behandelten Frauen in dieser Altersgruppe und umgekehrt.

Wiederholte Krankenhaufenthalte einer einzelnen Person werden mehrfach in der Krankenhausstatistik erfasst. Aus diesem Grunde verwendet die Status-Quo-Vorausberechnung nicht konstante Diagnosewahrscheinlichkeiten sondern konstante Diagnosefallquoten. Letztere spiegeln das Verhältnis von Diagnosefällen zur Anzahl der Personen einer bestimmten Altersgruppe und Geschlecht wider. Demzufolge wird angenommen, dass in Zukunft eine gleich hohe Anzahl an Diagnosefällen je 1 000 Einwohner zu verbuchen ist, wie dies heute der Fall ist¹⁾.

1) Vgl. Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Demografischer Wandel in Deutschland, Heft 2, 2010, Seite 12.

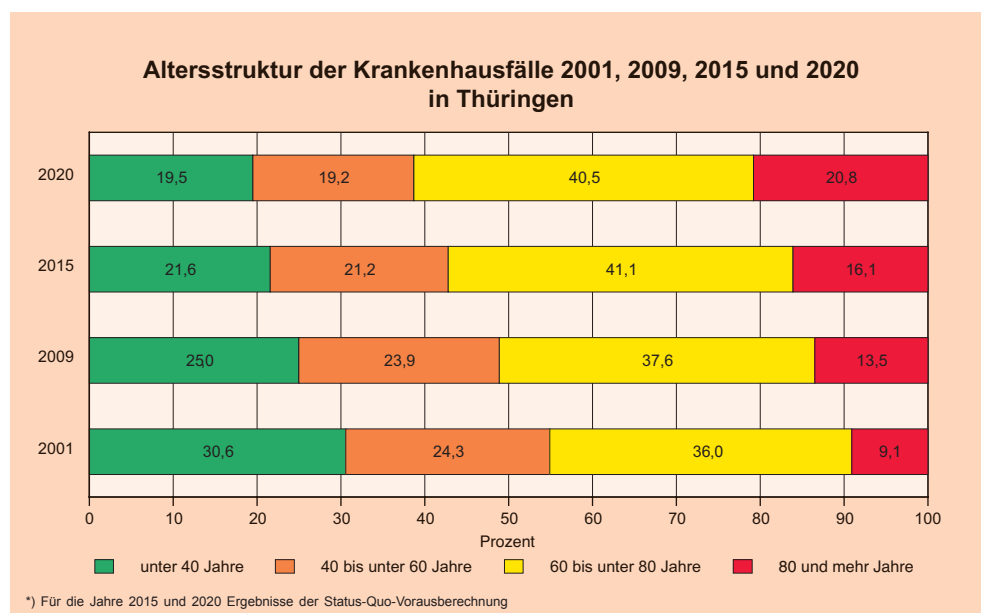
Bei der Interpretation der Ergebnisse ist außerdem zu berücksichtigen, dass derartige Vorausberechnungen keine exakten Zahlenangaben für die Zukunft liefern können. Es handelt sich vielmehr um Schätzungen, die als Orientierungshilfe für die künftige Entwicklung einzustufen sind.

Nach den Ergebnissen der Vorausberechnung werden die Krankenhausfälle in Thüringen von rund 573 000 im Jahr 2009 um etwa 15 000 Fälle auf rund 558 000 im Jahr 2020 zurückgehen, was einem Minus von etwa 2,7 Prozent entspricht. Diese Abnahme der Krankenhausfälle in Thüringen erklärt sich aus dem bis zum Jahr 2020 zu erwartenden deutlichen Bevölkerungsrückgang. Im genannten Zeitraum wird sich die Bevölkerung im Freistaat um voraussichtlich 9,6 Prozent vermindern. Der Umstand, dass der Rückgang bei den Krankenhausbehandlungen sichtbar geringer ausfällt als bei der Bevölkerung lässt sich mit Verschiebungen in der Altersstruktur begründen.

Bis 2020 Rückgang der Krankenhausfälle

In der Differenzierung nach Geschlechtern lässt sich beobachten, dass die Anzahl der Krankenhausfälle bei den Frauen zwischen 2009 und 2020 um rund 16 000 Fälle bzw. 5,3 Prozent abnehmen wird. Dagegen wird bei den Männern im gleichen Zeitraum sogar ein leichter Anstieg (+0,7 Prozent) erwartet. Gleichwohl wird auch im Jahr 2020 die Anzahl der Krankenhausfälle bei den weiblichen Patienten mit rund 283 000 über jener der männlichen Patienten mit rund 276 000 liegen. Der Anteil der weiblichen Patienten an den Krankenhausfällen verkleinert sich von 52,2 Prozent im Jahr 2009 auf 50,1 Prozent im Jahr 2020.

Anteil weiblicher Krankenhauspatienten rückläufig

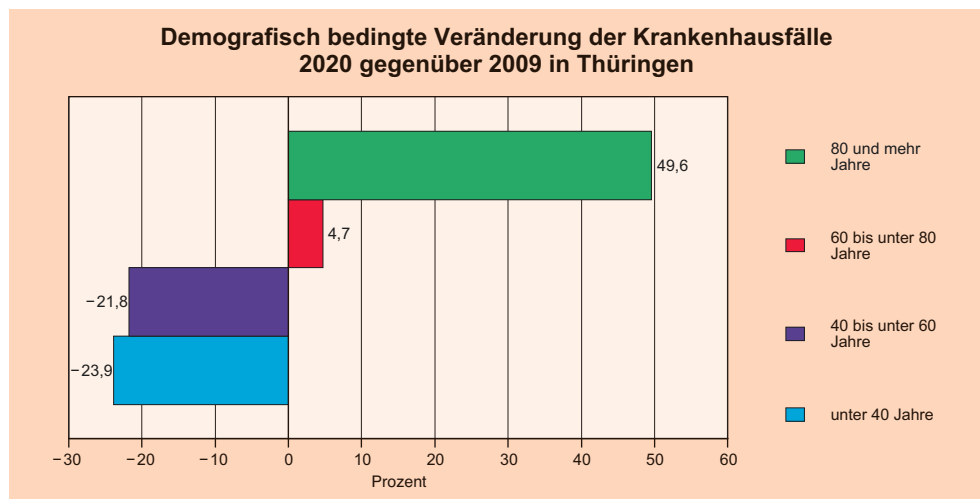


Des Weiteren ist zu bemerken, dass hinsichtlich der Entwicklung der Krankenhausfälle bezogen auf die Altersstruktur große Unterschiede auszumachen sind: So wird die Anzahl der Krankenhauspatienten im Alter von 80 und mehr Jahren sehr stark zunehmen (+49,6 Prozent). Mehr als jeder fünfte Krankenhauspatient (20,9 Prozent) wird im Jahr 2020 dieser Altersgruppe angehören. Im Jahr 2009 waren es noch 13,5 Prozent.

Deutlich mehr ältere Patienten

Ebenfalls im Ansteigen begriffen ist die Anzahl der 60 bis unter 80-Jährigen Krankenhauspatienten (+4,7 Prozent). Im Gegensatz dazu sind die Fallzahlen der 40 bis unter 60-Jährigen (-21,8 Prozent) sowie der unter 40-Jährigen (-23,9 Prozent) Krankenhauspatienten stark rückläufig. Während im Jahr 2009 noch jeder vierte Krankenhauspatient (25,0 Prozent) das vierzigste Lebensjahr nicht vollendet hatte, wird es im Jahr 2020 nur noch knapp jeder Fünfte (19,5 Prozent) sein.

Anteil jüngerer Krankenhauspatienten stark rückläufig



In Zukunft deutlich mehr Herz- und Kreislauferkrankungen

Im Hinblick auf die verschiedenen Diagnosearten weisen die Ergebnisse der Vorausberechnung für die Zukunft eine sehr unterschiedliche Entwicklung auf. Bis zum Jahr 2020 werden Krankenhauspatienten, die eine Behandlung wegen einer Herz- und Kreislauferkrankung benötigen, mit einem Plus von 12,6 Prozent mit Abstand am stärksten zunehmen. Die Ursache hierfür ist darin zu sehen, dass bis zum Jahr 2020 der Anteil der älteren Bevölkerung deutlich ansteigen wird. Aus genau dem gleichen Grund ist auch mit einer deutlichen Zunahme der Diagnoseart „Neubildungen“ (+5,8 Prozent) zu rechnen. Dagegen wird bei den Erkrankungen des Verdauungssystems nur ein vergleichsweise geringer Anstieg (+0,8 Prozent) erwartet.

Krankenhausbehandlungen wegen Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett stark rückläufig

Ein Rückgang der Krankenhaufälle wird bis zum Jahr 2020 für die Diagnosearten „Verletzungen und Vergiftungen“ (-5,6 Prozent), „Krankheiten des Atmungssystems“ (-7,7 Prozent) und „Krankheiten des Muskel-Skelett-Systems“ (-9,8 Prozent) erwartet. Eine noch deutlich stärkere Abnahme wird für die Diagnoseart „Psychische und Verhaltensstörungen“ (-17,4 Prozent) angenommen. Dies liegt darin begründet, dass verhältnismäßig viele Menschen mittleren Alters von diesem Leiden betroffen sind und der Anteil dieser Bevölkerungsgruppe in Zukunft rückläufig sein wird. Eine ganz ähnliche Entwicklung wird für die Diagnoseart „Schwangerschaft, Geburt, Wochenbett“ angenommen. Hier sinken die Krankenhaufälle bis zum Jahr 2020 um voraussichtlich 32,5 Prozent. Ursache für diesen Rückgang ist die demografische Veränderung einer in Zukunft abnehmenden jüngeren weiblichen Bevölkerung.

Krankenhausaufenthalte 2009, 2015 und 2020 nach zusammengefassten Diagnosearten in Thüringen

ICD - 10 ^{*)}	Zusammengefasste Diagnosearten	Krankenhaufälle			
		2009	2015 ^{*)}	2020 ^{*)}	Veränderung 2020 gegenüber 2009 in %
	Insgesamt	573 301	560 000	558 000	-2,7
	darunter				
C00–D48	Neubildungen	63 722	66 000	67 000	5,1
F00–F99	Psychische und Verhaltensstörungen	31 460	27 000	26 000	-17,4
I00–I99	Herz- und Kreislauferkrankungen	93 275	101 000	105 000	12,6
J00–J99	Krankheiten des Atmungssystems	34 665	31 000	32 000	-7,7
K00–K93	Krankheiten des Verdauungssystems	57 518	57 000	58 000	0,8
M00–M99	Krankheiten des Muskel-Skelett-Systems	52 130	48 000	47 000	-9,8
O00–O99	Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett	25 177	20 000	17 000	-32,5
S00–T98	Verletzungen und Vergiftungen	57 203	54 000	54 000	-5,6

^{*)} Für die Jahre 2015 und 2020 Ergebnisse der Status-Quo-Vorausberechnung

^{**)} Die Abkürzung ICD steht für „International Statistical Classification of Diseases and Related Health Problems“, die Ziffer 10 bezeichnet die 10. Revision der Klassifikation. Die ICD - 10 ist Teil der Familie der internationalen gesundheitsrelevanten Klassifikationen.

Ausblick

Nach den Ergebnissen der Vorausberechnung wird die Anzahl der Krankenhausfälle in Thüringen bis zum Jahr 2020 abnehmen. Allerdings wird diese Abnahme deutlich hinter dem vorausberechneten Bevölkerungsrückgang zurückbleiben. Ursache hierfür ist die zunehmende Alterung der Bevölkerung.

Künftig wird es deutlich weniger jüngere Krankenhauspatienten geben. Im Gegenzug wird die Anzahl älterer Krankenhauspatienten stark ansteigen. Dies hat zur Folge, dass Krankenhausbehandlungen aufgrund sogenannter „Alterskrankheiten“ wie Herz- und Kreislauferkrankungen sowie Neubildungen im Ansteigen begriffen sind. Umgekehrt werden Krankenhausaufenthalte aufgrund von Diagnosen, die eher für Menschen jüngeren oder mittleren Alters typisch sind, zurückgehen. Dies gilt etwa für Krankenhausbehandlungen wegen psychischer und Verhaltensstörungen und in besonderem Maße für Krankenhausaufenthalte wegen Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett.

Die Entwicklung der Kindertagesbetreuung in Thüringen bis 2020

Der vorliegende Aufsatz befasst sich mit der zukünftigen Entwicklung der Anzahl an Kinderbetreuungsplätzen im Freistaat Thüringen und Deutschland insgesamt, den Stadtstaaten, sowie denen in den Flächenländern des früheren und des neuen Bundesgebiets. Dabei wird zwischen der Entwicklung zweier Altersgruppen unterschieden. Zum einen werden besondere Annahmen bezüglich der Kinder unter 3 Jahren getroffen und zum anderen bezüglich der Kinder in der Altersgruppe von 3 bis unter 7 Jahren.

Es wird gezeigt, dass sich der Bedarf an Betreuungsplätzen sowohl in den verschiedenen Altersgruppen als auch innerhalb der Ländergruppen unterschiedlich entwickelt. Dafür ist – neben den Auswirkungen des Kinderförderungsgesetzes – zum einen die ungleiche Versorgungssituation an Kinderbetreuungsplätzen und zum anderen die unterschiedliche demografische Entwicklung in den jeweiligen Bundesländern verantwortlich.

Vorbemerkungen

Grundlage der vorliegenden Analyse zu den Auswirkungen des demografischen Wandels in Bezug auf die Kindertagesbetreuung bildet die 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder. Darin wurden mehrere Varianten mit unterschiedlichen Annahmen zur Geburtenentwicklung, zur Lebenserwartung und zu den grenzüberschreitenden Wanderungen erstellt. Daraus wird ersichtlich, wie sich der Rückgang der Bevölkerung auf die Zahl vorschulisch zu betreuender Kinder auswirkt. Die hier verwendeten Ergebnisse für die Prognose der Kindertagesbetreuung im Freistaat Thüringen wurden durch das Thüringer Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur (TMBWK) berechnet und zur Verfügung gestellt.

Nach Einführung des Rechtsanspruches auf Tagesbetreuung für Kinder ab dem vollendeten dritten Lebensjahr im Jahr 1996, rückte mit dem Gesetz zum bedarfsgerechten Ausbau der Tagesbetreuung für Kinder (TAG) im Jahr 2004 auch die Betreuung von Kindern unter drei Jahren in den Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion. Das im Jahr 2009 in Kraft getretene Kinderförderungsgesetz verfolgt das Ziel, bis zum Jahr 2013 bundesweit für 35,0 Prozent der Kinder unter drei Jahren ein Angebot zur Tagesbetreuung zu schaffen, um so den unterschiedlichen Lebenssituationen und Bedürfnissen der Familien Rechnung zu tragen. Die Berechnungen des TMBWK gehen darüber hinaus von den Annahmen aus, dass sich die Kinder in Tagesbetreuung im Alter von 1 bis unter 2 Jahren von 55 Prozent (2010) auf 70 Prozent (2020) erhöhen, und jene im Alter von 2 bis unter 3 Jahren von 79 Prozent (2010) auf 85 Prozent (2020) steigen.

Qualifizierte Kinder-tagesbetreuung wichtig zur Unterstützung von Elternpaaren

Um potentielle Elternpaare bei der Umsetzung bestehender Kinderwünsche zu unterstützen, bildet der Ausbau einer qualifizierten Kindertagesbetreuung eine der wichtigsten Voraussetzungen. Neben dem Anspruch die Geburtenrate in Deutschland zu steigern, entstehen auch weiterreichende Möglichkeiten am hiesigen Arbeitsmarkt. Zum einen wird – im Zusammenhang mit dem Ausbau der Betreuungsplätze – ein Fachkräftebedarf an Betreuungspersonal und Dienstleistungspersonal generiert, zum anderen werden den Müttern und Vätern deutlich bessere Chancen als bislang auf dem Arbeitsmarkt eröffnet. Des Weiteren vermittelt Kindertagesbetreuung Kindern, die heute häufig ohne oder nur mit einem Bruder oder einer Schwester aufwachsen, wichtige Sozialerfahrungen.

Die Kindertagesbetreuung in Thüringen bis zum Jahr 2020

In diesem Abschnitt wird die vorschulische Betreuungssituation näher beleuchtet. Wie sich die Anzahl betreuter Kinder in Deutschland entwickelt, ist neben der demografischen Entwicklung abhängig von der Inanspruchnahme – also dem Bedarf – an Kinderbetreuungsplätzen. Hieraus ergibt sich dann die Betreuungsquote, also der Anteil der Kinder einer Altersklasse, der in Tagesstätten oder Tagespflege betreut wird.

Die Betreuungssituation bis 2020 wird anhand der Bevölkerungsvorausberechnung untersucht

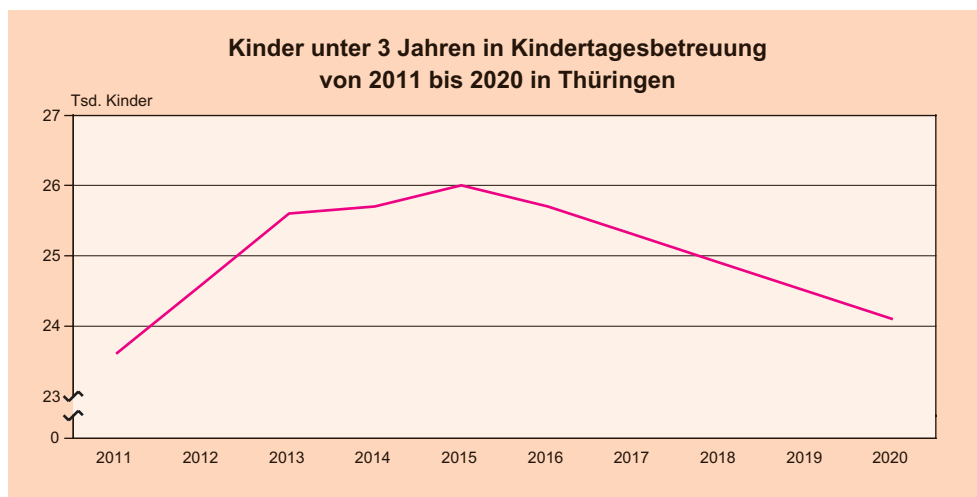
Um die eventuelle Entwicklung dieser Größen bis zum Jahr 2020 darzustellen, wurde ein Modellszenario entwickelt:

Das so genannte Basismodell geht davon aus, dass die Kinderbetreuungsquoten der unter 3-jährigen Kinder bis zum Jahr 2013 im alten Bundesgebiet auf 32,0 Prozent, und im neuen Bundesgebiet auf 50,0 Prozent angehoben werden sollen. Von 2013 bis 2020 werden die Quoten auf diesem Niveau konstant beibehalten.

Auch für die 3- bis unter 7-jährigen Kinder die einer Kindertagesbetreuung bedürfen, wurden Annahmen über die Entwicklung der Betreuungsquoten getroffen. Hier sollen die Betreuungsquoten bundesweit bis zum Jahr 2013 auf 97,0 Prozent gesteigert werden und anschließend auf diesem Niveau verbleiben.

Entwicklung des Betreuungsbedarfs der unter 3-jährigen Kinder

Im Verlauf der Kurve der unter 3-jährigen Kinder wird davon ausgegangen, dass sich die Betreuungsquoten in Thüringen bis zum Jahr 2015 deutlich steigern und anschließend konstant bleiben. Daher kommt es bis zum Jahr 2015 trotz des Rückgangs der unter 3-jährigen Bevölkerung zu einem Anstieg der absoluten Anzahl betreuter Kinder dieser Altersgruppe. Anschließend sinkt die Zahl der betreuten Kinder – bei konstanten Betreuungsquoten – entsprechend der demografischen Entwicklung.



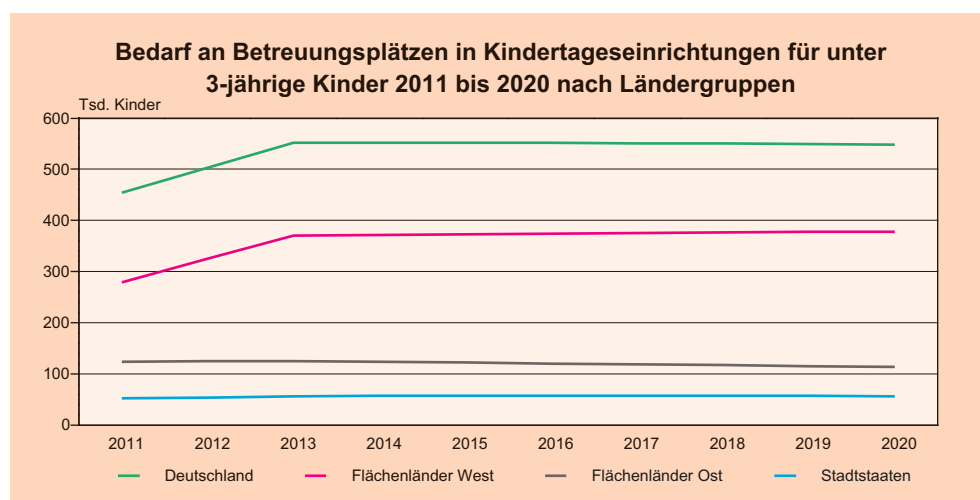
Im bundesweiten Vergleich zeigt sich ein anderes Bild. Hier kann man von einem deutlichen Anstieg des Bedarfs an Betreuungsplätzen in Kindertageseinrichtungen lediglich bis zum Jahr 2013 reden. In diesem Zeitraum steigen die Betreuungszahlen in der gesamten Bundesrepublik Deutschland von zunächst 454 300 in 2011 auf 552 300 im Jahr 2013, also um 21,6 Prozent. In den Flächenländern des alten Bundesgebiets fällt der Anstieg noch beachtlicher aus. Aufgrund der Anhebung der Betreuungsquote der unter 3-jährigen Kinder steigt die Anzahl des Bedarfs an Betreuungsplätzen von 278 500 in 2011 auf 370 800 im Jahr 2013, also um 33,1 Prozent.

Anzahl des Bedarfs an Betreuungsplätzen steigt in westlichen Flächenländern bis 2020 um 33,1 Prozent

Ab 2013 werden die Quoten wieder konstant fortgeschrieben und die Anzahl an Betreuungsplätzen verändert sich nur noch aufgrund der Bevölkerungsentwicklung in der Altersgruppe der unter 3-jährigen Kinder. Dies hat in ganz Deutschland einen leichten Rückgang von 0,7 Prozent und in den Flächenländern West einen leichten Anstieg von knapp 2,0 Prozent bis zum Jahr 2020 zur Folge.

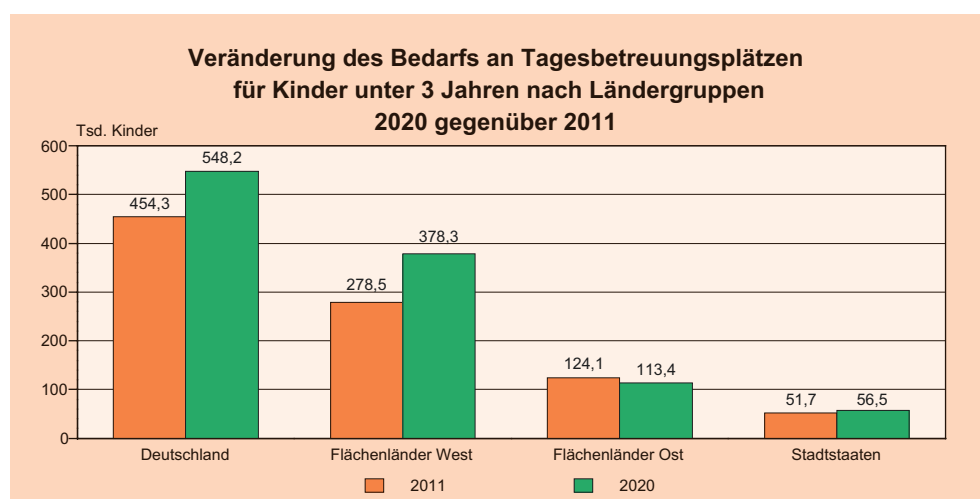
Aufgrund der bereits sehr hohen Betreuungsquoten in den Flächenländern des neuen Bundesgebiets macht sich die Anhebung bis 2013 zwar bemerkbar, allerdings schlägt die Kurve hier deutlich schwächer aus. Ab 2013 sinkt aber auch in diesen Bundesländern der Bedarf an Kinderbetreuungsplätzen entsprechend der vorausgerechneten demographischen Entwicklung.

Die Kurve dieser Entwicklung nimmt in den Stadtstaaten einen relativ konstanten Verlauf.



Zielbetreuungsquote in den Flächenländern des neuen Bundesgebiets liegt deutlich höher

Die nachfolgende Grafik stellt die Veränderung der zu betreuenden Kinder im Vorausberechnungszeitraum gegenüber. Es wird deutlich, dass in den westlichen Flächenländern – trotz der um fast 20,0 Prozentpunkte niedrigeren Zielbetreuungsquote – ein starker Ausbaubedarf an Kindertagesbetreuungsplätzen für unter 3-jährige Kinder besteht.



Dem gegenüber können die Betreuungsquoten in den Flächenländern des Neuen Bundesgebiets größtenteils fortgeschrieben werden, da hier ein umfassendes Betreuungsangebot bereits gewährleistet wird. Auch dieser Sachverhalt wird aus der Grafik ersichtlich.

Entwicklung des Betreuungsbedarfs der 3- bis unter 7-jährigen Kinder

Bei der Betrachtung der Betreuungsplätze für die 3- bis unter 7-jährigen Kinder fällt auf, dass diese von einem bundesweiten Rückgang betroffen sind. Den Zahlen liegt eine Annahme zugrunde, nach der sich die Betreuungsquote bis zum Jahr 2013 auf 97,0 Prozent erhöht und anschließend konstant fortgeschrieben wird. Da an die Zahlen keine weiteren speziellen Annahmen gebunden sind, werden diese also nur noch von der demografischen Entwicklung beeinflusst.

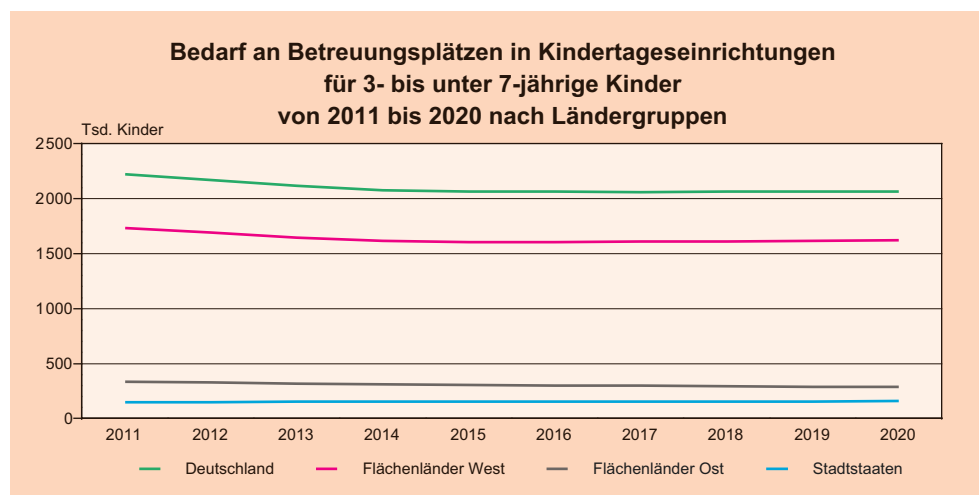
Betreuungsquote bei 3- bis unter 7-Jährigen bis 2013 bei 97,0 Prozent

Aufgrund der bereits heute sehr hohen Betreuungsquoten in allen Bundesländern nimmt die Anzahl des Bedarfs an Betreuungsplätzen für Kinder im Zeitraum 2011 bis 2013 bundesweit zunächst von 2,22 Millionen auf 2,12 Millionen bzw. 4,5 Prozent ab. Bis 2020 nimmt die Anzahl weiter ab und erreicht, laut der vorliegenden Berechnung, schließlich den Wert von 2,07 Millionen Plätzen, was einem weiteren Rückgang von 2,3 Prozent entspricht.

Da die Entwicklung in den Flächenländern des früheren Bundesgebiets sehr großen Einfluss auf die gesamtdeutsche Entwicklung hat, ist auch in ihnen eine entsprechende Veränderung der Betreuungszahlen zu beobachten. Wie die Grafik verdeutlicht, bewegt sich die Kurve nahezu analog zur Kurve der Bundesrepublik. Die Anzahl des Bedarfs an Betreuungsplätzen in den Flächenländern West geht im Zeitraum 2011 bis 2020 von 1,73 Millionen auf 1,62 Millionen Plätze, bzw. 6,4 Prozent zurück.

Weiterhin ist zu bemerken, dass die Stadtstaaten aufgrund ihrer demografischen Entwicklung eine andere Tendenz zu verzeichnen haben. Die Stadtstaaten müssen bis zum Jahr 2020 von einer Zunahme des Bedarfs an Betreuungsplätzen von 149 300 in 2011 auf 157 200 in 2020 ausgehen, was einem Anstieg von 5,3 Prozent entspricht.

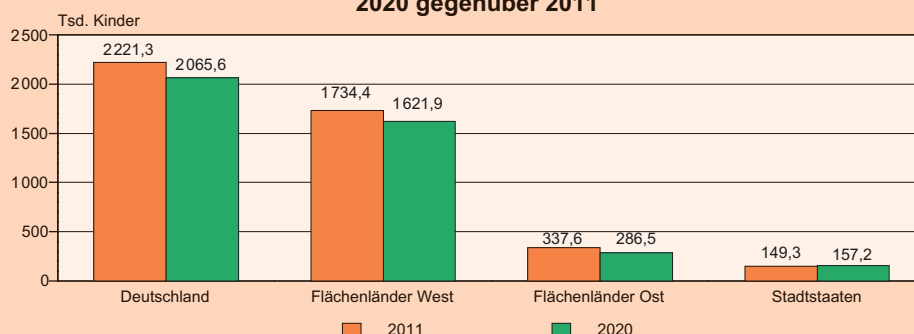
Bedarf an Betreuungsplätzen steigt in den Stadtstaaten



In den Flächenländern der neuen Bundesländer geht der Bedarf an Betreuungsplätzen für die 3- bis unter 7-jährigen Kinder kontinuierlich zurück. Der Bedarf nimmt im Zeitraum 2011 bis 2020 von 337 600 auf 286 500, also um 15,1 Prozent ab.

In den Flächenländern Ost sinkt Bedarf bis 2020 um 15,1 Prozent

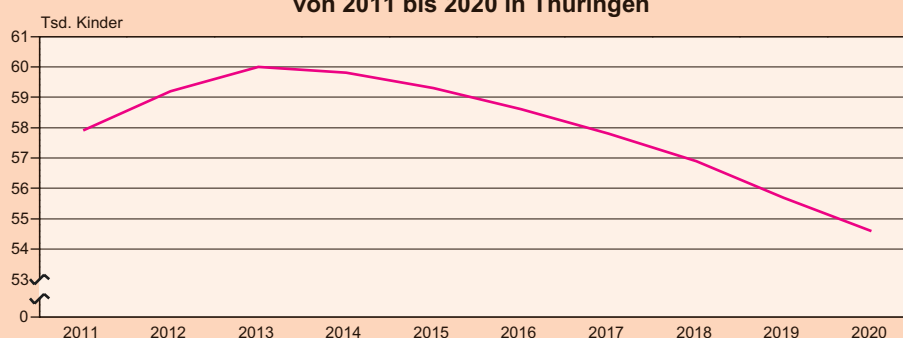
**Veränderung des Bedarfs an Tagesbetreuungsplätzen
für Kinder von 3 bis unter 7 Jahren nach Ländergruppen
2020 gegenüber 2011**



In Thüringen geht die Anzahl betreuter Kinder um 5,7 Prozent zurück

Im gleichen Zeitintervall ist auch der Thüringer Wert von einem Rückgang betroffen, welcher die vorausberechnete Bevölkerungsentwicklung widerspiegelt. Der Rückgang der Kinder in Tagesbetreuung von zunächst 57 900 im Jahr 2011 auf 54 600 im Jahr 2020 entspricht einer Veränderung von Minus 5,7 Prozent in der betrachteten Altersgruppe.

**Kinder von 3 bis unter 7 Jahren in Kindertagesbetreuung
von 2011 bis 2020 in Thüringen**



Die folgende Darstellung gibt nochmals einen abschließenden Überblick bezüglich der Entwicklung der Kinder in Tagesbetreuung innerhalb der einzelnen Jahrgänge bis zum Jahr 2020.

Kinder in Tagesbetreuung nach Altersgruppen 2011 bis 2020 in Thüringen

Jahr	ins- gesamt	Alter von ... bis unter ... Jahren						
		unter 1	1–2 ¹⁾	2–3 ²⁾	3–4	4–5	5–6	6–7
	1000							
2011	83,0	0,5	9,3	13,8	16,1	15,5	16,4	9,9
2012	85,3	0,5	10,2	13,9	16,8	16,4	15,6	10,4
2013	87,0	0,5	11,1	14,0	16,6	16,1	16,7	10,6
2014	86,9	0,5	10,7	14,5	16,4	16,5	16,1	10,8
2015	86,6	0,5	11,5	14,0	16,4	16,3	16,5	10,1
2016	85,5	0,5	11,2	14,0	15,9	16,3	16,3	10,1
2017	84,3	0,5	11,2	13,6	15,9	15,8	16,2	9,9
2018	82,2	0,4	10,9	13,6	15,4	15,8	15,8	9,9
2019	81,1	0,4	10,9	13,2	15,4	15,3	15,8	9,2
2020	79,5	0,4	10,5	13,2	14,9	15,3	15,3	9,1

1) Die Prognose beruht auf der Annahme einer von 55% (2010) auf 70% (2015) steigenden Betreuungsquote infolge des 2010 eingeführten Rechtsanspruchs auf Betreuung in einer Kindertageseinrichtung ab dem vollendeten 1. Lebensjahr

2) Die Prognose beruht auf der Annahme einer von 79% (2010) auf 85% (2015) steigenden Betreuungsquote infolge des 2010 eingeführten Rechtsanspruchs auf Betreuung in einer Kindertageseinrichtung ab dem vollendeten 1. Lebensjahr

Schlussbemerkung

Berufstätige Eltern stehen immer wieder vor derselben Frage: Wie kann ich sicherstellen, dass mein Kind während der Arbeitszeit gut betreut wird? Die Suche nach der passenden Betreuung ist oft aufwändig und mit Unsicherheit verbunden.

An diesem Punkt müssen nun sowohl die Öffentliche Hand aber auch die privatwirtschaftlichen Unternehmen anknüpfen um einerseits potentiellen Elternpaaren eine gute Lebensgrundlage mit Kindern zu gewährleisten, so dass sie sich nicht veranlasst sehen den Wohnort zu wechseln. Andererseits werden auch die ansässigen Unternehmen in Zukunft bestrebt sein fähige Arbeitskräfte an die jeweiligen Standorte zu binden.

Daher gilt es auch – aber bei weitem nicht nur – für Thüringen, die Kindertagesbetreuung gerade für die Jüngsten weiter auszubauen, um letztlich sowohl für die Bevölkerung als auch für potentielle Unternehmen attraktiver zu werden.

Die Entwicklung der Schülerzahlen in Thüringen bis 2020

Der vorliegende Aufsatz beschäftigt sich mit der zukünftigen Entwicklung der Schülerzahlen im Freistaat Thüringen, denen in den Flächenländern des früheren und des neuen Bundesgebiets sowie in den Stadtstaaten. Hierbei wird insbesondere die Entwicklung des Primarbereichs, des Sekundarbereichs I und des Sekundarbereichs II genauer betrachtet. Dabei wird deutlich, dass die östlichen und westlichen Flächenländer unterschiedlichen Veränderungen unterworfen sind. Des weiteren wird in diesem Aufsatz die Entwicklung der Schulabsolventen in Thüringen untersucht und mit denen von Deutschland und den neuen Bundesländern verglichen.

Vorbemerkungen

Grundlage der vorliegenden Analyse zu den Auswirkungen des demografischen Wandels in Bezug auf die Schülerzahlen bildet die 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder. Darin wurden Annahmen zur Geburtenentwicklung, zur Lebenserwartung und zu den grenzüberschreitenden Wanderungen erstellt und mit den Annahmen künftiger Schulbesuchsquoten kombiniert. Daraus wird unter anderem ersichtlich, wie sich der Rückgang der Bevölkerung auf die Zahl der zu unterrichtenden Schülerinnen und Schüler auswirkt.

Die Vorausberechnung der Schülerzahlen richtet sich ausschließlich an den Annahmen zu den Folgen des demographischen Wandels aus. Um die Auswirkungen der Demografie auf die Zahl der Bildungsteilnehmerinnen und Bildungsteilnehmer sowie den Personal- und Finanzbedarf quantifizieren zu können, wurde die Bildungsvorausberechnung 2010 erstellt, welche sich auf den Berechnungszeitraum 2008 bis 2025 erstreckt.

Die Vorausberechnungen basieren auf den jeweiligen länderspezifischen Quoten der Bildungsteilnehmer und werden zusammengefasst nach Ländergruppen (Flächenländer West, Flächenländer Ost, Stadtstaaten) ausgewiesen.

Zudem werden auch die Thüringer Daten dargestellt. Die hier verwendeten Daten für die Entwicklung der Schülerzahlen in Thüringen wurden durch das „Thüringer Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur“ (TMBWK) berechnet und zur Verfügung gestellt.

Unterschieden wird lediglich zwischen den Bildungsbereichen Primarbereich (Jahrgangsstufe 1 bis 4), Sekundarbereich I (Jahrgangsstufe 5 bis 10) und Sekundarbereich II (Jahrgangsstufe 11 bis 13 bzw. die Jahrgangsstufen 10 bis 12 im 8-jährigen Abitur). Für die genannten Bildungsbereiche wird anhand der Vorausberechnungen die zukünftige Entwicklung bis zum Jahr 2020 aufgezeigt.

Den Vorausberechnungen der Schülerzahlen durch die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder liegt die Annahme zugrunde, dass das Übergangsverhalten von der Primarstufe in die Sekundarstufe I und anschließend in die Sekundarstufe II über die Zeit nicht variiert. Ausschlaggebend für die Veränderung der Schülerzahlen ist die großräumige Entwicklung der jeweiligen Altersgruppen.

Die Schülerzahlen in Thüringen bis zum Jahr 2020

In diesem Abschnitt wird die Entwicklung der Schülerzahlen und damit der Bedarf an Schulplätzen beleuchtet. Wie bereits in der Vorbemerkung erwähnt, ist ausschließlich die demografische Entwicklung auf der Grundlage der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung ausschlaggebend für die Veränderungen innerhalb der einzelnen Bildungsbereiche der entsprechenden Ländergruppen.

Primarbereich

Die Klassenstufen eins bis vier an allgemeinbildenden Schulen stellen in der Bildungsvorausberechnung den Primarbereich dar. Da die Einschulung meistens im Alter von 6 Jahren stattfindet und die Kinder im Regelfall vier Jahre im Primarbereich verbleiben, ist die Entwicklung der Schülerzahlen in diesem Bereich von der Entwicklung der 6- bis unter 10-Jährigen abhängig. Im Schuljahr 2011/12 werden in Deutschland insgesamt etwa 2,8 Mill. Schülerinnen und Schüler im Primarbereich unterrichtet. Der überwiegende Teil (98,8 Prozent) besucht dabei die Grundschule. Außerdem lernen 0,3 Prozent an Integrierten Gesamtschulen und weitere 0,9 Prozent an Freien Waldorfschulen.

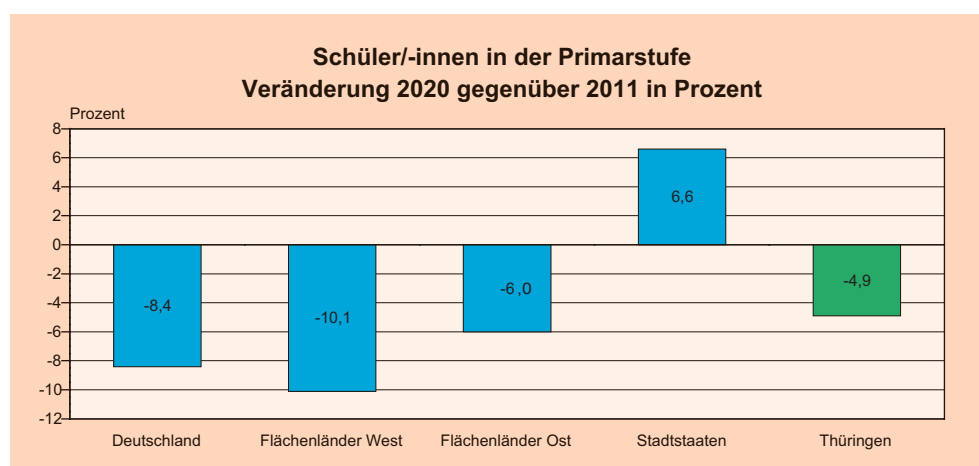
**In Deutschland etwa
2,8 Mill. Grundschüler**

Aufgrund der geburtenstarken Jahrgänge stieg die Schülerzahl zu Beginn der 1990er Jahre von 3,5 Mill. im Jahr 1992 auf 3,8 Mill. im Jahr 1997 an. Seitdem nimmt sie jedoch kontinuierlich ab.

Schüler/-innen in der Primarstufe 2011 bis 2020

Schuljahr	Primarbereich Deutschland	Davon			Thüringen
		Flächenländer West	Flächenländer Ost	Stadtstaaten	
					1000
2011/12	2 793,6	2 225,6	376,9	191,0	69,1
2012/13	2 744,1	2 178,6	373,0	192,4	68,4
2013/14	2 717,8	2 148,0	373,9	195,8	68,0
2014/15	2 707,9	2 133,0	375,4	199,3	68,3
2015/16	2 673,0	2 096,1	375,4	201,5	68,6
2016/17	2 641,4	2 064,2	374,3	202,9	68,9
2017/18	2 605,4	2 032,2	370,3	202,8	68,8
2018/19	2 569,3	2 003,2	363,7	202,3	67,8
2019/20	2 559,2	1 998,0	358,4	202,8	66,8
2020/21	2 559,0	2 001	354	204	65,7

Dieser Trend wird sich laut der aktuellen Bildungsvorausberechnung auch in den folgenden Jahren nicht ins Gegenteil verkehren.



Primarbereich in Deutschland schrumpft bis 2020 um 8,4 Prozent

Nach den vorliegenden Berechnungen wird die Zahl der Schüler in Deutschland vom Schuljahr 2011/12 bis zum Schuljahr 2020/21 von 2,79 Mill. auf 2,56 Mill. sinken. Dies entspricht einem Rückgang von 8,4 Prozent innerhalb von 9 Jahren

Unterschiedliche Entwicklung in den Flächenländern des neuen und alten Bundesgebiets; Rückgang in den alten Ländern stärker

Im Gegensatz zu den Stadtstaaten sind besonders die Flächenländer des früheren und des neuen Bundesgebiets von diesem Rückgang betroffen. Während die Schülerzahlen im Primarbereich der östlichen Flächenländer insgesamt um 6,0 Prozent und in den westlichen Flächenländern um 10,1 Prozent zurückgehen, werden sie in den Stadtstaaten um beachtliche 6,6 Prozent ansteigen.

Auch der Freistaat Thüringen bleibt nicht von einem Rückgang der Schüler im Grundschulalter verschont. Mit einem Minus von 4,9 Prozent im betrachteten Zeitraum liegt Thüringen damit auf dem Niveau der östlichen Flächenländer.

Grund für die deutlichen Unterschiede zwischen der Entwicklung der 6- bis unter 10-jährigen Kinder in Ost und West sind die unterschiedlich stark besetzten Elternjahrgänge in Kombination mit konstant niedrigen Geburtenraten.

Sekundarbereich I

Sekundarbereich I seit 2001 um 17,0 Prozent gesunken

Der Sekundarbereich I umfasst die Jahrgangsstufen 5 bis 10 bzw. 5 bis 9 bei achtjährigem Abitur, wie es z.B. in Thüringen der Fall ist. Aufgrund der weitestgehend bestehenden Schulpflicht in diesem Bildungsbereich, besteht auch hier ein enger Zusammenhang zwischen der Anzahl der Schüler und der Anzahl der Kinder und Jugendlichen dieser Altersgruppe.

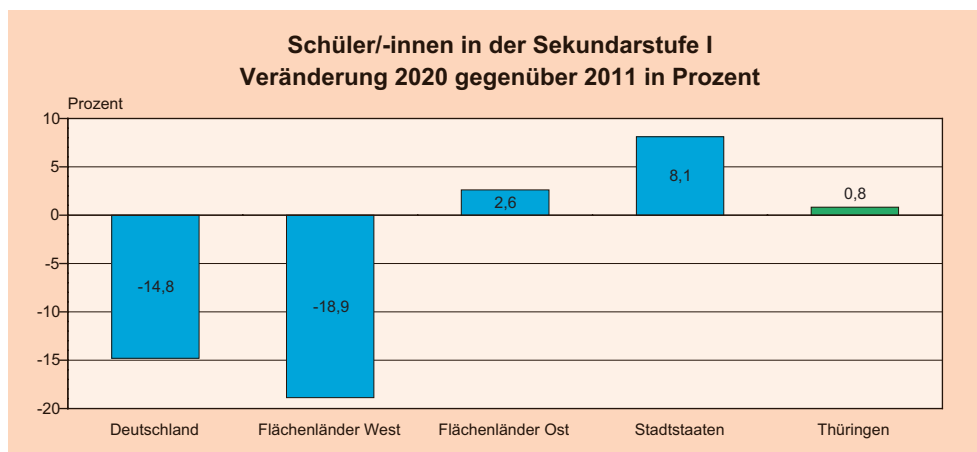
Gemessen an den Jahrgangsstufen und den entsprechend hohen Schülerzahlen, bildet der Sekundarbereich I den größten unter den allgemeinbildenden Schulbereichen. Im Schuljahr 2011/12 zählte der Sekundarbereich I in Deutschland knapp 4,4 Mill. Schülerinnen und Schüler. Ausgehend von einem Höchststand von mehr als 5,3 Mill. Schülerinnen und Schülern im Jahr 2001, sank die Zahl also um etwa 17,0 Prozent. Zeitversetzt zum Primarbereich sinken die Schülerzahlen im Sekundarbereich I seit Anfang des neuen Jahrtausends.

Hinsichtlich der zukünftigen Entwicklung der Schülerzahlen kann man auch im Sekundarbereich I einen deutlichen Rückgang erwarten.

Schüler/-innen in der Sekundarstufe I 2011 bis 2020

Schuljahr	Sekundarbereich I Deutschland	Davon			Thüringen
		Flächenländer West	Flächenländer Ost	Stadtstaaten	
	1000				
2011/12	4 377,9	3 614,8	489,9	273,1	91,9
2012/13	4 309,9	3 529,9	503,6	276,4	93,6
2013/14	4 200,0	3 413,4	507,7	278,9	94,0
2014/15	4 091,5	3 304,2	509,0	278,3	94,1
2015/16	4 003,1	3 213,9	508,7	280,6	93,9
2016/17	3 918,6	3 130,1	505,2	283,4	93,0
2017/18	3 858,4	3 067,2	504,0	287,2	92,4
2018/19	3 828,7	3 025,6	505,8	292,2	92,7
2019/20	3 777,8	2 977,1	505,5	295,3	92,7
2020/21	3 729,9	2 931,0	502,4	295,3	92,6

Bis zum Schuljahr 2020/21 wird die Schülerzahl laut Vorausberechnung in ganz Deutschland auf etwa 3,7 Mill. sinken, was bezogen auf den Höchststand im Jahr 2001 wiederum einem Rückgang von fast 30,2 Prozent entspricht.



Ähnlich wie im Fall des Primarbereiches ist auch die Entwicklung im Sekundarbereich I, sowohl in Deutschland insgesamt als auch in den Flächenländern West, rückläufig. In den westlichen Flächenländern nimmt die Anzahl der Schülerinnen und Schüler gemäß der Vorausberechnung in den kommenden 9 Jahren um 18,9 Prozent ab.

Schülerzahl in Sekundarstufe I in den Flächenländern Ost steigt

Die etwas geringere Abnahme in Deutschland (-14,8 Prozent) wird von den Flächenländern der neuen Bundesländer und den Stadtstaaten beeinflusst, welche sich steigend auf das gesamtdeutsche Ergebnis auswirken.

Laut der Schülervorausberechnung auf Grundlage der 12. Koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung wird sich die Schülerzahl in den östlichen Flächenländern bis 2020 um 2,6 Prozent erhöhen, was einem Anstieg von insgesamt 12 500 Schülerinnen und Schülern entspricht.

Im Gegensatz zum Primarbereich wird sich in Thüringen die Schülerzahl im Sekundarbereich I leicht erhöhen. Mit einem Zuwachs von 0,8 Prozent liegt der Freistaat jedoch hinter dem Zuwachs der Flächenländer Ost.

Sekundarbereich I steigt in Thüringen um lediglich 0,8 Prozent

Die Ursachen für die unterschiedliche Entwicklung in den Flächenländern West und Ost sind die gleichen wie im Primarbereich, lediglich mit einem gewissen Zeitverzug. Außerdem trägt die Verkürzung der Gymnasialzeit auf acht Schuljahre zu einer Verringerung der Schülerzahl bei.

Sekundarbereich II

Der Sekundarbereich II bezeichnet an allgemeinbildenden Schulen die gymnasiale Oberstufe. Dazu zählen im 9-jährigen gymnasialen Bildungsgang die Jahrgangsstufen 11 bis 13 der Gymnasien, der Integrierten Gesamtschulen und der Freien Waldorfschulen. Der 8-jährige gymnasiale Bildungsgang, wie er beispielsweise in Thüringen der Fall ist, beinhaltet die Jahrgangsstufen 10 bis 12 der entsprechenden Schulart.

Aufgrund der Tatsache, dass der größte Schüleranteil das allgemeinbildende Schulsystem nach der Sekundarstufe I verlässt und zumeist in eine berufliche Ausbildung wechselt, befinden sich im Sekundarbereich II noch etwa 12,5 Prozent aller Schülerinnen und Schüler der allgemeinbildenden Schulen.

Seit 1992 ist die Schülerzahl in der gymnasialen Oberstufe deutschlandweit von knapp 630 000 auf nunmehr 1 020 900 im Schuljahr 2011/12 gestiegen. Dies entspricht einem Zuwachs von 390 900 Schülern bzw. 62,0 Prozent.

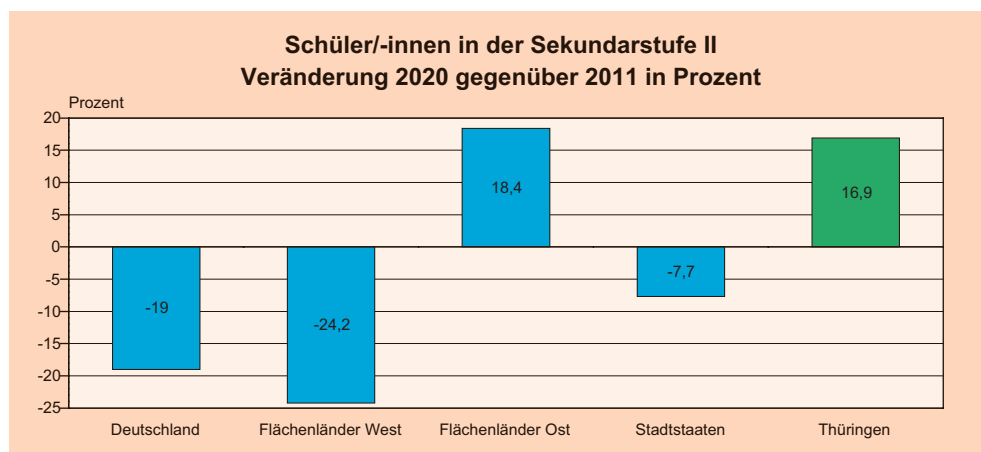
Deutschlandweite Zunahme des Sekundarbereiches II von 1992 bis 2011 um 62,0 Prozent

Schüler/-innen in der Sekundarstufe II 2008 bis 2020

Schuljahr	Sekundarbereich II Deutschland	Davon			Thüringen
		Flächenländer West	Flächenländer Ost	Stadtstaaten	
	1000				
2011/12	1 020,9	845,9	94,8	80,2	14,8
2012/13	978,6	810,8	96,4	71,5	15,3
2013/14	934,9	758,5	103,7	72,7	16,3
2014/15	941,9	758,3	109,1	74,4	17,3
2015/16	932,7	745,9	112,4	74,5	17,5
2016/17	908,9	721,8	113,8	73,3	17,5
2017/18	888,3	700,4	114,4	73,5	17,6
2018/19	866,6	679,2	113,8	73,6	17,6
2019/20	842,5	656,1	112,8	73,6	17,5
2020/21	827,2	640,9	112,3	74,0	17,3

Laut der vorliegenden Vorausberechnung wird die Anzahl der Schülerinnen und Schüler im Sekundarbereich II bis zum Jahr 2020 jedoch wieder sinken.

In den Flächenländern West und Ost zeigt sich ein gegenläufiges Bild. In den Flächenländern des alten Bundesgebiets sinkt die Zahl der Schüler bis 2020, während sie in den östlichen Flächenländern zunächst bis zum Jahr 2017/18 steigt und anschließend wieder leicht absinkt.



Deutlicher Rückgang der Schülerzahlen in den westlichen Flächenländern

Bis zum Jahr 2020 werden die Schülerzahlen im Sekundarbereich II aufgrund der demographischen Entwicklung deutlich zurückgehen. In der gesamten Bundesrepublik wird ein Rückgang von 19,0 Prozent gegenüber dem Jahr 2011 verzeichnet. Dies wird maßgeblich durch die Abnahme der Schülerzahl von 24,2 Prozent in den stark bevölkerten westlichen Flächenländern beeinflusst. Für die Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen errechnet sich ein Rückgang von 7,7 Prozent, während dem sich für die Flächenländer Ost ein beachtlicher Anstieg von 18,4 Prozent bezogen auf die Sekundarstufe II ergibt.

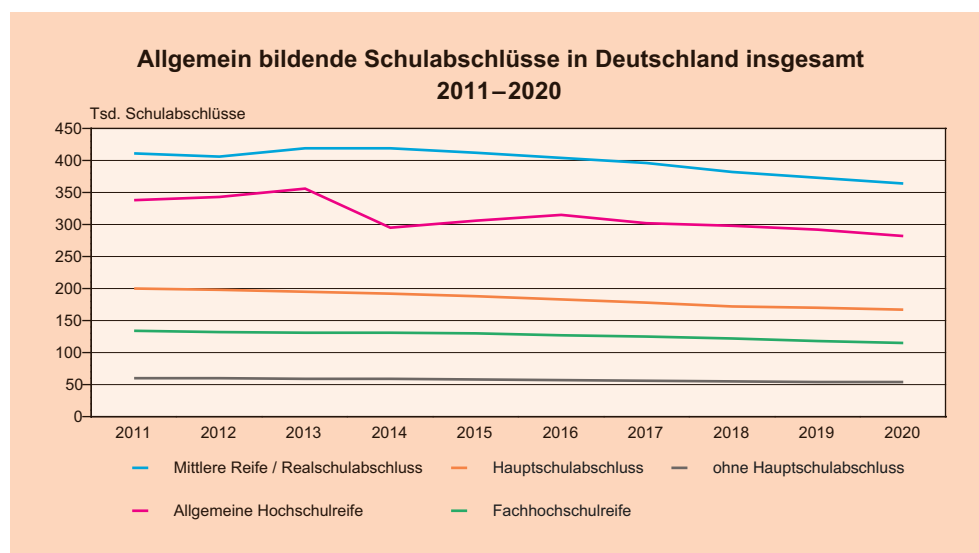
Für Thüringen gilt in etwa das gleiche wie für die anderen östlichen Flächenländer. Laut der vorliegenden Modellrechnung kommen bis 2020 etwa 2 500 Schülerinnen und Schüler hinzu, was ein Wachstum von 16,9 Prozent nach sich zieht.

Schulabsolventen

Die Vorausberechnung der Abschlüsse an den allgemeinbildenden Schulen ist direkt an die Bildungsteilnehmerinnen und Bildungsteilnehmer gekoppelt, da Absolventenquoten verwendet werden, die abschluss-, schularten- und klassenstufen-spezifisch sind. Die Quoten wurden aus den Daten der Schulstatistik hergeleitet und sind länderspezifisch.

Erwartungsgemäß werden in Folge des Rückgangs der Schülerzahlen an den allgemeinbildenden Schulen auch die Absolventenzahlen abnehmen. Der Rückgang verteilt sich jedoch nicht gleichermaßen auf alle Abschlussarten. So geht in der Bundesrepublik Deutschland die Anzahl der Hauptschulabschlüsse bis zum Jahr 2020 um 16,8 Prozent zurück, während die Anzahl der Absolventen mit Allgemeiner Hochschulreife um 16,7 Prozent sinkt. Die weiteren drei Arten des Schulabschlusses werden durch einen stetigen Rückgang der Absolventenzahlen charakterisiert.

Entsprechend den Schülerzahlen nimmt auch die Zahl der Absolventen ab

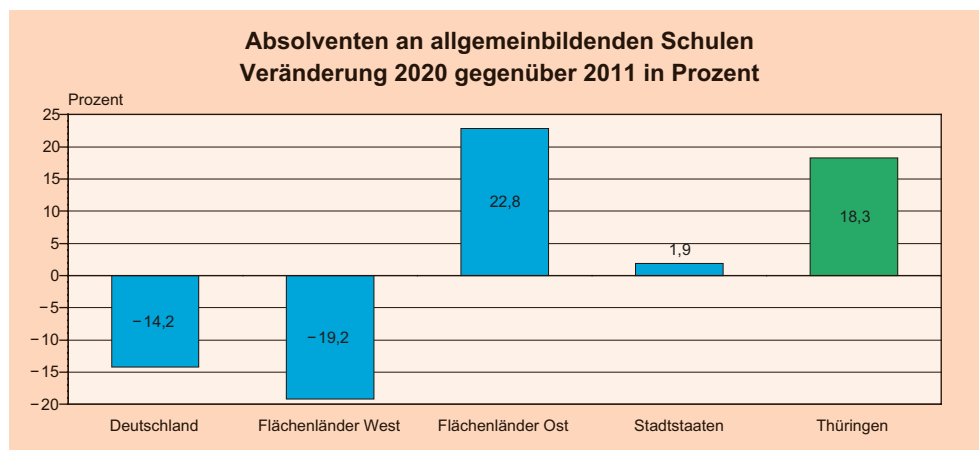


Die Gesamtzahl der Absolventen innerhalb der einzelnen Gebietseinheiten verläuft höchst unterschiedlich. Während die Absolventenzahl in den Flächenländern West, und damit einhergehend auch die für ganz Deutschland, ab 2013 einem stetigen Rückgang unterliegt, trifft dies für die Flächenländer Ost und für den Freistaat Thüringen erst ab dem Jahr 2019 zu. Bis dahin erfahren die betreffenden Werte einen deutlichen Anstieg. Die Schulabsolventenzahl der Stadtstaaten ist auch in einem leichten Anstieg begriffen, sie bewegt sich jedoch, bis auf einen Ausreißer im Jahr 2012, über die Zeit hinweg auf einem etwa gleichen Niveau.

Schulabsolventinnen und Schulabsolventen an allgemein bildenden Schulen von 2011 bis 2020

Schuljahr	Absolventen Deutschland	Davon			Thüringen
		Flächenländer West	Flächenländer Ost	Stadtstaaten	
	1000				
2011	1 141,5	975,1	102,1	64,3	14,2
2012	1 137,1	955,1	107,1	74,9	14,7
2013	1 159,5	986,5	108,0	65,0	15,4
2014	1 093,9	913,2	113,8	66,8	16,0
2015	1 091,7	906,9	118,4	66,5	16,5
2016	1 085,5	895,1	122,6	67,8	16,9
2017	1 055,3	864,1	123,9	67,3	17,0
2018	1 027,5	836,1	124,2	67,3	16,9
2019	1 006,1	814,3	123,8	68,0	16,9
2020	980,1	788,7	123,2	68,2	16,8

Bei der Betrachtung der relativen Veränderung zwischen den Prognosejahren 2011 und 2020 wird das o.g. unterschiedliche Verhalten der Absolventenzahlen zwischen den Flächenländern des früheren und jenen des neuen Bundesgebiets noch einmal deutlich.



Schlussbemerkung

Der Rückgang der Schülerzahlen in Deutschland insgesamt hat letztlich zur Folge, dass es weniger Schulklassen gibt, weniger Lehrer benötigt werden und weniger Schulraum genutzt wird, was wiederum zur Schließung einzelner Schulen führen kann. Die frei werdenden Ressourcen könnten allerdings auch zur Verbesserung der Unterrichtsbedingungen genutzt werden. Denkbar wäre an dieser Stelle nicht die Reduzierung der Klassenanzahl, sondern die Reduzierung der Klassenstärke, um durch intensivere Betreuung der Schüler ein erhöhtes Maß an Bildungsqualität zu erreichen. Außerdem könnten spezielle Anreize für gut ausgebildete Lehrkräfte geschaffen werden, den Arbeitsplatz in Bundesländer wie Thüringen zu verlegen, in welchen die Schülerzahlen in den kommenden zehn Jahren steigen.

Aufgrund der Verringerung des Erwerbspersonenpotentials, des technischen Fortschritts und der damit einhergehenden erhöhten Anforderung an Qualifikation und Fachwissen, sollte aus den weniger werdenden Schülern ein größerer Anteil an Fachkräften hervorgehen. Außerdem wird es immer wichtiger, die hervorgehenden Fachkräfte durch die Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen, zur Ausübung ihrer Tätigkeit im Freistaat Thüringen zu animieren.

Die Entwicklung der Öffentlichen Finanzen in Thüringen bis 2020

Die Ausgangssituation im Jahr 2011

Der Landeshaushaltsplan wird von der Thüringer Landesregierung für ein oder zwei Jahre erarbeitet und vom Thüringer Landtag als Gesetz beschlossen. Er weist aus, welche Einnahmen das Land erwartet und welche Ausgaben der Freistaat Thüringen tätigen kann.

Im Haushaltsplan des Freistaates Thüringen wurden für das Jahr 2011 Einnahmen in Höhe von rund 9,484 Milliarden Euro veranschlagt. Ohne Neuverschuldung waren es 9,012 Milliarden. Die Haupteinnahmequellen des Landes lassen sich in vier Gruppen einteilen: Einnahmen aus Steuern und dem Länderfinanzausgleich, Einnahmen aus den Bundesergänzungszuweisungen, die sonstigen laufenden Einnahmen sowie die investitionsgebundenen Einnahmen.

Rund 9,484 Milliarden Euro Einnahmen im Landeshaushalt 2011

An Steuereinnahmen wurden für das Jahr 2011 rund 4,533 Milliarden Euro veranschlagt. Zusätzlich waren für das Land rund eine halbe Milliarde Euro über den Länderfinanzausgleich vorgesehen. Der Länderfinanzausgleich sorgt für einen solidarischen Ausgleich zwischen steuerstarken und steuerschwachen Bundesländern. Die steuerstarken Bundesländer zahlen dazu Geld in einen gemeinsamen Ausgleichstopf ein. Die steuerschwachen Bundesländer erhalten Ausgleichszahlungen aus diesem Topf. Wie hoch diese ausfallen, ist weitgehend an die Einwohnerzahlen gekoppelt. Die Idee, die dahintersteckt ist, dass am Ende alle Bundesländer über annähernd gleiche Einnahmen pro Einwohner verfügen.

Dies bedeutet für den Freistaat Thüringen, dass bei schrumpfender Bevölkerung auch die Ausgleichszahlungen aus dem Finanzausgleich zurückgehen. Als Rechengröße gelten derzeit etwa 2500 bis 3000 Euro je Einwohner der Bundesrepublik Deutschland. Ein Einwohnerrückgang führt somit zu Mindereinnahmen. Der Freistaat Thüringen verliert seit 1990/91 jedes Jahr Einwohner durch Abwanderung und Sterbefallüberschuss.

Einwohnerrückgang führt zu Mindereinnahmen beim Länderfinanzausgleich

Beträchtlich sind gleichfalls die Einnahmen aufgrund von **Bundesergänzungszuweisungen**. Für den Freistaat Thüringen waren im Jahr 2011 Zuweisungen in Höhe von rund **1,575 Milliarden Euro** vorgesehen:

Thüringen erhält beachtliche Einnahmen aufgrund von Bundesergänzungszuweisungen

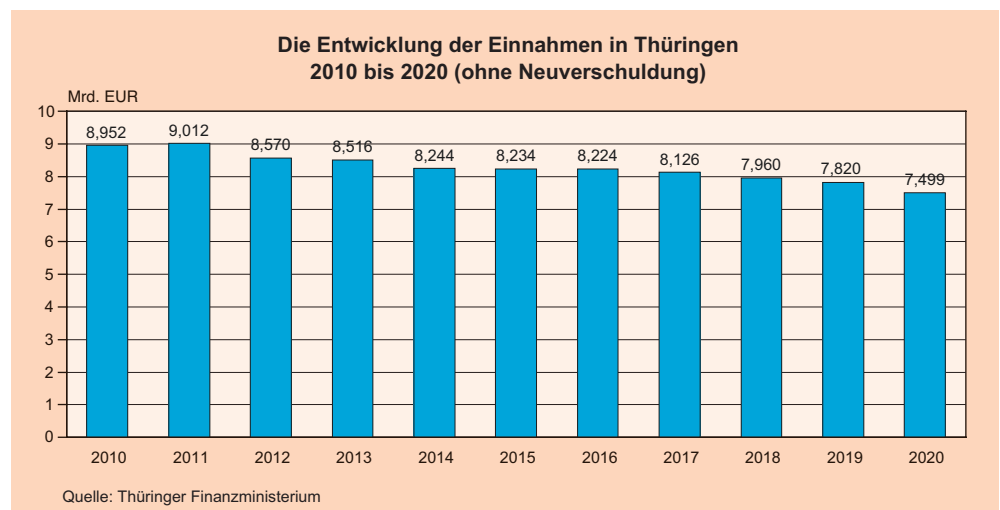
- **1,148 Milliarden Euro sind Zahlungen des Bundes zum Abbau teilungsbedingter Sonderlasten im Rahmen des Solidarpaktes II.** Deren Zweck ist es, den Aufbau der Infrastruktur zu finanzieren und die kommunale Finanzschwäche abzufedern. Offiziell werden diese Zahlungen als „Sonderbedarfsbundesergänzungszuweisungen“, abgekürzt SoBEZ, bezeichnet.
- **195 Millionen Euro** erhält Thüringen als Hilfe des Bundes in Form von **Fehlbetragsbundesergänzungszuweisungen**. Hierbei handelt es sich um konjunkturabhängige Zuweisungen für besonders finanzschwache Bundesländer.
- **55,7 Millionen Euro sind zum Ausgleich der Kosten der politischen Führung vorgesehen.** Der Hintergrund dieser finanziellen Zuweisungen ist darin zu sehen, dass die kleinen Länder unabhängig von ihrer Einwohnerzahl einen Regierungsapparat vorhalten müssen, der eine gewisse Mindestgröße nicht unterschreiten kann. Gemessen an der Finanzkraft dieser Länder sind deren Regierungen überproportional kostenaufwändig. Die Höhe dieser finanziellen Zuweisungen wird in regelmäßigen Abständen überprüft.

- **176 Millionen Euro zum Ausgleich von Sonderlasten durch die strukturelle Arbeitslosigkeit.** Diese finanziellen Mittel werden an die Kommunen weitergeleitet. Diese finanzieren damit einen Teil der von ihnen zu tragenden Kosten der Unterkunft. Die Höhe dieser Zuweisungen unterliegt einer Überprüfung in regelmäßigen Zeitabständen.

Die sonstigen laufenden Einnahmen sind ein weiterer Einnahmeposten des Freistaats Thüringen. Hierbei handelt es sich um grundsätzlich jedes Jahr wiederkehrende Einnahmen beispielsweise aus Verwaltungsgebühren, die Bundesanteile zum Personennahverkehr, zum Wohngeld und zum BaföG oder Darlehensrückflüsse aus früheren Wohnungsbauförderungen.

Schließlich gibt es noch Einnahmen, die an bestimmte Investitionen geknüpft sind. Diese an Investitionen gebundenen Einnahmen kommen

- vom Bund für die Wirtschaftsförderung, den Hochschulbau, die Städtebauförderung, für Investitionen in die Verbesserung der Agrarstruktur und den Küstenschutz sowie
- von der Europäischen Union für eine Vielzahl von Ausgabezwecken, welche im Ergebnis zu einer Verbesserung der Wirtschaftssituation und der Infrastruktur im Freistaat Thüringen führen sollen.

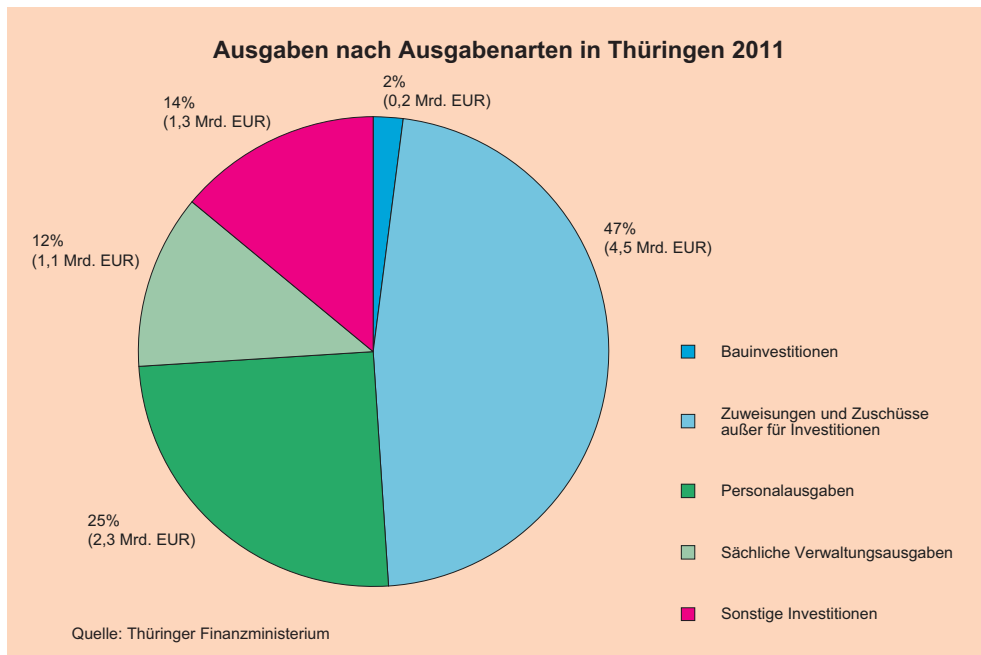


9,484 Milliarden Euro 2011 als Ausgaben veranschlagt

Für das Jahr 2011 hatte der Freistaat Thüringen **Ausgaben in Höhe von rund 9,484 Milliarden Euro** veranschlagt. Hierbei lassen sich folgende Ausgabenblöcke unterscheiden:

- Einen der größten Ausgabenblöcke stellen mit rund 2,350 Milliarden Euro die Personalausgaben dar. Das sind rund ein Viertel der gesamten Landesausgaben. Hierbei ist zu bedenken, dass von den über 58 000 Beschäftigten des Landes im Jahr 2011 über die Hälfte als Polizisten, Lehrer oder Hochschulpersonal arbeitete. In den Landesministerien selbst waren dagegen nur rund 2 300 Personen beschäftigt.
- Die jährlich wiederkehrenden Ausgaben (**sonstige laufende Ausgaben**) dienen zum Teil direkt, zum Teil indirekt der Entwicklung und Erhaltung des Freistaates Thüringen. Die veranschlagten Ausgaben in Höhe von beinahe **5 Milliarden Euro** beinhalten die Ausgaben für die soziale Sicherung, die sächlichen Verwaltungsausgaben, die laufenden Zahlungen an die Gemeinden und Kreise im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs und die sogenannten Sach- und Fachausgaben.

- Für Investitionen in die Entwicklung des Landes waren im Jahr 2011 rund 1,565 Millionen Euro vorgesehen. Davon sollten rund 600 Euro je Einwohner in sogenannte wachstumsorientierte Bereiche investiert werden. Hierbei kann es sich um die Weiterentwicklung von Gewerbegebieten, den Ausbau von Straßen, die Investition in Forschung und Entwicklung sowie innovative Bereiche wie Forschung und Entwicklung handeln.
- Rund **670 Millionen Euro** veranschlagte der Freistaat Thüringen im Jahr 2011 für **Zinsenausgaben**. Hierbei handelt es sich um den Preis für frühere Ausgaben, die über das Maß der regulären Einnahmen hinausgingen.



Die Grenzen der Staatsverschuldung

Auch der Freistaat Thüringen kann grundsätzlich nur so viel Geld ausgeben, wie er einnimmt. Die Ausgaben sind an den Einnahmen auszurichten. Schuldenfinanzierte Haushalte können zwar vorübergehend vertretbar sein. Auf Dauer führen sie jedoch zu einer Handlungsunfähigkeit des Landes.

In den Jahren 2007, 2008 und 2009 ist der Freistaat Thüringen ohne Neuverschuldung ausgekommen. Aufgrund der Finanz- und Wirtschaftskrise und dem damit verbundenen hohen Rückgang der Steuereinnahmen war das Land bereits im Jahr 2010 wieder gezwungen neue Kredite aufzunehmen. Am Ende des Jahres 2010 wies der **Freistaat Thüringen eine Verschuldung** in Höhe von rund **16,1 Milliarden Euro** auf. Damit entfielen auf jeden Einwohner Landesschulden in Höhe von 7 185 Euro. Mit dem erwarteten weiteren Bevölkerungsrückgang werden die Einnahmen ebenfalls zurückgehen und gleichzeitig die Zinslasten von immer weniger Einwohnern zu tragen sein.

**Verschuldung
Thüringens Ende 2010
bei 16,1 Mrd. Euro,
d. h. 7 185 Euro
je Einwohner**

Um der Spirale aus neuen Krediten über höhere Verschuldung und höhere Zinszahlungen entgegen zu wirken, haben sich in Deutschland der Bund und die Länder im Jahr 2009 im Rahmen der Föderalismusreform II auf eine neue Schuldenregel im Grundgesetz geeinigt. Ab dem Jahr 2020 ist danach für alle Bundesländer die Möglichkeit der strukturellen, d. h. der konjunkturunabhängigen Verschuldung ausgeschlossen. Ab dem Jahr 2020 besteht somit lediglich die Möglichkeit der

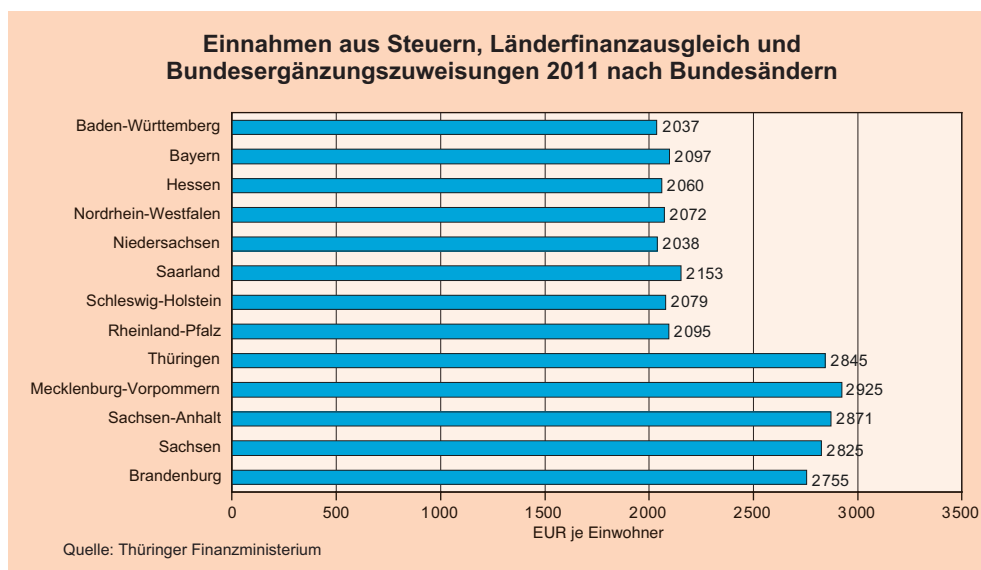
**Schuldenbremse ab
2020 für alle Bundes-
länder wirksam**

konjunkturellen Verschuldung. Um die staatliche Stabilisierungsfunktion ausüben zu können, ist damit die antizyklische Konjunktursteuerung über die Staatsausgaben kurzfristig weiterhin möglich. Allerdings müssen die konjunkturbedingten neuen Schulden zwingend wieder getilgt werden.

Pro-Kopf-Einnahmen Thüringens deutlich über dem Durchschnitt der westdeutschen Flächenländer

Thüringen im Vergleich der Bundesländer

Umgelegt auf die Bevölkerung beliefen sich die veranschlagten Einnahmen aus Steuern, Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisungen des Freistaates Thüringen im Jahr 2011 auf 2 845 Euro je Einwohner. Dies entsprach fast genau dem Durchschnitt der ostdeutschen Flächenländer (2 844 Euro je Einwohner). Im Durchschnitt der westdeutschen Flächenländer wurden dagegen lediglich 2 079 Euro je Einwohner veranschlagt.



Mehr Zuweisungen für Thüringen durch Solidarpakt II

Auch aus dem obigen Schaubild ist ersichtlich, dass für den Freistaat Thüringen im Jahr 2011 deutlich höhere Einnahmen aus Steuern, Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisungen veranschlagt wurden als für sämtliche westdeutsche Bundesländern. Diese für den Freistaat Thüringen sehr vorteilhafte Einnahmesituation ist insbesondere auf gewichtige Zuweisungen, zum Beispiel durch den Solidarpakt II, zurückzuführen.

Einwohnerbezogene Ausgaben Thüringens höher als in den meisten westdeutschen Bundesländern

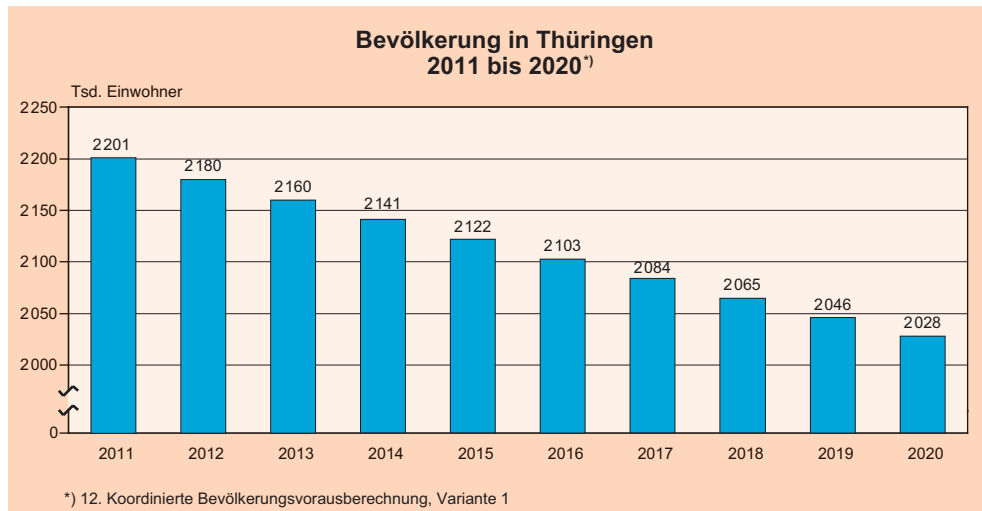
Aber auch die veranschlagten Ausgaben des Freistaates Thüringen sind einwohnerbezogen höher als in den meisten westdeutschen Bundesländern. Insbesondere schlagen hier die hohen Investitionsausgaben für die Verbesserung der Infrastruktur zu Buche. Weiterhin leistet sich der Freistaat deutlich höhere Zahlungen an die Kommunen, um deren noch vergleichsweise geringen eigenen Steuereinnahmen abzufedern. Und schließlich hat Thüringen – wie die anderen ostdeutschen Bundesländer auch – Lasten zu tragen, die in den westdeutschen Bundesländern nicht oder lediglich in geringem Umfang anfallen. Hierbei handelt es sich um „langlebige“ Erbschaften der ehemaligen DDR. An dieser Stelle sind insbesondere Kosten für die Zusatzrentenversorgung der ehemaligen DDR und für die Regelung offener Vermögensfragen zu nennen.

Der Haushalt Thüringens im Jahr 2020

Der Vergleich der Bundesländer hat gezeigt, dass der Freistaat Thüringen derzeit deutlich höhere Einnahmen je Einwohner verbucht als die westdeutschen Flächenländer. Wie ebenfalls deutlich wurde, stehen diesen einwohnerbezogenen Mehreinnahmen jedoch auch entsprechende Mehrausgaben gegenüber. Letztere werden insbesondere durch den Aufbau Ost hervorgerufen.

Es wäre unrealistisch davon auszugehen, dass der Freistaat Thüringen auf Dauer über derart hohe einwohnerbezogene Einnahmen verfügen kann. Aus diesem Grunde erscheint ein kurzer Ausblick in die Zukunft als geboten.

**Hohe Einnahmen
Thüringens kein
Dauerzustand**

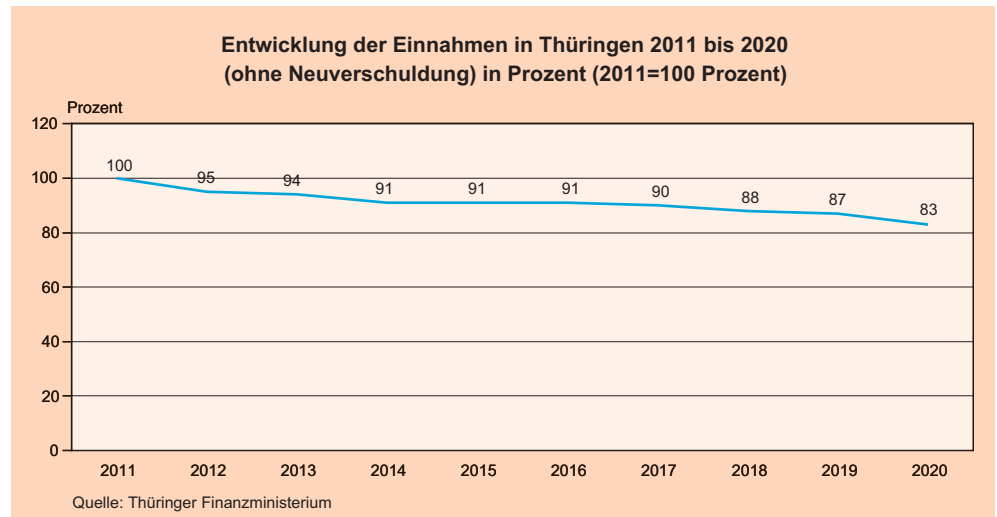


Eine Verminderung der einwohnerbezogenen Einnahmen bis zum Jahr 2020 wird insbesondere durch folgende Faktoren bedingt:

- Die überproportionalen Leistungen des Bundes für den Aufbau Ost im Rahmen des **Solidarpaktes II** werden bis zum Jahr 2020 abgeschlossen sein. Damit wird der Freistaat Thüringen – wie die anderen neuen Bundesländer auch – im Hinblick auf seine einwohnerbezogenen Einnahmen den alten Bundesländern angeglichen. Diese Angleichung wird in den kommenden Jahren schrittweise erfolgen. Während dem Freistaat Thüringen im Jahr 2011 noch 1,148 Milliarden aus diesem Topf zur Verfügung standen, werden es bereits im Jahr 2012 nur noch 1,039 Milliarden Euro sein. Im Jahr 2020 schließlich wird es diese Mittel nicht mehr geben.
- Auch die **Zusatzgelder des Bundes** für die Wirtschaftsförderung, den Hochschulbau und für die Verbesserung der Agrarstruktur werden bis zum Jahr 2020 auf das Niveau der westdeutschen Bundesländer abgeschmolzen.
- Im **Jahr 2013 läuft die aktuelle Förderperiode der EU-Strukturfonds aus**. Ab dem Jahr 2014 werden dann voraussichtlich deutlich weniger Zusatzmittel von der Europäischen Union nach Thüringen fließen.
- Schließlich ist **aufgrund des Bevölkerungsrückgangs** in Thüringen mit **Mindereinnahmen im Länderfinanzausgleich** in Höhe von rund 50 Millionen Euro im Jahr zu rechnen. Darüber hinaus ist der **Länderfinanzausgleich** in seiner derzeitigen Form in seiner Laufzeit bis zum Jahr 2019 begrenzt und ist danach einer **Neuregelung** zu unterziehen. Die wichtigsten Geberländer im Länderfinanzausgleich drängen bereits heute auf einen veränderten Anreizmechanismus, welcher spätestens ab dem Jahr 2020 greifen soll.

**Leistungen des Bundes
für den Aufbau Ost 2020
abgeschlossen**

**Aufgrund
Bevölkerungsrückgang
Mindereinnahmen im
Länderfinanzausgleich**



Im Jahr 2020 nur noch rund 83 Prozent der Finanzmittelausstattung im Vergleich zu 2011

Fazit

Dies alles hat zur Folge, dass der Freistaat Thüringen bis zum Jahr 2020 seinen teilungsbedingten Sonderstatus verliert und nicht mehr auf Mehreinnahmen zurückgreifen kann. Das Land wird dann im Vergleich zu heute nur noch über rund 83 Prozent der Mittel verfügen. Der Weg zur Normalität kann daher nur mit einem konsequenten Konsolidierungskurs beschritten werden.

